

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

beträgt für die leuchtigste Kolonne je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenzettel und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Arge Wirrnis.

Schon die Tatsache, daß die Kolonialpolitik im letzten Jahre die innerpolitischen Parteiverhältnisse Deutschland völlig umgestalten konnte, beweist, von welcher immenser Bedeutung die Kolonial- und Weltpolitik auch für Deutschland geworden ist. Denn die Weltpolitik und die aus ihr sich ergebenden Konsequenzen haben die Blockpolitik ermöglicht, ja in einem gewissen Sinne geradezu notwendig gemacht. Der äußere Anlaß der Auflösung des Reichstags und der konföderativ-liberalen Paarung, die Ablehnung des Schutruppenkontingents für Südwestafrika durch das Zentrum, war an sich allerdings nur eine belanglose Episode. Denn das Zentrum war entgegenkommend genug und hätte schließlich, bei geschickterem Operieren der Regierung, auch noch mit sich handeln lassen. Gleichwohl war die Situation für die weltpolitischen Pläne der Regierung so ungünstig, daß sie sich nur durch einen Gewaltstreich aus den Schwierigkeiten retten konnte. Die ungeheuren Opfer des südwestafrikanischen Krieges hatten auch in bürgerlichen Kreisen viel böses Blut gemacht, die nicht abbreienden Enthüllungen über koloniale Skandale und koloniale Korruption hatten die Kolonialmüdigkeit noch verstärkt. Und doch wollte die Regierung, wollten die weltpolitischen Draufgänger nun erst recht Kolonial- und Weltpolitik großen Stils treiben! Was lag da näher, als auch das freisinnige Vorkapital für die Weltpolitik zu interessieren und dadurch die freisinnige Kolonialopposition zum Schweigen zu bringen. Die Ernennung Dernburgs zum Kolonialsekretär verwandelte den kolonialen Pessimismus des Freisinn im Handumdrehen in rosigsten Optimismus. Die Regierung sah aus dem überraschend gelungenen Versuch, wie leicht es sei, den Freisinn für die Weltpolitik, überhaupt die Regierungspolitik einzufangen, und wagte nun das größere Experiment, aus Konservativen und Liberalen einen Regierungsblock zu bilden, dessen Aufgabe es war, die Sozialdemokratie niederzureißen und das Zentrum derart zu zähmen, daß es künftig jeden Widerstand gegen die Weltpolitik aufgab.

Das Wagnis gelang. Der an den Regierungsblock geschmiedete Freisinn wagt auch gegen die tollsten weltpolitischen Forderungen nicht mehr zu mutzen. Und das Zentrum, dessen reaktionäre Elemente über die oppositionellen den Sieg davongetragen haben, kennt keine brennendere Sehnsucht, als sich wieder die Regierungsgunst zu erschachern. Es hütet sich deshalb ängstlich, der Regierung Unbequemlichkeiten zu machen, sucht vielmehr dem Freisinn an weltpolitischer Opferwilligkeit den Rang abzulaufen. In welcher verzweifelter Lage würde sich die Regierung dagegen befinden, wenn die politische Situation noch dieselbe wäre, wie vor der Reichstagsauflösung. Es ist gar nicht auszudenken, wie sie in diesem Falle über die gehäuften Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage, die finanzpolitische Fehrrichtung, die Steuernöte, die Lebensmittelsteuerung, die Flottenforderungen, die Dernburgschen Kolonialpläne usw. hinwegzukommen hoffen könnte!

Aber nicht nur die neue politische Lage, sondern auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind aus der Weltpolitik erwachsen. Ohne die riesigen kolonialen Opfer und ohne das uferlose Flottenrüstn hätten wir weder einen Block für Weltpolitik und Steueranspöndung der Massen, noch die Finanzgerrüttung und die Steuernöte. Man sieht, wie die ganze politische Situation von der Weltpolitik beherrscht wird. Und was auch das Schicksal des Blocks sein mag: die Weltpolitik und das System der Volksausplönderung hat durch ihn, das Produkt der Weltpolitik, umgekehrt wieder die mächtigste Förderung erfahren! Es gibt also für das Proletariat kein wichtigeres politisches Moment, als gerade diese Weltpolitik, die Kolonialpolitik. Und deshalb kann es auch gar kein wichtigeres Aufklärungsgebiet für das Proletariat geben, als das der Weltpolitik.

Nichts ist deshalb irriger, als die Ansicht, die Diskussion über die Kolonialpolitik, die wir in Stuttgart, Essen und im Anschluß daran in der Presse, in Broschüren und Versammlungen gehabt haben, als sogenannte akademische Fragen beiseite schieben zu können. Es handelt sich vielmehr um die wichtigsten Fragen der aktuellen proletarischen Politik. Man lasse sich nicht täuschen durch Beteuerungen etwa derart, daß in der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur kapitalistischen Gegenwartspolitik ja keinerlei Meinungsverschiedenheiten beständen, daß es sich nur um das rein theoretische Zukunftsproblem handle, ob die Sozialdemokratie nicht später einmal eine humane koloniale Kulturpolitik treiben könne. Daß es sich wirklich nicht um solche Zukunftsmusik handelt, dafür liegen der Beweis übergenug vor. Hat zum Beispiel nicht Calwer die Auffassung vertreten, daß der Kapitalismus sich nun erst einmal ausleben müsse, und daß man es ihm deshalb gar nicht verdenken könne, wenn er weltpolitische Eroberungspolitik treibe und sich die dazu nötige Flottenmacht schaffe? Hat nicht die „Vergische Arbeiterstimme“ den Vorschlag gemacht, Deutschland möge sich an der Marokko-Vergewaltigungspolitik beteiligen und sich auch dort eine „Interessensphäre“ zulegen? Und hat nicht

Edmund Fischer, wegen seiner Offenherzigkeit das Enfant terrible des Revisionismus, unlängst gar die Auffassung vertreten, daß auch das deutsche Proletariat schon heute für solche Kolonien eintreten müsse, die für die Baumwollproduktion in Frage kämen?

Sollte man wirklich angesichts solcher Tatsachen die Diskussion über Kolonialpolitik noch für eine Doktorfrage zu erklären wagen?

Und selbst wenn man — wie auch wir — glaubt, daß derartige Revisionsversuche der proletarischen Taktik für das Parteileben ohne Bedeutung bleiben werden, so beweisen die Auslassungen dieser und anderer Genossen immerhin, welche betrieblende Unklarheit bei manchen Genossen über das Wesen der modernen Kolonial- und Weltpolitik besteht, und wie notwendig es ist, dafür zu sorgen, daß solche politische und ökonomische Verwirrung nicht in weitere Kreise hineingetragen wird. Denn nichts wäre verhängnisvoller für eine demokratische Partei, deren Taktik doch von der Einsicht und dem Willen der Massen selbst bestimmt wird, als Unklarheit über den Charakter jener Weltpolitik, die heute für alle modernen kapitalistischen Staaten und ganz besonders auch für Deutschland eine so entscheidende Rolle spielt.

Nichts aber fördert die Unklarheit mehr, als allgemeine Redensarten über Kolonialpolitik, die alle klaren Begriffe auslöschten und jede Grenzlinie zwischen den verschiedenen historischen Phasen der Kolonialpolitik in unbegreiflicher Oberflächlichkeit hinwegwischen. Da hört man beispielsweise: „Ja, die kapitalistische Kolonialpolitik der Gegenwart mag, wir geben es gern zu, brutal, kulturwidrig sein, aber ist nicht eine Kolonialpolitik denkbar, die wirkliche Kulturpolitik ist und auch von Sozialisten unterstützt werden kann? Gewiß, Südwestafrika mag ja wertlos sein, aber bedeutet nicht die Bestelung und Erschließung der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens oder Brasiliens einen wirklichen Kulturschritt? Oder hätte man, nur um die Westküste der Eingeborenen nicht zu schmälern, den Wilden diese reichen Länder einfach überlassen sollen? Oder sollte man gar diese Kolonien den Eingeborenen zurückgeben? Und wenn die Japaner Expansionspolitik treiben, sollen dann die europäischen Nationen ein geringeres Recht haben, koloniale Ausbreitungspolitik zu betreiben? Und ist die heutige Weltwirtschaft überhaupt denkbar ohne die Kolonialprodukte, die in der gemäßigten Zone nun einmal nicht erzeugt werden können?“

Wenn unsere Gegner mit solchem Redeschwall, der alles wie Kraut und Rüben durcheinander mengt, die klare Beurteilung der Frage zu verwirren suchen, so nimmt man ihnen das nicht weiter übel; ein starkes Stück aber ist es, wenn Parteigenossen, denen man besseres zutrauen sollte, so wenig gewissenhaft und gründlich zu Werke gehen. Und es ist ein um so stärkeres Stück, wenn so etwas geschieht, trotzdem diese oberflächliche Manier bereits hundertfach in der Diskussion gebrandmarkt worden ist. Wenn Artikel und Abhandlungen vorliegen, die mit gar nicht mißzuverstehender Deutlichkeit nachgewiesen haben, in welchen Bahnen sich eine ehrliche und sachliche Diskussion zu bewegen hat!

Wie kann man uns mit Kanada, Australien usw. kommen, trotzdem unzählige Male erklärt worden ist, daß die historisch hinter uns liegende Periode der Kolonialpolitik uns heute, bei unserer Beurteilung der ganz anders gearteten gegenwärtigen Kolonialpolitik den Teufel angeht! Ebenso gut könnte man uns mit der Völkerverwanderung kommen, um zu beweisen, daß eine Expansionspolitik notwendig ist. Und warum beruft man sich auf Kanada, das, einschließlich der Mischung, ganze 120 000 Eingeborene zählt, oder auf Australien, wo die Urbevölkerung gar nur aus 30 000 Köpfen besteht? Warum nimmt man nicht das viel näher liegende Beispiel etwa von Ostafrika mit seinen 8 Millionen Eingeborenen, von dem ebenfalls stark bevölkerten Kongostaat oder von Indien mit seinen 300 Millionen Eingeborenen? Nun, deshalb wohl, weil man da mit ähnlichen Mäßen nicht auskäme, sondern den wahren Charakter der heutigen Kolonialpolitik eingestehen müßte! Und wann ist es uns jemals eingefallen, zu bestreiten, daß das „Recht“ zur kolonialen Raubpolitik für europäische Staaten ein geringeres sei, als etwa für Japan? Wir haben niemals vom kapitalistischen Standpunkte aus Lüsteilen über das „Recht“ kapitalistischer Raubpolitik angestellt, sondern stets betont, daß für unsere Beurteilung der Kolonialpolitik einzig und allein das proletarische Klasseninteresse, also das Kulturinteresse im sozialistischen Sinne entscheidend sei!

Bei den erneuten Versuchen, die Frage der Kolonial- und Weltpolitik zu verwirren, ist es unbedingt geboten, das weltpolitische Problem systematisch und mit klarster Begrenzung der Begriffe zu behandeln. Einen vorzüglichen Leitfaden zur Orientierung über diese wichtigste Frage der Gegenwart bildet die neue Broschüre von Kautsky „Sozialismus und Kolonialpolitik“, die den Genossen gar nicht dringlich genug zum eifrigsten Studium empfohlen werden kann. Wir werden in mehreren Artikeln zeigen, welches Licht durch Kautskys Broschüre in das Dunkel fällt, in das manche Genossen noch immer die koloniale Frage zu hüllen bemüht sind.

Sozialpolitische Reklame.

Die Reklame ist ein eigenes Gewerbe. Wenn im Geschäftsleben ein Gewerbetreibender im Wettstreit unterliegt und er nachweisen kann, daß sein Konkurrent ihm in der Reklame überwar, dann jammert er über unlauteeren Wettbewerb. Die Bekämpfung des unlauteeren Wettbewerbs ist ja auch Gegenstand der Gesetzgebung geworden. Will man aber in Deutschland die Virtuosen der Reklame suchen, dann wird man die größten Virtuosen schwerlich unter den Reklamechefs der großen Warenhäuser finden. Viele der dort beschäftigten Herren treiben eine Reklame, die auch von ganz naiven Leuten als Reklame erkannt wird. Weit besser als sie verstehen es die offiziellen Sozialpolitiker. Sie teilen genau zutreffende Ziffern mit, aber sie wissen die Zahlen in solcher Aufmachung zu geben, daß selbst ganz bernünftige Leute geradezu geblendet werden. Wir erinnern nur an die Reklame, die mit der Arbeiterversicherung getrieben wird. Man kann von seiner Zahl behaupten, daß sie unrichtig ist, und doch wirken sie auf die meisten Leser derart, daß diese sich ein völlig falsches Bild machen.

Die Aufmachung richtiger Zahlen versteht man in allen Ministerien. Selbst die Zahlen, die ein trübes Bild entschleiern, weiß man so zu gruppieren, daß das Bild sehr verhöht. In diesen Tagen hat der neue Staatssekretär für Sozialpolitik die Nebensachen über die Arbeiterverhältnisse in den Marines- und Militärbetrieben dem Reichstage zugehen lassen. Das umfangreiche, 188 Seiten starke Attestat vertritt auch die trübsten Dinge so einzustellen, daß sie von den harmlosen Lesern nur schwer gefunden werden.

Wie es gemacht wird, wollen wir an dem Abschnitt über die Arbeiterverhältnisse bei den Behörden und Anstalten der preussischen Generalverwaltung, ausschließlich der Feldzeugmeister, nachweisen. Es kommen hier die Probiantanten, die Anzeckenfabriken, die Bekleidungsämter, Garnisonverwaltungen, Garnisonkassette und Remontedepots in Betracht. In diesen Betrieben sind 8044 männliche und 4894 weibliche Arbeiter beschäftigt.

Über die Löhne dieser Arbeiter wird berichtet:

Tatsächlichen Arbeitsverdienst hatten 1906

	männlich	weiblich
unter 800 M.	2 962	4 521
800 M. bis 900	534	263
900 „ 999	1 264	77
1 000 „ 1 099	1 129	1
1 100 „ 1 199	614	—
1 200 „ 1 299	452	—
1 300 „ 1 399	236	—
1 400 „ 1 499	223	—
1 500 „ 1 599	353	—
1 600 „ 1 699	159	—
1 700 „ 1 799	69	—
1 800 „ 1 899	29	—
1 900 „ 1 999	12	—
2 000 „ und mehr	8	—

Bei oberflächlichem Hinschauen denkt der Leser, die Löhne betragen 800 bis 2000 M. Es sind aber 2962 männliche und 4521 weibliche Arbeiter mit einem Jahresarbeitsverdienst von unter 800 M. angegeben. Wie weit das heruntergeht, wird sorgfältig verschwiegen. Für eine Frau, die 1000 M. Lohn hat, ist eine Sonderabteilung vorhanden; aber für die unteren Lohnklassen fehlen besondere Rubriken, und doch betreffen diese mehr als ein Drittel der Arbeiter.

Wie weit das heruntergeht, deuten die verwendeten Beitragsmarken zur Invaliditätsversicherung an. Danach sind für 1643 Personen Beitragsmarken für die erste Klasse verwendet worden. Es sind dieses also Personen, die ein Einkommen von unter 350 M. haben. In diese Klasse gehören aber nicht nur jugendliche Personen, denn es sind nur 368 im Alter von unter 16 Jahren und 483 im Alter von 16 bis 18 Jahren beschäftigt. Selbst wenn alle diese jugendlichen Personen in der ersten Klasse wären, blieben immer noch 794 über 18 Jahre alte Personen mit einem Jahresverdienst von unter 350 M. übrig.

Auch eine andere Rechnung zeigt von geradezu jammervollen Löhnen. Es sind nämlich insgesamt 1906 an die Kassen 8 338 496 M. an Lohn ausgezahlt. Setzt man für alle Arbeiter mit höherem Verdienst als 800 M. von dem die Mindestsumme übersteigenden Verdienst von 100 M. 40 M. in Rechnung, das heißt nimmt man für die Arbeiter mit einem Verdienst von 800—900 M. 840 M., für die nächste Gruppe 940 M. usw. als Durchschnitt an, dann ergibt sich, daß die höher als mit 800 M. bezahlten Arbeiter von der Gesamtlohnsumme 6 167 400 M. erhalten haben. Es blieb demnach für die 7483 Arbeiter mit unter 800 M. nur noch die Summe von 2 171 096 M. Es kommen also auf diese Unglücklichen durchschnittlich nur 276,81 Mark Jahresarbeitsverdienst. Rechnet man aber bei allen höher gelohnten Arbeitern immer nur die angegebene Mindestsumme als Lohn, also für die Arbeiter mit 800 M. bis 900 M. nur 800 M. usw., dann kämen für die 7483 Arbeiter 2 389 230 M. als höchste Summe in Betracht, also noch nicht 320 Mark Durchschnittslohn. Da sich aber in dieser Klasse mit unter 800 M. auch Arbeiter befinden werden, die von 700 bis 800 M. und von 600 bis 700 M. Jahreslohn erhalten, so kann man ermesien, welche Jammerlöhne in den betreffenden Staatsbetrieben bezahlt werden.

Freilich verstehen es die offiziellen Sozialpolitiker, die Zahlen in solcher Aufmachung zu gruppieren, daß der harmlose Leser zu der Ueberzeugung kommt, den Arbeitern geht es so gut, wie Rhein- haben in Steuerreden und Fürst Bülow in seinem Silberbrief an Liebert es darzustellen suchen.

Agrargesetzgebung in Rumänien.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:

Von den zahlreichen Gesetzentwürfen, welche die Regierung unserer Gesetzgebungsfrist im Laufe der Session vorlegen wird, sollen hier nur die beiden wichtigsten hervorgehoben werden: 1. Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Beiträge, 2. das Gesetz zur Gründung einer Agrarbank.

Der erste Entwurf will auf Grund der bestehenden Verträge ein Minimum für die Landarbeiter und ein Maximum für die von den Bauern gepachteten Pargellen festsetzen. Es soll auf diese Weise einmal dem derzeitigen Zustande ein Ende gemacht werden, bei dem der tägliche Durchschnittslohn eines Landproletariats mit 4- bis 6köpfiger Familie 40-50 Cent. und noch weniger beträgt. Alsdann soll der wucherischen Steigerung der Pachtzinsen (bis zu 250 Fr. und noch mehr pro Hektar) entgegengetreten werden. Nun sollen aber die Maxima und Minima, dem Entwurfe nach, von Regionalkommissionen festgesetzt werden, die aus einem von der Regierung ernannten landwirtschaftlichen Inspektor, zwei Großgrundbesitzern und zwei der reichsten Bauern bestehen sollen — Bestimmungen, die dem Gesetze von vornherein jeden Bauernfreundlichen Charakter nehmen und die Folge haben werden, daß die Zwergbauern und die besitzlosen Landproletarier (= 65 Proz. sämtlicher bäuerlichen Familienhäupter), noch fester gebunden in die Hände der Großgrundbesitzer und Großpächter geraten.

Die Agrarbank soll — nach dem Entwurf — eine Staatsinstitution sein, die „zu billigen Preisen“ Landgüter kauft und dann parzellenweise an die Bauern verläuft oder verpachtet. Sie soll weiter den Bauern und Bauerngenossenschaften, welche Boden kaufen wollen, das nötige Geld dazu gegen einen geseglichen Zins leihen. Aber — die Bank soll nur denjenigen Bauern Hilfe leisten, welche über das zur Bebauung des zum Kaufen bestimmten Bodens nötige Werkzeug, über eine dem Ankauf desselben entsprechende Zahl von Vieh sowie über die für ein ganzes Jahr nötige Saat verfügen!!

Damit werden die Bestimmungen dieses Gesetzes auf eine sehr geringe Zahl Bauern beschränkt, und zwar auf die Besitzsituierten, die allein imstande sind, die verlangten Garantien zu bieten. An der Lage der 65 Proz. Zwergbauern und Proletarier, aus deren Not die jüngsten Agrarunruhen entstanden sind, wird das Gesetz nichts ändern.

Wie häufig aber diese Entwürfe auch sind und ganz abgesehen von ihrem geringen praktischen Wert, haben sie doch für unsere Verhältnisse eine große historische Bedeutung; denn sie begründen die prinzipielle Überwindung des politischen Vorurteils, das seit mehr als 40 Jahren bis heute noch tief in den Köpfen der Staatsmänner unserer herrschenden Klassen wurzelt, des Vorurteils nämlich, daß der Staat sich in die Streitigkeiten zwischen Bauern und Grundbesitzern nicht mischen darf! Mit ihrem Entwurf erkennt die Regierung die Notwendigkeit der staatlichen Intervention auf dem Wege einer Agrargesetzgebung zugunsten des schrankenlos ausgebeuteten Bauerntums an, und sie eröffnet somit den Weg der Agrargesetzgebung.

Wenn man nun die politische Atmosphäre untersucht, in welcher die Entwürfe sich von ihrem Entstehen an bis heute entwickelt haben, so kann man, ohne Prophezeien zu wagen, doch voraussagen, daß sie keine Aussicht haben, in ihrer ursprünglichen Fassung vom Parlamente angenommen zu werden.

Man braucht sich ja nur den ergreaktionären Geist zu vergegenwärtigen, der in der parlamentarischen Kommission zur Beratung der Regierungsentwürfe walte, die fast nur aus „Liberale“ bestand. Als in einer Sitzung dieser Kommission Herr Jonel Bratiano, Minister des Innern, zur Unterstützung des von ihm verfaßten Gesetzes betr. Regelung der landwirtschaftlichen Verträge darauf hinwies, daß, wenn man den Bauern jetzt nicht breite Reformen gäbe, das Land der Gefahr entgegengehe, im nächsten Frühling einen neuen Bauernaufstand zu haben, da rief aus den Reihen der Kommissionsmitglieder ein waderer liberaler Patriot: „Es lebe die Krillerie!“

Die Konservativen wussten von einer ersten Agrargesetzgebung natürlich auch nichts wissen. Sie erklärten diese in der gewohnten Weise als ein Attentat auf die Grundprinzipien der Verfassung, die „freie Arbeit“ und die Unverletzlichkeit des Privatigentums. Sie erblickten eben in dieser Gesetzgebung eine Einschränkung ihrer absoluten Freiheit zur schrankenlosen Ausplünderung der Bauern. Sie sind, wie ihre Genossen in anderen Ländern, gegen jede staatliche Intervention, wenn sie im Interesse der Bauern erfolgen soll. Obwohl in die Parlatmentalkommission gewählt, haben es die Konservativen grundsätzlich abgelehnt, an deren Beratungen teilzunehmen! Vielmehr haben sie eine heftige Agitation gegen die „verfassungswidrigen“, „sozialistischen“ Entwürfe der Regierung getrieben. „Verschwindet der Großgrundbesitz — wie es die Gesetze der Regierung bezwecken —, so gehen auch alle städtischen Verfassungsverträge und mit ihnen die ganze städtische Bevölkerung zugrunde (!), der Kredit geht verloren und mit ihm die ökonomische und politische Unabhängigkeit des Staates. Verteilt man den Großgrundbesitz, so wird Rumänien Serbiens Los teilen“ (!), so erklärte ein Ouböfischer in einer Protestversammlung. „Weit entfernt, die Ruhe auf dem Lande wiederherzustellen, wird man vielmehr mit solchen verfassungswidrigen Gesetzen die Anarchie auch in den Städten fördern und so eine neue, diesmal städtische Revolution hervorrufen“, so sprach der Führer der konservativen Partei, P. P. Carp, in einer anderen Versammlung.

Die Konservativen hofften, durch diese Art Agitation die Liberalen zu fäulen und selber ans Ruder zu kommen. Die Liberalen appellierten daher an die höchste entscheidende Stelle, den König. Da dieser aber sich auch gegen die „zu weit gehenden“ Bestimmungen der Entwürfe erklärte, zog es die Regierung vor, die Gesetze nach den Wünschen der Konservativen umzuformen!

Nach der Niedermeyerung der Bauern, nach Ablauf einer achtmonatlichen Reaktionsära scheinen unsere bornierten Junker und Staatsmänner liberaler wie konservativer Farbe die blutige Lehre der Bauernrevolten schon vergessen zu haben und sich dem Wahne hinzugeben, die genarrten Bauern mit ein paar Scheintreformen abspenken zu können. Gemäß der allgemeinen Stimmung also, wie sie in den parlamentarischen Kreisen herrscht, kann man annehmen, daß die Entwürfe nach einer ganzen Reihe „wesentlicher“ Veränderungen von Seiten des Parlaments und des Senats unterworfen werden, so daß von den Gesetzen eigentlich nichts mehr übrig bleibt. Jedes, die Bauern verstehen nichts von den Entwürfen der Regierung und sie können ja auch — dank der Dreiklassenwahl — nichts darüber sagen. Sie warten aber ungeduldig darauf, daß das Parlament ihnen die durch das königliche Manifest im März verkündeten Gesetze bringen soll. Dies Manifest haben sie zum Heiligsten gemacht, sie haben es in den Kirchen aufgehängt und beten täglich vor ihm. Den Inhalt des Manifestes kennen sie nicht, da sie ja nicht lesen können; was sie aber unter den versprochenen Gesetzen verstehen, das ist die Verteilung der Landgüter!

Die Stimmung der Bauern ist bei alledem keineswegs beruhigend. Sie drohen, falls das Parlament ihnen nicht die ver-

prochenen Reformen gebe, so würden alle Priester, Lehrer und Gemeindevorsteher, deren sich die Regierung zur Verteilung der Manifeste und zur Beruhigung der Bauern im März bedienen, aus den Dörfern flüchten müssen! Kürzlich sind ja auch dem Parlament aus verschiedenen Dörfern zahlreiche Petitionen zugegangen, in denen die Bauern Erde fordern.

Der Konflikt zwischen dem, was die Bauern verlangen, und dem, was die Regierung ihnen bietet, ist so groß, daß ein neuer Konflikt zwischen beiden Seiten unvermeidlich ist. Die Ruhe im Lande wird nicht eher hergestellt werden, als bis man den Bauern durch das allgemeine Wahlrecht die Möglichkeit gibt, ihre eigenen Vertreter ins Parlament zu schicken, die allein ein Interesse daran haben, die Agrarfrage auch wirklich zum Wohle der Bauern zu lösen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Dezember 1907.

Die Deutschen im Auslande.

Im Verlaufe der Diskussion über die jetzige Flottenvorlage ist von flottenfreundlichen Blättern auch mehrmals auf die große Zahl der im Auslande wohnenden Deutschen hingewiesen worden. Es dürfte demgegenüber nicht uninteressant sein, einmal zu untersuchen, wo denn eigentlich unsere auswärtig befindlichen Reichsangehörigen ihren Wohnsitz haben und inwieweit sie für den Schutz durch die Flotte überhaupt in Frage kommen.

Die Untersuchung ergibt nun, daß von den ungefähr 3 1/2 Millionen im Auslande befindlichen Deutschen 3 400 000 in solchen Ländern sesshaft sind, wo an eine Flottenaktion zum Schutze einzelner Deutscher nicht gedacht werden kann oder gedacht werden braucht. Sie wohnen zum weitaus größten Teil auf amerikanischem und englischem Boden, wo man sich jede deutsche Flottenoperation ganz energisch widersetzen würde, sie wohnen weiter in den Grenzstaaten, wo die Benützung eventuell durch das Landheer erreicht werden kann, und sie wohnen endlich in Binnenländern, die von der Flotte überhaupt nicht erreicht werden können. Dagegen halten sich noch nicht ganz 60 000 Personen in solchen Staaten auf, wo überhaupt ein Flotteneingriff möglich wäre. Von diesen befinden sich aber auch noch wieder 40 000 in Ländern mit durchaus geordneten Verhältnissen, nämlich in Schweden, Norwegen, Spanien, Portugal, Griechenland, Argentinien, Brasilien und Chile. Die übrigen belaufen sich auf 10 000 Deutsche haben fast ausschließlich in der Türkei und in den nicht erwähnten südamerikanischen Republiken ihren Wohnsitz. Unter diesen aber befindet sich auch noch eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die des Schutzes durch die Marine nicht bedürfen. Der winzige Rest jedoch, der zum größten Teil aus Großkaufleuten besteht und der nicht genug Resolutionen zugunsten neuer Flottenvorlagen sammeln kann, wäre wirklich gut, wenn er zunächst einmal sein Deutschtum einer gründlichen Revision unterwerfen würde. Denn die deutschen Kaufleute vertreten nur allzu häufig fremdländische Interessen und besinnen sich auf ihr Deutschtum gewöhnlich erst dann, wenn von etwas säumigen Jährlern Forderungen einzutreten sind. Wegen dieser Herren, die dem Staat nur die Rolle des Gerichtsvollziehers zuerzählen, sollte man sich eigentlich etwas weniger aufregen.

Zur Kohlennot.

Wie das Wolffsche Telegraphen-Bureau aus Stuttgart meldet, ist die württembergische Eisenbahnverwaltung der Tarifermäßigung beigetreten, die dieser Tage auf den preussisch-hessischen Reichseisenbahnen eingeführt worden ist. Hiernach sind zunächst bis zum 31. Dezember 1909 sämtliche Sendungen von Feinkohlen, Feinschmelz- und Feinschmelz-Kohle zu den Sägen des Kohlenstofftarifes zu befördern, soweit nicht noch billigere Ausnahmetarife bestehen. Da für den Bezug von Kohlen von deutschen Begehren wie von den in Betracht kommenden Anschlagplätzen heute schon ermäßigte Frachtsätze zur Verfügung stehen, wird die Maßnahme den württembergischen Interessenten nur mittelbar zugute kommen, sofern sie durch Erleichterung der Einfuhr die allgemeine Kohlenknappheit in Deutschland zu mildern geeignet ist.

Die Maßregel ist völlig ungenügend, um die Preistreibeerei des Kohlenhandels und der ihm angeschlossenen großen Kohlenhandelsgesellschaften entgegen zu wirken. Als Ergänzung des Imports ausländischer Kohle ist die Erleichterung der zurzeit vom Kohlenhandelsministerium forcierten Ausfuhr deutscher Kohlen nach dem Auslande notwendig, zunächst durch Aufhebung der den Export begünstigenden besonderen Ausfuhrtarife, und wenn dieses Mittel nicht anschlägt, dann durch ein zeitweiliges Ausfuhrverbot.

Ein fahnenflüchtiger Offizier.

Stand am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt in Verbindung mit Vergehen gegen § 173 des R.-Str.-G.-B. in zwei Fällen und wegen Fahnenflucht hatte sich der Leutnant Freiherr von Patow vom dritten Bataillon des Garde-Rüskler-Regiments zu verantworten. Wie aus der Anklagechrift hervorgeht, wurde dem Angeklagten die Anführung vorgeworfen, sich an Rekruten seines Truppenteils in sittlicher Hinsicht vergangen und widerrechtliche Unzucht getrieben zu haben. Die Straftaten liegen bereits längere Zeit zurück. Unter den Mannschaften des Regiments wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die dahin gingen, daß sich Leutnant von P. an Unteroffizieren, während diese auf Stallwache waren, vergangen habe. Von einem Jülicher wurden eines Tages entsprechende Beobachtungen gemacht, und nun erfolgte die Anzeige gegen den Offizier. Leutnant von P. entzog sich seiner Verhaftung jedoch durch die Flucht. Er machte sich dadurch auch des Verbrechens der Fahnenflucht schuldig. Durch die Militärgerichtsbehörde wurde ein Steckbrief hinter ihm erlassen, worauf sich der Deferteur selbst der Untersuchungsbehörde zur Verfügung stellte. Von P. wurde in Untersuchungshaft genommen und die Anklage wurde gegen ihn erhoben. Sie warf dem Angeklagten drei selbständige Handlungen vor, und zwar Mißbrauch der Dienstgewalt an Unteroffizieren zu Privatziwecken, Untergrabung zur Begehung strafbarer Handlungen veranlaßt zu haben in Verbindung widerrechtlicher Unzucht und eigenmächtiges Entfernen von der Truppe in der Absicht, sich dauernd fern zu halten. Am 3. September fand bereits eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht statt, doch wurde damals kein Urteil gegen den Angeklagten gefällt. Der Gerichtshof beschloß damals, den Angeklagten daraufhin durch hervorzuhebende ärztliche Sachverständige untersuchen und beobachten zu lassen, ob er sich bei Begehung der Straftaten in einem Zustand krankhafter Störungen befunden hätte bezw. ob er für die Tragweite seiner Handlungen verantwortlich zu machen sei. Inzwischen hat Leutnant von P. unter ärztlicher Beobachtung gestanden. Am Dienstag fand nun ein erneuter Termin statt, zu dem drei Sachverständige geladen waren. Nach Verlesung der Anklage beantragte der Vertreter der Anklage, die Defektheit während der Verhandlungen auszusprechen, er stelle jedoch dem Gericht anheim, die Presse zuzulassen. Das Gericht gab dem letzteren Antrage aber nicht statt, und es schloß wegen Gefährdung der Sittlichkeit und militärdienstlicher Interessen die Defektheit vollständig aus. Die Beweisaufnahme und die Gutachten der Sachverständigen schienen jedoch nicht zu Gunsten des Angeklagten auszufallen zu sein, denn das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten und es erkannte auch auf Dienstentlassung.

Die beleidigte Junkerkammer.

Den Landtag verächtlich gemacht haben soll Genosse Adol) Hoffmann. Er hatte am 26. November in einer Protestversammlung in Adlershof das preussische Dreiklassenwahlrecht und im Zusammenhang damit auch die „Taten“ des auf Grund dieses Wahlrechts zusammengesetzten Junkerparlaments einer scharfen, aber durchaus zutreffenden Kritik unterzogen. Polizeibeamte haben ihrer vorgelegten Behörde einen Bericht erstattet, nach welchem sich der Landtag beleidigt fühlen soll. Der Landtag soll es erst, wenn er nicht erst seine Genehmigung zur Strafverfolgung erteilen. Einseitig ist Genosse Hoffmann vom Untersuchungsrichter über seine Frevelthat vernommen worden und harret in Ruhe der Dinge, die da kommen sollen.

Vom Zwietrachts-Keim.

Man schreibt uns: So viel uns bekannt ist, hat der Flotten-General Keim die Defektheit schon früher beschäftigt. Als Caprivi feinerzeit die mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit verbundene wesentliche Erhöhung der Präsenzstärke der Armee erreichen wollte, erschienen plötzlich Zeitungsartikel, in der die Landwehr des heruntergerissenen wurde, sodas in den Reihen der Veteranen sich große Entrüstung erhob. Als Verfasser der Artikel wurde allgemein der damalige Major Keim, der 1892 und 1893 dem Reichskanzler Caprivi zur Verfügung gestellt war, genannt. Und im November 1898 ging die Nachricht durch die Presse, der Kaiser habe von seiner Jerusalemreise aus den Oberst Keim telegraphisch aufgefordert, seinen Abschied zu nehmen.

Hebrigen scheint in den höheren Regionen in der Taktik des Flottenvereins wieder einmal der Jizackfuro Trumpf zu sein. Vor einem Jahre erklärte Prinz Heinrich von Preußen die Agitation des bayerischen Landesverbandes des Flottenvereins, die den Kampf gegen einzelne politische Parteien vermie, sei muster-gültig. Jetzt aber beruft sich der Sozialisten- und Zentrumstreffer Keim auf die Billigung der Taktik durch denselben Prinzen. Ohne höheren Segen würde er gewiß nicht so provozierend aufgetreten sein, denn er weiß genau, daß ein allerhöchstes Stützrutzeln genügt, ihn in der Besenkung verschwinden zu lassen.

Die Rechtslosigkeit der Landarbeiter.

soll auch nach dem Willen der westlichen Agrarier in ihrem vollen Umfang aufrecht erhalten bleiben. Die rheinische Landwirtschaftskammer hat auf ihrer in Bonn abgehaltenen Hauptversammlung folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

Veranlaßt durch die jüngsten Verhandlungen des deutschen Reichstags und des preussischen Abgeordnetenhauses spricht sich die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz nachdrücklich gegen alle Bestrebungen aus, die darauf gerichtet sind, das Koalitionsrecht auf die ländlichen Arbeiter und Dienstboten auszu dehnen, weil sie darin eine unabsehbare Schwächung nicht allein der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft erblickt.

Fast zur gleichen Zeit nimmt sich die in Köln erscheinende zentrumsagrarisches „Rheinische Volksstimme“ den zentrumsabgeordneten Herold vor, der dadurch, daß er im Abgeordnetenhause zugunsten des Koalitionsrechts der Landarbeiter gesprochen, die Landwirtschaft geschädigt und einen großen tatsächlichen Fehler begangen habe; in seiner engeren Heimat werde er mit seinen Ausführungen auf scharfen Widerspruch stoßen.

Die Agrarier in Rheinland und Westfalen, die sich in ihrer erdrückenden Mehrheit dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum zuzählen, beanspruchen die Koalitionsfreiheit ganz allein für sich. Sie verfügen über muster-gültige Bauernvereine, die sie in rücksichtsloser Weise zu benutzen wissen, um ihre Interessen zu fördern. Den Landarbeitern aber wollen diese Christen dies Menschenrecht für alle Zeiten vorenthalten.

Kanzler kontra Kanzlerblatt.

Vor einigen Tagen hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Meldung demontiert, daß der Artikel 7 des Reichsbereinsgesetzentwurfs (die Sprachenbestimmung) auf Verlangen der rheinisch-westfälischen Großindustriellen in die Vorlage aufgenommen worden. Jetzt teilt das Breslauer Zentrumblatt, die „Schleissche Volksztg.“ mit, daß die Behauptung von niemand anders als dem Reichskanzler selbst ausgegangen sei. Fürst Bälou habe am 14. Oktober eine Abordnung des christlich-nationalen Arbeiterkongresses empfangen, die gegen den Sprachenparagrafen protestiert habe. Da habe Bälou erwidert: „Aber den hat die Regierung ja gar nicht gewollt; den haben ja die Rationalliberalen, die rheinischen Großindustriellen hineinbringen wollen.“ — Die Mitteilung des Zentrumblattes stellt den Wert der Dementis der „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder einmal ins rechte Licht. Besonders pliant wird die Sache durch den Umstand, daß eine Aeußerung des Kanzlers selbst im Blatte des Kanzlers abgeleugnet wird. Die Ungeniertheit, mit der offiziöse Dementis die Wahrheit behandeln, ist hier zu wirklich staunenerregender Höhe gestiegen.

Oder — will der Kanzler sich selbst dementieren? Das wäre nicht unmöglich. Kann er die Behauptung nicht aufrecht erhalten, mit der er die christlich-nationalen Arbeiter zu befähigen für auf hielt. Wir haben feinerzeit schon darauf hingewiesen, daß die Meldung von der Entziehung des § 7 nicht die ganze Wahrheit sein könne, daß die rheinisch-westfälischen Großindustriellen zwar die Forderung nach dem Ausnahmegesetz gegen die Polen und Dänen und gegen die Arbeiterbewegung erhoben haben werden, daß die preussische Regierung aber sicher aus eigenem schon dieselbe Forderung gestellt haben werde. Und an dieser Feststellung mußte der Ministerkollegen des Kanzlers, die die spezielle preussische Politik vertreten, gelegen sein. War doch gerade Herr v. Rheinbaben, der stille Gegner der Modpolitik, als der Mittelsmann bezeichnet worden, durch den die rheinisch-westfälischen Schatzmacher ihre Forderung in den Entwurf des Vereinsgesetzes gebracht hätten. Der Reichskanzler mag also ein einer gewissen Zwangslage gewesen sein, als er sich selbst dementierte.

Der Freistatt beginnt inzwischen sich immer mehr mit der Ausnahmestimmung anzufreunden. In der Wochenübersicht desjenigen freisinnigen Blattes, das sich in der Stellung zum Mod als reserviertesten verhielt, des „Berliner Tageblatts“, wurde die Vernichtung des Versammlungsrechts der Polen geradezu als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit hingestellt. Denn wenn alle Versammlungen der polizeilichen Aufsicht unterstellt bleiben, so muß die Polizei die Möglichkeit haben, auch die Versammlungen der Polen zu überwachen — weil sonst die Polen mehr Recht als die Deutschen hätten. Da die Polizei aber nicht immer Beamte hat, die die polnische Sprache beherrschen, so ergibt sich klar, daß die Polen nicht das Recht haben dürfen, sich in Versammlungen ihrer Muttersprache zu bedienen. Das Ausnahmegesetz als eine Forderung des gleichen Rechts — eine freisinnige Leistung, die alle Achtung verdient!

Die Junkerpresse auf der Gärten-Jagd.

Die „Kreuzzeitung“ brachte gestern eine Scharfmachernotiz, worin Graf Kuno v. Nolte dringend aufgefordert wurde, fest zu bleiben und keinen Vergleich mit Gärten einzugehen. Sie behauptete dabei, daß von einzelnen einflussreichen Seiten“ auf den Grafen Nolte eingewirkt werde, den Strafanktrag zurückzunehmen. Heute greift die „Deutsche Tageszeitung“ diese Notiz auf und lüftet die Decke, unter der die Vergleichsverhandlungen spielen, noch etwas mehr. Sie schreibt:

„Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchten wir bemerken, daß es nicht im engeren Sinne einflussreiche Kreise sind, die auf den Grafen Kuno Nolte einwirken haben, den Strafanktrag gegen Gärten zurückzunehmen. Mindestens haben sich offizielle und maßgebende Kreise an dieser Einwirkung nicht beteiligt. Sie geht, wie uns mitgeteilt wird, vielmehr von einem früheren Minister, einem vielgenannten Geheimen Kommerzienrate, und einer sowohl diesem als auch Herrn Gärten nahestehenden Persönlichkeit aus. Diese Persönlichkeiten haben allerdings maßgebende Kreise dahin zu beeinflussen gesucht, daß auch diese sich der Einwirkung anschließen; aber ohne Erfolg. Wir würden es auch tief bedauern müssen, wenn die Verurteilung gelungen wäre. Wenn jetzt infolge gewisser Einwirkungen von tatsächlich maßgebenden Kreisen der Strafanktrag zurückgezogen worden wäre, so würde nicht nur die Maßnahme selbst, sondern ganz besonders die Einwirkung zu den bedenklíchsten Mißdeutungen Anlaß geben. Die erfreuliche Nachwirkung des Prozesses gegen Adolf Brandt, ferner der Reden des Reichsanklägers und Kriegsministers würde ganz erheblich beeinträchtigt werden. Die nochmalige notwendige Aufrollung peinlicher und unangenehmer Dinge ist sicher das kleinere Uebel.“

Der frühere Minister und vielgenannte Geheim Kommerzienrat dürfte der ehemalige preussische Handelsminister Müller sein, die ihm nahestehende Persönlichkeit wahrscheinlich Herr Paasche. Die Fassung der Notiz des Agrarierblattes läßt aber außerdem schließen, daß es die Gefahr nicht für ausgeschlossen hält, offizielle Kreise möchten sich an den Bemühungen beteiligen! Das Junkertum will keinen Vergleich. Es verspricht sich besseren Eindruck auf die öffentliche Meinung durch eine Verurteilung Gärten und glaubt sie jetzt, nach Erhebung der amtlichen Anklage, schon in der Tasche zu haben. Und diese Verurteilung, so hofft es, wird die Enthüllungen des ersten Gärten-Prozesses verwischen, wird das deutsche Junkertum vergessen machen, daß es die Herrschenden einmal noch zu Gesicht hat. Die Verurteilung Gärten soll die Öffentlichkeit glauben machen, daß es in Deutschland Kamarillen nicht gibt, daß alles in bester Ordnung ist, daß die Junkerschaft sitzhaft und intellektuell berufen ist, den Staat zu regieren. Das Loben der Junkerpresse wider den Vergleich entspringt einer wohlüberlegten Spekulation. Inbes, ob ihr nun Gärten geopfert wird oder nicht, die öffentliche Meinung der Urteilsfähigen wird durch den Ausgang des zweiten Gärtenprozesses nicht beeinflusst werden in der Wertung dessen, was der erste Prozeß enthält hat. —

Der Liebertsche Reichsverband.

Zu den „geistigen“ Waffen der Reichsverbandssagitation gehört auch die Behauptung, daß besonders die jüdischen, russischen und galizischen Ausländer von der Handelshochschule in Leipzig bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie agitiert hätten. Was ist nun an der Behauptung wahr? Nichts! Ein Blodführer der Wahl von 1907, der Geheim Kommerzienrat Jweinger in Leipzig, hat in der Ersten kaiserlichen Kammer den Beweis dafür geliefert, daß an der ganzen Behauptung nicht ein wahres Wort ist. Wörtlich sagte der Redner, der Vorsitzende des Senates der Handelshochschule Leipzig: „Hieran anschließend, hochgeehrte Herren, kann ich erklären, daß der Senat der Handelshochschule gleich nach der Reichstagswahl ganz genaue Ermittlungen angeestellt und festgestellt hat, daß kein einziger Fall nachweisbar ist, daß einer der an unserer Handelshochschule studierenden Ausländer sich an den Reichstagswahlen irgendwie beteiligt habe.“

So wird eine Blod- und Reichsverbandslüge nach der anderen folgeschlagen.

Freisinniges.

Die „Asphaltliberalen“ sitzen den Fraktionspolitikern gehörig auf dem Raden. Wenn die fraktionsstrenge Presse auch die Totschweigekette noch so meisterlich handhabt, so kann sie doch nicht hindern, daß die Agitation in den Wählerversammlungen mit ganz anerkannter Energie betrieben wird. Herr Dr. Barth vor allem läßt nicht locker. Seine Forderung nach einem Notgesetz, das das geheime Wahlrecht für Preußen verlangt, konnte er allerdings bei den Fraktionspolitikern nicht durchsetzen. Aber sie haßte wenigstens das gute, wenn auch vielleicht die Wirkung von Barth nicht beabsichtigt war, daß sie die ganze Unzuverlässigkeit des Freisinn in der Wahlrechtsfrage auf das klarste nachwies und selbst bei den freisinnigen Wählern einiges Erstaunen weckte. Nun wollen Barth und die „Asphaltliberalen“ auf andere Weise die freisinnigen Politiker in eine Wahltagation hineinzwingen. Die Versammlungen, die sie abhalten, fordern die Schaffung einer Zentrale, die aus Mitgliedern der drei freisinnigen Fraktionen bestehen soll. Diese hätte die Aufgabe, einheitlich für ganz Preußen eine uner müdliche und energiegelagte Agitation für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen anzunehmen. Bisher ist es allerdings nicht gelungen, die Fraktionspresse und die Fraktion auch nur zu einer Stellungnahme zu bringen. Während die Konserwativen wiederholt rund heraus erklärt haben, daß sie gar nicht daran denken, die Blodpolitik auf Preußen zu übertragen, hat der Freisinn ohne weiteres in Preußen auf jede Durchführung seiner Prinzipien verzichtet. Er hat solche Angst um die Erhaltung des Blods, daß er den Konserwativen jedes Opfer bereits bringt, bevor sie es noch verlangen. Er übertrifft darin, wie die „Kreuzzeitung“ neulich anerkennend feststellte, sogar den Rationalismus. Deshalb wird es ganz interessant sein, wie der Freisinn sich zu dem neuesten, vom Standpunkt der wirklich freisinnigen Wahlrechtsfreunde durchaus praktischen Vorschlag stellen wird. Denn Stellung werden sie wohl nehmen müssen. Schon einmal sind sie ja mit ihrer dummen Totschweigekette schmächtig verunglückt, und das zweite Mal wird es ihnen nicht anders gehen! Darum heraus mit der Sprache! Was ist es also mit der freisinnigen Wahltagation? —

Breslauer Rathaus-Freisinn.

Der Reichstags-Verband beabsichtigte kürzlich, in Breslau eine Vorlesung zu geben. Absichtlich aber nahm er von den über 150 zur Verfügung stehenden Sälen, die sonst für derartige Veranstaltungen allen Parteien zur Verfügung stehen, keinen, sondern bestand großartig darauf, im Rathaus zu tagen! Wahrscheinlich, um den freisinnigen Magistrat auf die Probe zu stellen. Aber dessen hätte es gar nicht bedurft: da an der Spitze der schlesischen Reichsverbänder eine leidenschaftliche Durchlaucht steht, die „oben“ zurzeit mehr Verbindungen hat wie die Liebenberger Tafelrunde, für sie

bleibt nämlich, rechnete sich's der freisinnige Magistrat zur Ehre an, den Reichsverbändlern zu dienen; er stellte ihnen ohne weiteres den großen Sitzungssaal der Stadtväter, der sonst nur zu festlichen und hochpatriotischen Zwecken dient, unentgeltlich zur Verfügung.

Der selbe freisinnige Magistrat hat aber kürzlich auf einen Wink von oben Knall und Fall den Arbeiter-Turnern die städtische Turnhalle, die sie seit sechs Jahren benützen durften, entzogen! Unterzogen! Unterzogen! war dieser Wink von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Stadtschulrat Pfandtrier.

Im Zeichen der Bloßbrüderchaft kann man sich über derartige Streiche nicht einmal ärgern, aber sie verdienen, registriert zu werden. Und es lohnt sich, zur völligen Charakteristik des Freisinn darauf hinzuweisen, daß das Breslauer Organ des Reichsverbandes, die „Schlesische Zeitung“, alle Augenblicke den Magistrat anpöbelt, als bestände er aus lauter Revolutionären. Und den freisinnigen Oberbürgermeister, der den Reichsverbändlern das Rathaus zur Verfügung stellte, nannte wenige Tage vorher das Blatt einen „Satrapen, der Putanfälle bekommt, wenn sich aus der Bürgerchaft auch nur eine leise sachliche Kritik hervorwagt.“

So hält der Freisinn seinen Sackel und beide Hände zugleich den Blodbrüdern hin. —

Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht

beschloß der Landtag des Herzogtums Altenburg. Nach langen Kämpfen wurde das neue Volksschulgesetz angenommen, das wesentliche Verbesserungen bringt. Die Lehrergelder auf dem Lande beginnen künftig mit 1350 M. und steigen bis 2000 M., die nach 28 Dienstjahren erreicht werden. Bisher betrug das Höchstgehalt der Lehrer 2250 M. Die Höchstgrenze der Schülerzahl eines Lehrers und einer Klasse wird von 120 auf 80 herabgesetzt. Unser Genosse Käppler beantragte dagegen 50 als Höchstzahl festzusetzen. Eine durchgreifende Verbesserung bedeutet die Einführung der Fortbildungsschule auf dem platten Lande. Die Agrarier leben in dem neuen Geiste den Anfang der Trennung von Schule und Kirche. Sie wollten dem Geistlichen die Schulaufsicht belassen, die Schülerzahl von 120 beibehalten und erklärten die Einführung der Fortbildungsschulen auf dem Lande für unannehmbar. Diese sind nur für das Winterhalbjahr auf höchstens vier Stunden festgelegt. Die Regierung mußte energisch gegen den Bauernlandtag auftreten. Bei der Verteidigung der Gesetzesvorlage verwies sie auf Preußen und Sachsen, die sich auch noch zu diesen Änderungen bequemen und mit den alten Anschauungen brechen müßten, wenn sie den Volksschichten mehr entgegenkommen wollen. Schließlich wurde das Gesetz angenommen. Die sechs Gegner sind wackelige Großgärtner.

Auch die Aufhebung der Steuerfreiheit der Hof- und Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrer hat der altenburgische Landtag angenommen. Aber nicht mit rückwärtiger Kraft. Die jetzigen Beamten bleiben also im Besitze des Privilegs für Steuerfreiheit und die nach dem 1. Januar 1908 eingestellten Beamten müssen Steuern zahlen. Unsere Genossen Käppler und Buchwald haben auch diese Maßnahme schwer bekämpft und traten für sofortige Heranziehung der Beamten zur Einkommensteuer ein, denn das, was die Regierung mit dem Gesetze bezweckt, wird nun erst in 30 bis 40 Jahren erreicht sein. —

Liberaler Sozialpolitiker.

Aus Halle o. S. berichtet man: Unsere Genossen hatten im Stadtverordnetenkollegium beantragt, den städtischen Arbeitern der Gasanstalt die in die Woche fallenden Feiertage voll zu bezahlen, damit die Leute in der Weihnachtswoche nicht mit 12 bis 14 Mark Lohn nach Hause zu gehen brauchen. Der entschiedene liberale Stadtverordnete Brandt gab den Arbeitern den Rat, „in guten Zeiten“ zu sparen, dann brauche man in der Festwoche nicht zu leiden. Schließlich versprach man sich so weit, bezüglich des Antrages „Erhebungen“ anzustellen. Für Mitarbeiterbesuche usw. wirft man Tausende weg.

Für eine städtische Rechtsanwaltskammer erteilte der Bürgerausschuß in Pforzheim die Genehmigung. Es wird diese Stelle einem der Stadtverwaltung tätigen Juristen unterstellt, dem ein gepürter Gerichtsschreiber zur Seite steht. Die Einrichtung verdonnert die Stadt dem Bestreben unferer Vorzugsweiser Parteigenossen, einen städtischen Zuschuß zu ihrem Arbeitersekretariat zu erhalten.

Die Blodmehrheit der badiischen Zweiten Kammer ist am Dienstag durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weygoldt aufgehoben worden. Wied der Wahlkreis, was nicht ausgeschlossen ist, dem Blod entziffen, dann ist dessen numerisches Uebergewicht vorüber. Am 19. Oktober 1905 standen den 2700 Blodstimmen im oberen Biezial (13 Kreis Schönau-Schopfheim) nahezu 2400 andere Stimmen gegenüber, darunter 1600 des Zentrums.

Oesterreich.

Daszynski Wahl.

Zur Wahl des Genossen Daszynski, über die wir bereits gestern berichteten, schreibt unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiter-Zeitung“: Von heute an ist Genosse Ignaz Daszynski wieder Abgeordneter. In der Hauptwahl im Mai dieses Jahres erlag er den Lügen und Niederträchtigkeiten einer schmächtlichen Koalition der Schlächter mit den falschen „Demokraten“. Schmerzlich hat die ganze Partei, haben insbesondere die polnischen Sozialdemokraten einen ihrer Tüchtigsten und im Kampfe Erfahrensten vermisst. Aber die Freude der Stanzhnen, ihren gefährlichsten Feind los zu sein, sollte nicht lange dauern. Um Daszynski dem Parlament wiederzugeben, legte Genosse Thaddäus Reger in echt sozialdemokratischer Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit sein Mandat nieder und machte dem älteren Genossen Platz. Trotzdem in dem Wahlbezirk Freistadt-Oderberg die Massen der polnischen Bergarbeiter den Ausschlag geben und der Polenklub wirklich wenig Hoffnung haben konnte, führten die Stanzhnen einen wahren Verzweiflungskampf gegen den gehähten und gefährdeten Daszynski. Eine ebenso skrupellose wie heftige Agitation wurde entfesselt, alle Mittel der Verleumdung gegen den Kandidaten und der Beeinflussung der Wähler, die man in Galizien gewohnt ist, wurden versucht. Aber freilich: Schließen ist eben doch nicht Galizien; und die Beamenschaft, so wenig sie den Sozialdemokraten geneigt sein mag, ist nicht gewohnt, Anechtsdienste für die Schlächter zu leisten und die schmutzigsten Wahlpraktiken selbst zu praktizieren. Die Herren vom Polenklub schämten vor Wut, als sie erkannten, daß diese Wahl nach europäischen Methoden durchgeführt werde. Aber es nützte ihnen nichts; und obwohl sie es sich ein Heidengeld kosten ließen, erlitten sie eine schmächtige Niederlage und Daszynski wurde mit einer imposanten Majorität gewählt.

So wird denn einer unserer besten Männer, der Erwecker und Organisator des polnischen Proletariats in Galizien, wieder ins österreichische Parlament einziehen, in das Rathaus des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, für dessen Ausrichtung er so viel geleistet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten und mit ihnen das klaffende Proletariat Oesterreichs bieten dem erprobten Kampfgenossen herzlichsten Willkommen.

Schweiz.

Förderung des Arbeitsnachweises durch den Bund.

Bern, 14. Dezember. (Fig. Ver.) Der Bundesrat hat der Bundesversammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der die Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise durch Beiträge des Bundes gefördert werden soll, der die Kosten der Zentralstelle, die heute in Zürich ist, aber keine große Bedeutung besitzt und nur wenig von sich hören läßt, ganz übernehmen will. Diese machen jedenfalls nur einen kleinen Beitrag aus, aber sie können durch den Bund auf der Einrichtung wesentlich erhöht werden. Den einzelnen Arbeitsämtern sollen ihre Ausgaben bis zu 1/2 den Verbänden für Naturalverpflegung soll jede einzelne Arbeitsvermittlung mit 50 Proz. vergütet werden. Es besteht gegenwärtig ungefähr ein Dutzend Arbeitsämter in den größeren Städten, die auch mit den Naturalverpflegungsstationen in Verbindung stehen. Es ist auf diesem Gebiete also noch sehr viel zu tun, wobei gar nicht einmal allzu große Aufwendungen in Frage kommen.

Frankreich.

Der Blod auf der schiefen Ebene.

Paris, 16. Dezember. (Fig. Ver.) Während sogenannte „Sozialisten“ noch immer die Rückkehr zum Blod der Aera Balzac-Rouffieu und Combes predigen, haben die bürgerlichen Republikaner selbst demonstriert, daß dieser Blod der „republikanischen Konzentration“ eine abgetane Sache ist.

Im Departement Côte-d'Or fand gestern eine Radwahl für den Senat statt. Es kandidierten ein „liberaler“, d. h. reaktionärer Republikaner und drei Radikale, von denen der eine der ehemalige Kriegsminister André war. — Man hätte glauben sollen, daß André, für den die in den radikalen Departements sehr mächtigen Freimaurer mit aller Kraft gearbeitet hatten und der auch aus dem Departement stammt, wenn nicht im ersten, so doch in einem späteren Wahlgang gewählt werden würde. Aber es kam anders. Es waren drei Wahlgänge nötig. Im ersten bekam der Reaktionär Philpot 392, André 206 und die zwei anderen Radikale zusammen 320 Stimmen, im dritten Wahlgang aber drang Philpot mit 522 gegen 474 Stimmen Andrés durch! Von den Wählern der zugunsten Andrés zurückgetretenen radikalen Kandidaten haben nur 178 für ihn, 130 für den „liberalen“, einen ausgesprochenen Gegner der Trennung von Kirche und Staat und des berühmten „Reformprogramms“ der Radikale gestimmt! Das Mandat war früher im Besitz der Radikale.

Die radikalsozialistischen Blätter brechen angeichts dieses Ausgangs in Klage- und Warnungsrufe aus. Aber das Wahlresultat ist nur der Ausdruck einer politischen Wandlung, die sich im Parlament wie im Lande vollzogen hat, wenn auch die Teilnehmer der radikalen Parteiparade in Ranch vor ihr die Augen geschlossen haben. Es gibt heute keine einzige Linse mehr und keine solidarische bürgerliche Demokratie. Wohl kann man auch jetzt von einem Blod sprechen, aber es ist der der sozialen Konservation, dessen Umriß jedesmal deutlich hervortritt, sobald ein Interesse des Proletariats in Frage kommt. Seine Parole heißt: Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Wie weise ist doch die Mahnung an die sozialistische Partei, sich auf diesen Blod zu setzen, der mit beschleunigter Kraft nach rechts hinabrückt! —

Persien.

Die Spannung im Lande, zumal in der Hauptstadt Teheran, dauert an, da man es anscheinend auf beiden Seiten vermeidet, den zündenden Funken ins Pulverfaß zu werfen. Allerdings mehren sich die, auch von bürgerlichen, ja von reaktionären Blättern gegebenen Nachrichten, die dahin gehen, daß die Anhänger des Schahs anfangen, provozierend aufzutreten und die Parteigänger des Parlamentes durch Gewalttaten aller Art herauszufordern. Die Lage ist jedenfalls andauernd sehr ernst — darin stimmen alle Meldungen überein.

Wie es scheint, wäre der Schah selber gar nicht abgeneigt, dem Parlament und dem Volk entgegenzukommen, aber es sind hinter den Kulissen Kräfte am Werk, die diesen friedlichen Neigungen in leider nur allzu wirksamer Weise entgegenarbeiten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß hier in erster Linie wieder die plumpe kosmische Faust im Spiele ist und all ihre Kraft aufbietet, den persischen König auf den gefährlichen Weg der Annahgiebigkeit und Starrheit zu zerrren.

Daß auch England unter den Ratgebern des Schahs nicht fehlt, versteht sich von selber, in welcher Weise es aber auf die Entwicklung der Dinge einzuwirken sucht, das läßt sich bei dem Wirrwarr der vielen, sich teilweise widersprechenden Meldungen im Augenblick nicht mit der gewünschten Klarheit überschauen. Dagegen ist die Haltung der russischen Einflüßer unverkennbar, wovon schon der Umstand Zeugnis ablegt, daß ein Hofstenoberst zum Gouverneur von Teheran avanciert ist!

Die numerischen Verhältnisse in der Hauptstadt scheinen für die Schah-Partei günstig zu liegen, jedoch wagen die Reaktionen aus ihrer Ueberzahl nicht Kapital zu schlagen, weil sie des Heeres nicht sicher sind, das — in Persien nichts Ungewöhnliches! — seit zwei Jahren keinem Sold erhalten hat, unzulänglich bekleidet ist und auch sonst genügend Grund zu Klagen haben soll. Die Gegner des Schahs, die sog. „Rationalisten“, werden allein in der Hauptstadt auf 10 000 Mann geschätzt; sie verhalten sich abwartend, wie denn auch das Parlament die Erklärung abgegeben hat, es werde nur in dem Falle, daß man es angreifen sollte, zur Gewalt übergehen.

In Persien spielt die Geistlichkeit eine große Rolle, und ihr Einfluß ist, zumal bei politischen Entwicklungen von dieser Tragweite sehr stark in Anschlag zu bringen. Nach einer überaus ungläubwürdigen Darstellung in der für gewöhnlich sehr schlecht informierten und informierenden „V. Z.“ sind „die Priester geschlossen auf Seite des Schahs und der Reaktionen“. Viel mehr Wahrscheinlichkeit hat indessen die Darstellung für sich, daß im ganzen Persien geheime Gesellschaften mit Unterstützung der Geistlichkeit einen Aufstand vorbereiten helfen für den Fall, daß der Schah die junge Verfassung anzutasten wagen sollte.

Nach einer Mitteilung im „Tag“ beurteilt eine mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Persiens wohlvertraute kaufmännische Persönlichkeit die Situation folgendermaßen:

Die Perser, insbesondere die in Teheran lebenden, seien im allgemeinen außerordentlich friedliebende Leute, die gar nicht daran denken, zu den Waffen zu greifen, sofern sie nicht von den „Starken“ verführt werden. Die „Starken“ sind die Russen (!), die ein in ihrer Rationalität wurzelndes Interesse haben, den Nachbarkönig Persien möglichst autokratisch zu erhalten. Indessen ist wohl anzunehmen, daß das Parlament auf mehr oder weniger gesicherter Basis ruht. Die Idee der Freiheitsbewegung ist in das persische Volk so tief eingedrungen, daß sie durch irgendwelche Machtmittel nicht mehr zerstückt werden kann.

Wir lassen zum Schluß die neuesten Depeschen folgen:

Teheran, 17. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die Minister sind heute in den Palast beschieden worden. Abends wurde eine Abordnung des Parlaments vom

Schah in Audienz empfangen. Das Ergebnis der Audienz ist unbekannt.

Teheran, 18. Dezember. (Deutsche Kablogr.-Ges.) Das diplomatische Korps beschloß gestern Abend eine Abordnung von drei Mitgliedern zum Schah zu entsenden, um wegen des mangelhaften Schutzes der Europäer während der Unruhen Beschwerde zu führen.

London, 18. Dezember. „Times“ melden aus Teheran: Die Reaktionsäre, unterstützt von 1000 Personen aus Beramin, eschienen gestern den Platz vor dem Palastgebäude und begingen Mord und Plünderung! Die Zahl der bewaffneten Nationalisten beläuft sich auf 10 000. Sie verhalten sich defensiv. Um das Parlamentsgebäude werden auf eine Länge von 1600 Metern Barrikaden gebaut. Alle Handelsfirmen, sowohl die persischen wie die ausländischen, haben ihre Bureaus und Geschäfte geschlossen. Der Schah scheint bereit zu sein, ein weniger strammes Regiment zu führen. Er entsandte gestern zwei Hofbeamte in das Parlament mit dem Auftrage, eine dahingehende Erklärung abzugeben. Das Parlament ist mit der Beratung der Forderungen, die dem Schah vorgelegt werden sollen, beschäftigt. Eine dieser Forderungen verlangt die Ausweisung von zwei reaktionären Führern.

London, 18. Dezember. Eine Zirkulärnote an die Blätter berichtet, daß im Auswärtigen Amt amtliche Nachrichten aus Teheran eingetroffen seien, die die Lage als ziemlich ernst charakterisieren. England und Rußland gehen dieser Note zufolge gemeinschaftlich vor. (1) Den letzten Nachrichten zufolge hat sich die Lage etwas gebessert. —

Amerika.

Die Ausreise der atlantischen Flotte.

Nachdem die atlantische Torpedobootsflotte der Vereinigten Staaten bereits am 2. Dezember ihre Reise nach der Westküste Amerikas angetreten hatte, begann am 16. d. M. die lange vorbereitete Tour eines Teiles der Schlachtflotte (Linienfahrer und Panzerkreuzer) nach dem Stillen Ozean. Die Flotte soll sich in Rio de Janeiro mit den vorausgedampften Torpedobooten treffen und dann mit diesen gemeinschaftlich die äußerst gefährliche Fahrt durch die Magelhaensstraße unternehmen. Erst Ende April des nächsten Jahres wird sich das Geschwader mit dem im Stillen Ozean stationierten Teil der amerikanischen Marine vereinigen können — beträgt doch der Weg bis zum Bestimmungsorte nicht weniger als 28 000 Kilometer. —

Die Reise ging von Old Point Comfort in Virginia aus und ist zunächst nach San Francisco, dann nach Manila gerichtet. Die 20 Schiffe mit ihren 15 000 Mann Besatzung haben natürlich für ihre auf 4 Monate berechnete Reise ungeheure Vorräte an Nahrungsmitteln mitgenommen, um auch darin zu erproben, wie lange die Flotte es ohne fremde Hilfe auszuhalten kann! Man hat unter anderem 10 000 Zentner frisches Rindfleisch, 10 000 Zentner Gemüse, 12 000 Zentner Mehl, 5000 Zentner Fruchtkonserven, 150 Zentner Tee, 1000 Zentner Kaffee, 1000 Zentner kondensierte Milch geladen, den Reis und Rauchtobak, Zigarren usw. nicht zu vergessen.

Diese Flottenfahrt wird die größte werden, die jemals in Friedenszeiten unternommen worden ist, und der „friedliche“ Zweck der Fahrt soll sein, die Kriegsbereitschaft der Flotte, falls sie im Stillen Ozean gebraucht wird, zu bewahren! — Wieviel Schiffe nach dem Atlantischen Ozean zurückkehren werden, steht noch dahin; denn trotz aller Versicherungen, daß die Flotte nicht im Stillen Ozean bleiben soll, glaubt man nicht recht an ihre Rückkehr. —

Die amerikanische Marineleitung zieht natürlich über alle Einzelheiten dieser kriegsmäßigen Fahrt den Schleier der tiefsten Verschwiegenheit. Sie stellt die Reise sozusagen als eine harmlose Flottenübung hin. Daß aber die atlantische Flotte nach Erreichung ihres Zieles den Stillen Ozean vorläufig kaum verlassen wird, das beweist eigentlich die jüngste Botschaft des Präsidenten Roosevelt an den Senat. Man geht daher wohl nicht wohl mit der Annahme, daß die Regierung sich zu diesem außergewöhnlichen, in der Geschichte einzig dastehenden Unternehmen nur infolge der Differenzen mit Japan entschlossen hat und daß Amerika auch heute noch einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht für ausgeschlossen hält. —

Zum Prozeß in Idaho.

Das Geschworenengericht gegen G. A. Pettibone ist bereits zusammengesetzt, und die Verhandlungen haben ihren Anfang genommen. Unter den Geschworenen, die hier über das Schicksal eines Führers der Bergarbeiter zu entscheiden haben, befinden sich mehrere Farmer, ein Student von 25 Jahren, ein Goldsucher von 69 Jahren, mehrere Handwerker und Kaufleute. Die Verteidiger des Angeklagten hatten dem Richter gegenüber, der die Auswahl der Jury leitete, einen schweren Stand; denn der Richter wollte verschiedene Proteste gegen Geschworene, die nicht einwandfrei waren, nicht gelten lassen. — Der Prozeß soll noch vor Weihnachten zu Ende geführt werden; zu diesem Zwecke werden auch in den Abendstunden Sitzungen abgehalten. Der berühmte Harry Orchard wird wieder als Zeuge auftreten. . . .

Die russische Revolution.

Die Arbeit der Konterrevolution.

Moskau, 17. Dezember. (B. L. B.) Die hiesige Polizei nahm an verschiedenen Stellen Hausdurchsuchungen vor und beschlagnahmte große Mengen von Druckschriften der sozialistischen Arbeiterpartei und der sozialrevolutionären Partei.

Dem „Zag“ ging folgende sensationell aufgepußte Privatdepesche aus Petersburg zu:

Der politischen Polizei ist es gelungen, ein Lokal hervorragender Revolutionäre in Finnland in der Nähe von Terijoki auszuheben. Es wurden drei Männer und drei Frauen verhaftet, darunter der Haupturheber der meisten politischen Morde der letzten Zeit. (?) Er nennt sich Karl. Seine Geliebte besitzt einen Paß auf den Namen Emma Wittenberg. Es wurden zahlreiche Dokumente gefunden und ein Photographiealbum mit Bildern von Genossen, darunter von sieben bereits hingerichteten Revolutionären, ferner ein Adreßbuch von Mitgliedern der Revolutionspartei, lettische Broschüren usw. Aufmerksam wurde man durch verschiedene, in Petersburg gemachte Bestellungen auf Kleider und Wäsche, wobei stets der Auftrag gegeben wurde, die Wäsche ungezeichnet zu senden sowie die Adresse der betreffenden Kaufleute nicht zu vermerken. Mit der letzten Sendung reiste ein Polizeiaгент mit, dem es gelang, auf diese Weise die Spur des wichtigen Nestes aufzufinden, das die Polizei bereits seit zwei Monaten vergeblich gesucht hatte. (?)

„Schah!“

Petersburg, 18. Dezember. Die Frist für den außerordentlichen Schah ist in der Stadt und dem Gouvernement Moskau um sechs Monate verlängert! In der Stadt Nikolajew ist anstatt des Kriegszustandes der außerordentliche Schah erklärt worden.

Pogromprozeß.

Kiew, 18. Dezember. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hat gestern der Prozeß wegen des im Oktober 1906 veranstalteten Pogroms begonnen. Angeklagt sind 86 Personen, von denen 16 nicht erschienen sind. Von den erschienenen 697 Zeugen sind 197 ausgeblieben. Der Prozeß dürfte drei Wochen in Anspruch nehmen.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Krise.

Bürgerliche Nationalökonomien fabeln gern etwas vom Risiko des Unternehmertums, das seine hohen Gewinne rechtfertigen helfen soll. Wie es in Wirklichkeit damit steht, zeigt diese Zeit der ja erst beginnenden Krise: Arbeiterentlassungen und Lohnreduzierungen überall! Das Unternehmertum wagt sein angebliches Risiko nach Kräften auf die Arbeiterschaft ab. Und in den größten Riesetrieben mit den ungeheuerlichsten Riesengewinnen geschieht dies zuerst.

So schreibt man uns aus Mühlheim-Ruhr: Schneller, als man in Arbeiterkreisen vermutet hätte, hat sich die Leitung der Abteilung „Maschinenfabrik“ der Firma Thyssen hier selbst dazu entschlossen, die bestehenden Akkordpreise, besonders für Dreher, Fräser, Hobler und Bohrer zu reduzieren. In mehreren Fabrikversammlungen wurde von den Arbeitern dazu Stellung genommen. In diesen Versammlungen fand nach längerer Erörterung folgende Resolution Annahme:

„Die Versammlung spricht gegenüber der brutalen Vorkommnisse einzelner Arbeitskollegen sowie der menschenunwürdigen Behandlungen seitens einzelner Werksangestellten, vor allem aber gegenüber den unerhörten Abzügen von 10 bis 25 Proz. ihre tiefste Entrüstung aus. Die Arbeiter verpflichten sich, hiergegen durchzusetzen, daß sie sich Mann für Mann den Berufsorganisationen anschließen, weil sie einmütig der Ansicht sind, daß nur durch den Zusammenschluß sämtlicher Kollegen Verbesserungen eingeführt und Verschlechterungen abgewehrt werden können. Den nach Thyssen geführenden Arbeitern aber sei geraten, nicht auf der Abteilung „Maschinenfabrik“ in Arbeit zu treten, denn wer sich vor Schaden hüten will, der bleibe zurzeit dort fort.“

Eine dreigliedrige Kommission wurde beauftragt, mit der Direktion in Verbindung zu treten, um die Wünsche und Forderungen der Arbeiter dort vorzutragen. Diese lauten: 1. Rückgängigmachung der Akkordreduzierung; 2. bessere Behandlung von Seiten der Vorgesetzten; 3. Regelung der Lohnzahlung bei Reparaturarbeiten an den Arbeitsmaschinen; 4. Regelung des Strafsystems. Gestern sind die Kommissionsmitglieder vorstellig geworden. Sie wurden durch Herrn Direktor Richter, Herrn Betriebsingenieur Porsch und Herrn Obermeister Rittmann empfangen. Bezüglich der Lohnreduktion erklärte Herr Direktor Richter, es tue ihm leid, daß er die Akkordreduzierung in der Höhe von 10 bis 25 Proz. haben vornehmen müssen. Es wäre aber zu berücksichtigen, daß in Nürnberg die bei Thyssen hergestellten Maschinen 10 000 M. billiger gemacht würden. Das dürfte aber ein ziemlich fadensteiniges Argument sein, dessen Nichtigkeit sich auch nicht ohne weiteres kontrollieren läßt. Jedenfalls muß auch Herr Richter zugeben, daß die Abteilung „Maschinenfabrik“ immer ganz anständige Ueberschüsse erzielt hat; das beweist doch die fortgesetzte Vergrößerung des Betriebes. — Weiter verwies Herr Direktor Richter darauf, daß die Hobler früher 48 Pf. pro Stunde verdient hätten und das sei auch jetzt noch der Fall, trotz des Abzuges. Wenn die Arbeiter auf ihren Forderungen beharren, müsse er Herrn Thyssen den Vorschlag machen, die Maschinenfabrik zu schließen. Herr Thyssen wird sich natürlich hüten, einen gut florierenden Betrieb still zu setzen. Da weiter noch von der Krise gesprochen wurde, sei auf die letzte Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ hingewiesen. Dort ist auf Seite 1061 wörtlich zu lesen:

„Der allgemeine Maschinenbau war mit Arbeiten gut besetzt. Das Angebot an Arbeitskräften reichte vielfach immer noch nicht ganz aus. In einem ober-schlesischen und einem westfälischen Betriebe wurde oft mit Ueberschüssen gearbeitet.“

Das alles ist auch bei Thyssen der Fall. Das beweist doch der Umstand, daß fortgesetzt Arbeiter für die Abteilung „Maschinenfabrik“ gesucht werden. Nur bleiben die angeworbenen Leute nur solange bei der Firma, bis sie etwas Besseres gefunden haben. Obschon man den Leuten verspricht, ihnen nach Ablauf einer halbjährigen Tätigkeit die Reisefreien zu vergüten, bleibt der Betrieb ein Taubenschlag. Den starken Arbeiterwechsel glaubt man seitens der Werksleitung auf das Konto der organisierten Arbeiter setzen zu müssen. Wenigstens ließ man das der Kommission gegenüber durchblicken. Man vertrat dabei die Anschauung, die organisierten Arbeiter zwingen die Nichtorganisierten zum Eintritt in die Verbände. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß die Firma solchem Beginnen gegenüber ruhig zusähe. Alles in allem: Es bleibt bei dem einmal gemachten Abzug!

Bezüglich der gewünschten besseren Behandlung erklärte der Herr Direktor, er wolle die Meister einmal vornehmen. Ob das etwas helfen wird, bleibt abzuwarten.

Bezüglich des dritten Punktes: Lohnzahlung bei Reparaturen, erklärte man der Kommission, in dieser Beziehung solle in Zukunft von Fall zu Fall entschieden werden. Es ist nur zu befürchten, daß dabei eine gewisse Günstlingswirtschaft getrieben wird.

Zum Strafsystem äußerte man sich dahingehend, daß die Verstärkungen ganz gering seien. Demgegenüber wird von Arbeitern festgestellt, daß sehr oft Arbeiter wegen Fehlens von Steckkontakten mit 50 Pf. bestraft wurden, obschon doch die Firma selbst weiß, daß so ein Ding keine 50 Pf. kostet. Wenn dann von 76 Bohrern 21 bestraft werden, dann ist das doch wohl auch ein Zeichen dafür, daß diese Arbeiter gezwungen sind, darauf loszumachen, ohne Rücksicht, ob die Bohrer abbrechen oder nicht. Zum Schluß versprach man der Kommission noch, man wolle in Erwägung ziehen, die Samstagnachtsarbeit in Zukunft ausfallen zu lassen, weil die Arbeiter der Nachschicht 12½ Stunden arbeiten müßten.

Der Kommission blieb nach Lage der Sache bei ihrer Berichterstattung über die Besprechung mit der Werksleitung nichts anderes übrig, als den Arbeitern anzuraten, im Sinne der von ihnen beschlossenen Resolution zu arbeiten. Einmütig hätten alle drei Organisationen versucht, etwas für die Arbeiter zu erzielen. Wenn das nun nicht der Fall sei, liege es jetzt an der Arbeiterschaft selbst, das Ubrige zu tun. Wie sich die Dinge weiter entwickeln, bleibt einweilen abzuwarten.

Ausland.

Gewerkschaften und Partei in Niederland.

Eine organisatorische Verbindung zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei Niederlands besteht in der Form, daß die örtlichen Vorstände (Westmündersbünde) aus Vertretern der Ortsabteilungen der Gewerkschaften sowohl wie der Partei zusammengesetzt sind und demgemäß neben ihren anderen Obliegenheiten auch die Wahlrechts- und die Kandidatenstratagien an den verschiedenen Orten regeln. Nun hat im Amsterdamer Vorstandesbund die stärkste der Gewerkschaften, der Diamantarbeiterverband, einen Antrag eingebracht, der die Auscheidung der Parteimitglieder aus den Vorständen bezweckt. Man will damit jedoch keineswegs das geistige Band zwischen Gewerkschaften und Partei zerschneiden, vielmehr meinen die Antragsteller, daß die formelle Trennung beiden Teilen Vorteil bringen wird. Sie halten sie für zweckmäßig, weil die Gewerkschaften sich immer mehr zentralisieren, die finanziellen Verpflichtungen ihrer Ortsabteilungen immer schwerer werden, wodurch die frühere Autonomie der Abteilungen aufgehoben ist, und ferner weil die Bekämpfung des Anarchismus in der Arbeiterbewegung und die Verteidigung der Arbeiterpolitik nicht mehr so sehr wie früher die Mitwirkung der Vorstände notwendig macht.

Die Leitung des Amsterdamer Vorstandesbundes spricht sich weder für noch gegen den Antrag aus, hat jedoch auf den 7. Januar eine Generalversammlung einberufen, die zunächst darüber entscheiden soll, ob zur Erörterung der Frage eine gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes, des Vorstandes des Verbandes der Gewerkschaften und der Leitungen der Vorstände einberufen werden soll. Die Generalversammlung soll ferner über das Budget des Vorstandesbundes entscheiden, worin eine Herabsetzung der Beiträge vorgesehen ist, wie denn auch überhaupt durch die Ausschaltung der politischen Angelegenheiten aus den Ausgaben der Vorständebünde finanzielle Ersparnisse herbeigeführt werden sollen.

Kellnerausperrung beim „Göteborgsheim“ in Stockholm.

In Stockholm, wie in anderen Städten Schwedens, ist das sogenannte Götterburger System eingeführt, das darin besteht, daß einer einzigen Gesellschaft eine Art Monopol des Branntwein-ausschanks und -Verkaufs übertragen ist, wodurch der Branntweinpreis entgegengesetzt werden soll. Die Ueberschüsse werden, nach Abzug eines bestimmten Prozentsatzes zu wähtiger Verzinsung des Kapitals, für gemeinnützige Zwecke verwandt, was allerdings in manchen Fällen nichts anderes bedeutet, als daß ein Teil der kommunalen Ausgaben, statt durch die direkten Steuern, aus dem Branntweinmonopol gedeckt werden. Der humanitäre Zweck, dem diese Monopolgesellschaft dienen sollen, wird damit nur zum Deckmantel der Interessen der Bestehenden als Steuertreiber.

Das „Göteborgsheim“ von Stockholm läßt es auch seinen Angestellten gegenüber an der nötigen Humanität fehlen. Als jüngst die Kellner eine besondere Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangten, wurden sie in fast allen Lokalen dieser Gesellschaft ausgesperrt, und man verschloß ihnen sogar ihre Logis, so daß sie anderwärts Unterkunft suchen mußten. Man hatte von ihnen verlangt, daß sie sich, jeder persönlich, durch Unterschrift dauernd mit den bisherigen Bedingungen zufrieden erklären sollten. Die Aussperrung dauert bis jetzt vier Tage. Die Arbeiterkommune von Stockholm, die sich sonst nicht mit den gewerkschaftlichen Kämpfen, sondern mit der politischen Bewegung befaßt, hat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände beschloffen, den ausgesperrten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und hat auch bereits eine allgemeine Arbeiterversammlung zu diesem Zweck einberufen.

Obligatorische Schiedsgerichte in Italien.

Die häufigen Streiks in den öffentlichen Diensten haben den Minister für Ackerbau und Industrie bestimmt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den man sich einbildet, Arbeitsverhältnissen in den für das öffentliche Leben notwendigen Betrieben vorbeugen zu können. Der Entwurf betrachtet als öffentliche Dienste, auch wenn sie von einem Privatunternehmen betrieben werden, die Krankenpflege, die Verpflegung der Insassen öffentlicher Anstalten und Gefängnisse, Straßenbeleuchtung und Wasserlieferung, öffentliche Verkehrsmittel und Straßenerhaltung. Sobald bei dieser mehr als zehn Personen angestellt sind. Für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter sollen Löhne und Arbeitszeit gesetzlich festgelegt werden. Die Arbeiter müssen sich verpflichten, ihren Arbeitsvertrag einzuhalten und hinterlegen als Bürgschaft eine Kaution, die beim Kontrakt auf ein Jahr ein Monatsgehalt beträgt, bei längerem Kontrakt zwei Monatsgehälte. Diese Kaution wird durch Einbehaltung von höchstens 10 Prozent des Arbeitslohnes gebildet. Entstehen Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, so ist eine Schiedsgerichtskommission anzurufen, die in jeder Stadt bestehen muß. Sie wird von zwei Arbeitervertretern — die gewählt werden — und von zwei Unternehmervertretern gebildet und beauftragt ihren Vorsitzenden selbst. Die Entscheidungen dieser Kommission sind bindend und es kann nur wegen formaler Fehler eine Appellation des Gerichts angerufen werden. Wenn es sich um Veränderungen des Arbeitsvertrages handelt, müssen die Beschlüsse einstimmig gefaßt sein; bei anderen Fragen genügt der Mehrheitsbescheid. Der Arbeiter, der in konträrtdröher Weise seine Arbeit verläßt, büßt seine Kaution und seine Stellung ein und kann er für den wegen aus seiner Arbeitsunbedeckung erwachsenden Schaden zivilrechtlich haftbar gemacht werden.

Der Gesetzentwurf entspringt dem frommen Wunsche, für gewisse lebenswichtige Betriebe den Kampf zwischen Arbeit und Kapital auszuschalten und das Prinzip des freien Spiels der Kräfte aufzuheben. Da es sich für den Arbeiter bei seinem Lohnkampf auch um lebenswichtige Dinge handelt und der Lohnkampf — oder doch die Bereitschaft und Möglichkeit dazu — für den Arbeiter notwendig ist, um auch nur ein Herabdrücken seiner Lage zu verhindern, so ist es eine Illusion, durch Androhung von Vermögensnachteilen die Arbeiter vom Streik abhalten zu wollen. Ebenso ist es eine Illusion, durch gesetzliche Festlegung der Arbeitsverhältnisse den Arbeitern eine Lage zu schaffen, die sie der Notwendigkeit des Kampfes entbeht. Diese Arbeitsverhältnisse, die nicht unter der Drohung etwaiger Kampfes festgelegt werden, werden sich immer in den Grenzen halten, die ihnen die Interessen der Unternehmer aufweisen. Das liegt in der Natur der Sache, und daran kann der gute Wille einzelner nichts ändern.

Darum würde das Gesetz seinen Zweck nie erfüllen: die Arbeiter würden es einfach auf den Verfall der Kaution und auf den Zivilprozeß ankommen lassen. Außerdem stellt das Gesetz eine Ungerechtigkeit dar, mit der sich die organisierten Arbeiter in Italien nicht leicht abfinden werden. Wahrscheinlich werden sich die Reformisten für den Entwurf erklären, da sie den Streik in den öffentlichen Diensten mißbilligen und sich die Verbesserung des Projekts und die Ausführungsbestimmungen angelegen sein lassen. Das Klassenbewußte Proletariat dürfte „dabei kaum hinter sich haben.“

Im Lande der Bourgeois-Freiheit.

Ein Streik der Bergleute in Nevada hat den Gouverneur des Staates veranlaßt, den Präsidenten Roosevelt zu ersuchen, Bundesstruppen gegen die Arbeiter aufzubieten. Ohne irgendwelche Untersuchung der Sachlage ist Roosevelt sofort diesem Ersuchen nachgekommen und Militär marschierte in Goldfield, Nevada, ein. Die Gewerkschaften haben aber dafür gesorgt, daß Ruhe im Staate herrscht. Roosevelt war nur dann berechtigt, Militär zu senden, wenn ein Aufruhr ausgebrochen war, den der Staat allein nicht bezwingen konnte. Die Forderung der Bergleute dreht sich darum, daß die Grubenbesitzer die Schicks, mit denen sie seit einiger Zeit den Lohn ausgaben, vor aller Öffentlichkeit garantieren sollen, damit die Bergleute nicht Vergeltung nicht ein Tauschmittel bekommen, das sie nur mit großen Verlusten los werden können.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Am Dienstag wurde in einer sehr stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung des sechsten Wahlvereins über die Stellung unserer Partei zur Kolonialpolitik diskutiert.

Für die gegenwärtige Versammlung war Schippel als Referent, Ledebour als Korreferent aufgestellt.

Schippel

Inhalts seine Ausführungen an die bekannten Vorgänge auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart an. Wie erinnerlich, hat die Mehrheit der deutschen Delegation in der Kolonialkommission einer Resolution zugestimmt, die den Satz enthielt: „... er (der Kongress) bewirkt aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischen Regime zivilisatorisch wird wirken können.“

Zu seinem ersten Teil seines Referates suchte Schippel den Nachweis zu führen, daß der Gedanke, der in dem angeführten Satz ausgedrückt ist, in unserer Partei von jeher vertreten wurde, und daß gerade die meisten derjenigen Parteigenossen, welche nach Stuttgart entschieden gegen diesen Satz protestiert haben, früher denselben Standpunkt einnahmen, der in dem angeführten Satz niedergelegt ist.

Nur Begründung seiner Ansicht zitierte Schippel den Wahlauftrag unserer Reichstagsfraktion, worin gesagt wird, daß wir einen Unterschied machen zwischen einer Kolonialpolitik, die den Zweck hat, fremden Völkern europäische Kultur zu bringen und jener Kolonialpolitik, welche auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen gerichtet ist.

Wie Schippel sagte, der auch wir unsere Zustimmung geben können, nämlich, wenn von jeder Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen Abstand genommen werde, wenn es sich nur um die kulturelle Hebung fremder Völker handle, wie es einzelne Europäer bereits mit Erfolg durchgeführt haben.

Der Redner begründet das durch ein Zitat aus Webers Buch „Die Frau“, welches dem Sinne nach besagt, daß es noch weite Erdstriche in Südamerika, Zentralasien, Australien gebe, welche sich zur Kolonialisierung für mitteleuropäische Arbeiter eignen.

Bei den Debatten über die Stuttgarter Resolution sei auch über die Ansicht gestritten worden, daß wir doch die Ausbreitung des Kapitalismus in unentwickelten Ländern nicht hindern dürfen, da ja die kapitalistische Wirtschaftsweise für jene Länder einen Fortschritt bedeute.

Da wir bisher nicht wagten, der Kolonialpolitik ein prinzipielles Nein entgegenzusetzen, sondern uns unter gewissen Voraussetzungen und unter mancherlei Einschränkungen für dieselbe erklärten, so müsse doch hinter der Kolonialpolitik mehr stehen, als wir uns gedacht haben.

seits bedeutet ein Rückgang der Industrie Nachteil für die Arbeiter. Die heutige Industrie könne nicht bestehen und sich nicht weiter entwickeln, ohne in die Produktion anderer Länder einzugreifen.

Zum Schluß sagte der Redner: Nach alledem habe kein Anlaß zu einer Protestbewegung gegen die Stellung der deutschen Delegation vorgelegen, denn diese Stellung sei unanfechtbar und die Genossen, welche sie jetzt bekämpfen, hätten früher auf demselben Standpunkt gestanden.

Ledebour

als Korreferent sagte: Der Schippels Referat gehört hat, ohne die Debatten anlässlich des Stuttgarter Kongresses zu kennen, der würde nicht wissen, um was es sich in dieser Debatte handelt.

Der Redner wandte sich nun zu den parteihistorischen Ausführungen Schippels. Früher sei ja von Sozialdemokraten manches gesagt und geschrieben worden, aus dem man, obwohl es nicht der Ansicht der Referenten entsprach, herauslesen konnte, die betreffenden Genossen hielten die Unterwerfung fremder Völker für unvermeidlich.

Etwas anderes als die prinzipielle Bekämpfung der Anwendung staatlicher Zwangsmittel zur Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker wolle auch die Stuttgarter Resolution nicht.

Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob wir, wenn der Sozialismus zur Herrschaft gelangt ist, die Kolonialpolitik fortsetzen sollen oder nicht.

Bei der Diskussion sprachen noch Rehbein und Fiedler. Wegen der vorgerückten Zeit beschloß die Versammlung, die Diskussion zu beenden.

Zu Anfang hatte sich die Versammlung mit einem Antrage des Vorstandes beschäftigt, welcher die Anstellung von zwei befohlenen Kräften zur Erledigung der Geschäfte des Wahlvereins forderte.

Wieder ein „Aufruhr“prozeß.

Vor dem Leipziger Landgericht wird heute ein Prozeß verhandelt, der lebhaft an den Steinbacher Aufruhrprozeß erinnert.

Die Vorgeschichte des Prozesses ist folgende: Anfang August hatte die Amtshauptmannschaft Leipzig über den Gasthof zu Portitz die Polizeistunde verhängt und sie auf 10 Uhr festgesetzt, weil, wie es in der Begründung der Maßregel hieß, der Besitzer des Gasthofes es nicht vermag, nachts, nachlässigen Szenen, die sich außerhalb seines Lokales abspielten, zu wehren.

Anfang August hatten die Gesangsabteilungen der Arbeitervereine zu Tauscha und Portitz in Thessa gemeinsam ein Ständchen gebracht, wonach die Teilnehmer zuerst in Thessa, dann im Gasthofe zu Portitz gesungen hatten.

Doch damit nicht genug. Die wegen ihrer eigenartigen Behandlung der Arbeiterschaft bekannte Amtshauptmannschaft hatte zu einem großen Schlage ausgeholt.

Schon dieser Tage deutete das „Leipziger Tageblatt“ an, daß bei dem Prozesse nicht viel herauskommen werde, weil die Berichte seinerzeit beträchtlich übertrieben hätten.

Wemert mag noch werden, daß der Polizist, der in jener Nacht halb tot geschlagen worden sein soll, nicht eine einzige Stunde seinen Dienst veräußert hat, wie ihm überhaupt kein Mensch etwas von den schweren Mißhandlungen angemerkt hat.

Auf den Verlauf des Prozesses darf man nach alledem gespannt sein.

Aus der Partei.

Gemeindevahl in Württemberg.

Bei der Bürgerversammlung (Stadtvorordnetenkollegium) Ergänzungswahl in Heilbronn fiel von den zwei Mandaten eines der Sozialdemokraten zu. In Remat, Hofen und Neuenbürg wurde je ein Genosse in den Gemeinderat (Rat) gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffsaks der Presse. Als den Gipfel deboter Kriecherei hatte Genosse Kolb im Starbrücker „Volksfreund“ das Ver-

Leidtelegramm eines Gaurvorstehenden des badischen Militärvereins...

Gegen jede Pressfreiheit richtete sich eine Anklage der Steintiner Staatsanwaltschaft...

Haus Industrie und Handel.

Die deutschen Aktiengesellschaften.

Das neueste Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches gibt eine sehr interessante Statistik über die Aktiengesellschaften...

Die größten Kapitalien weisen auf:

- Banken: 3738 Millionen Mark, Kohlenbergbau: 706, Klein- und Straßenbahnen: 677...

Elektricität: 207, Chemische Großindustrie: 239, Salzgewinnung: 242...

Im Durchschnitt entfällt auf eine Aktiengesellschaft überhaupt ein Aktienkapital von 2,67 Millionen Mark...

Die Gruppierung nach der Kapitalhöhe ergibt folgendes Bild:

Table with columns: Bis 100 000 M., über 100 000 - 250 000 M., etc. and columns: Zahl der Gesellschaften, d. f. v. G.

Von den am 31. Dezember 1906 tätigen Aktien- und Kommanditgesellschaften wurden gegründet:

Table with columns: in den Jahren 1906-1901, 1900-1891, etc. and column: 890 Gesellschaften.

Aus der ältesten Zeit, also bis 1850, stammen vornehmlich 24 Versicherungsgesellschaften, 13 Textilfabriken...

Bei den Staaten und Landesstellen ergibt sich folgende Reihenfolge: An erster Stelle steht Berlin mit 2753 Millionen Mark...

Die Börse über das Branntweinmonopol.

Der Plan des Branntweinmonopols erweckt in den Herzen aller Interessenten kühne Hoffnungen. Die Börse setzt die Kurve der Spiritusfabrik...

Dies zeigt deutlich, welche Profite die Spiritusfabrikanten aus dem Staat herauszuschlagen hoffen. Noch profitabler aber würde das Monopol für die Brenner selbst sein...

Verband der Feinschneidenden Deutschlands. Zweigverein Berlin und Borsdorf. Donnerstag, den 19. d. M., abends 9 1/2 Uhr...

Berliner Marktbriefe. Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen Marktboerse-Direktion...

0,40-0,58, Baumöl 0,40-0,58, do. Rüböl 0,50-0,70, Weizenmehl...

Witterungsübersicht vom 18. Dezember 1907.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Regen, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 19. Dezember 1907. Etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südlichen Winden...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 19. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Uda. Königl. Schauspielhaus. Die Madamettenerin...

Berliner Theater. Blaubart.

Kom. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Blaubart.

Neues Theater. Baccarat.

Anfang 8 Uhr. Freitag: Baccarat. Sonnabend: Baccarat.

Kleines Theater. Mandragola.

Anfang 8 Uhr. Freitag: Mandragola. Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens. Frühlingsluft.

8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 Uhr: Frühlingsluft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Kriemhilds Rache.

Anfang 8 Uhr. Freitag zum erstenmal: Madame Sans Gêne.

Luisen-Theater. Ein gastliches Haus.

Anfang 8 Uhr. Freitag: Erziehung zur Ehe. Sonnabend nachm.: Frau Holle.

Ein gastliches Haus. Maria Stuart.

Anfang 8 Uhr. Freitag: Erziehung zur Ehe. Sonnabend nachm.: Frau Holle.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Das vierte Gebot.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Reiterattacke.

Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.

Abends 8 Uhr. Invalidenten 67-62: Sternwarten. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelnecke.

Lorzing-Theater. Der Freischütz.

Abends 8 Uhr. Freitag: Die Jäuberflotte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater. Die singenden Engelsköpfe.

Abends 8-11 Uhr. Martin Kettner, Ernst Fröhlich.

Lustspielhaus. Hufarenfieber.

Abends 8 Uhr. Zentral-Theater. Gastspiel des Hebbel-Theaters.

Residenz-Theater. Ganz der Papa.

Abends 8 Uhr. Schwanke in 3 Akten von Marx und Desnoyers.

W. Noacks Theater. Maria Stuart.

Abends 8 Uhr. Schwanke in 3 Akten von Marx und Desnoyers.

Freie Volksbühne.

Freitag, den 20. Dezember, 8 1/2 Uhr. 22. (1.) Abendabteilung im Luisen-Theater.

Erziehung zur Ehe.

Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten à 1 M. können alle Mitglieder der Nachmittagsabteilungen in den Zahlstellen und beim Obmann im Theater erhalten.

Sonntag, den 22. Dezember, nachm. 3 Uhr: Berliner Theater, Neues Schauspielhaus.

Das Tal des Lebens. Judith.

227/9. Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

Walhalla-Variete-Theater.

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Anfang 8 Uhr.

12 Akrobaten Loreh 12.

ganz neue Spiele. Collin Claron, Ein Künstlerfest.

Harry Arndt, u. d. übrige.

12 internationale Spezialitäten 12. Nummer: Neglimentskapelle, Schrammeln.

Rajino-Theater. Biederleute.

Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. bunte Programm.

Stadt-Theater Moabit. Eine Judenfamilie.

Charakterstudie in 4 Akten (Recherche) von Jos. Heinrich Strant.

Großer Ball. Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr: Fräulein Josette - meine Frau.

Parodie-Theater. Letzte Aufführungen.

Freitag, den 20. Dez. Das Geis-Programm. Wilhelm Tell - Tannhäuser.

Zirkus Schumann

Heute, Donnerstag, 19. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.** Gala-Programm. u. a.: Berlin's größte Zentration: **The Three Demons** Fr. Dora Schumann, phänomenale Baguetteprünge über idemere Hindernisse. Dr. Albert Schumanns neue und moderne Dressuren und die großartigen Dezember-Spezialitäten. Um 9 1/2 Uhr: **auf dem Neckar** Ein Post

Achtung! In allen 3 Weihnachtstagen in jeder Nachmittagsvorstellung zum Schluß: Die reizende Pantomime **Die Insigen Heidelberger** mit den urwüchsigsten Hengstsemmen. Nachmittags ein Kind frei.

Metropol-Theater

Anfang präzis 8 Uhr. **Das muß man seh'n!!** Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. **G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.** Rauchen überall gestattet. **Sonntag, 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr:**

Die Herren von Maxim.

Theater an der Spree Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: **Tiroler Krippenspiel.** Sonntag, den 22. Dezember: Zum ersten Male: **Hofuspokus.** Poffe mit Gesang und Tanz. Von Louis Herrmann. Revuertitel der Feiertage: **Hofuspokus.** Nachmittags 3 Uhr: Am grünen Weg. Der Kühlenbader. Tiroler Krippenspiel.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Donnerstag, 26. Dez. (2. Weihnachtstag) **Charles Tante.** Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag, den 27. Dezember: Gastspiel des Operetten-Ensembles (Central-Theater) **„Die Geisha“.** Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57. Vorverkauf ab 11 Uhr. Die Novität **Papa und Genossen.** Komödie in 2 Akten von Anton u. Donald Herrnfeld. Vorher: **Madame Wig-Wag.** Seide Stüde mit den Autoren in den Hauptrollen.

Palast-Theater

Burgstraße 24. Heute 8 Uhr Entree 20 Pf. **Benefiz** für das beliebte **Luna-Quartett** **Elite-Programm.** Nach der Vorstellung: **Ball** ohne jede Nachzahlung.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Weihnachts-Programm! Anfang modern 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Donnerstag, 26. Dez. (2. Weihnachtstag): **Gr. Weihnachts-Benefiz-Matinee.** Reichshallen-Orchester. **Militär-Konzert.**

XIII. Saison. **Zirkus Busch** Donnerstag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Abend.** Debut! Debut! Debut! **The Clarkonians!!!** Aus Amerika. **The Krems Family.** Am 10 Uhr: **Auf der Hallig.** Fr. Anst. - Band. d. Fichtel in 4 Bld. Sturm und Schiffsuntergang. Die Wunder der Tiefsee.



Auftreten von: Robert Steidl, Lilane de Vriks, Kitty Gordon, Tan Kwal - Truppe, Flood Brothers, Starr and Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunins, La Béral, Toqué, Tenji - Truppe, Der Biograph etc.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das wunderbare Weihnachts-Programm mit (9 Uhr): **Siegwart Gentes** in seinem Stück: **Die Opernprobe** u. (9 1/2 Uhr): **Sylvester Schaffer jr.**, der berühmte Universalakrobate. Sonntag, den 22. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr bei kleinen Preisen: Familien-Vorstellung mit **Siegwart Gentes** und **Sylvester Schaffer jr.**

Sanssouci

Kottbuser Straße 6. Direktion: Wilhelm Reimer. Heute Donnerstag: Letzte Vorstellung vor Weihnachten von **Hoffmanns Nordd. Sänger** und Tanztruppen. Auf allgem. Verlangen: **Unterem Weihnachtsbaum** Charakterbild v. F. v. Hierb. (Elite-Programm.) Beginn Sonntag 5 Uhr, mochtags 8 Uhr.

Bughenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich: Das neue **Dezember-Programm.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. (Sonntags referiert 1 R., Entree 50 Pf.) Familienbiletts a 10 Pf. **Militär-Konzert.** Beder, Bräuer, Gösch, Reumann, Ehlers und Wittich.

Biogr.-Theater „Westend“

Charlottenburg, Potsdamerstraße 11. **Heu! Elegant! Interessant!** Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr. Sonntag von 3-11 Uhr. Steiger Eingang von Reinheiten.

Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Großpreisen. **Stolas, Kollierd, Muffen, sehr schön garn., Damenhüte, Barett, Herren-Kaaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsöcke, Jagdtaschen, Pelztopp, Samt, gangbare Pelzarten u. Lager. Große Auswahl. Bestes Material. Keine Bazarware, keine Reilmuster oder logenannte Gelegenheitsläufe, trotzdem billiger.**

F. Kalman, Kürschnermeister

jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1. gegenüber Seidstr., beim Dönhofsplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntag geöffnet. Telefon I 3917.

Musikinstrumente.

Sprachmaschinen, Platten, Waizen, Nolen, nur allererste Qualität zu billigen Preisen empfiehlt **E. Sparteid, Verlebergstr. 50.** Mundharmonika für Vereine (Weib. Ludwig, Koch) bei Dugend-Abnahme Fabrikpreise, 6842. **Stieppdecken** von einfachster bis zur kunstvollsten Handarbeit, ohne Konkurrenz, direkt vom Antierger **Georg Schwarzer, Bülowstr. 29, nahe Potsdamerstraße.**

Turn-Verein „Fichte“ Berlin

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).

Mittwoch, den 25. Dezember, Freitag, den 27. Dezember, in der Neuen Welt, Hasenheide: in den Pharus-Sälen, Müllerstr. 142:

Weihnachts-Vergnügen

Konzert Berliner Uk-Trio ■ Konzert Humoristische u. turnerische Turnerische Aufführungen. ■ Aufführungen Treuer, Humorist.

Anfang 5 Uhr. — Programm an der Kasse gratis. — Eintritt 30 Pf. Während u. nach der Vorstellung: **TANZ.** Herren zahlen 50 Pf. nach.

Salamander-Stiefel

werden aus den besten Rohstoffen hergestellt, sind von tadelloser Arbeit und entsprechen der neuesten Mode

Kinnetuppreis für Damen u. Herren Mk. 12⁵⁰ Lederausführung Mk. 16⁵⁰

SALAMANDER

Schuh-Ges. u. h. R. Centralo W. Friedrichstr. 182 C. Königstr. 47 SW. Friedrichstr. 221

Senden Sie neues Musterbuch!

Rote + Lotterie

Gesamtgewinn: **150 000** Mark. Los 3.30 M., Porto, Liste 30 Pf. **Hannoversche Lotterie** Hauptgewinn: **50 000** Mark. Los 3.— M., Porto, Liste 30 Pf. Rote + und Hannoversche Gewinne zahlte kulantest in bar.

Berliner Vogel-Lotterie

In nur noch sehr wenig Lose! a 50 Pf., 11 St. 5.— M., P. u. L. 30 Pf. **Gustav Haase, Berlin** Neue Königstr. 86. **Eile zu Weile!** 119 Dresdenerstr. 119 Eckhaus Oranienplatz

Spezial-Maus

nur für **Pelz-Stolas** **Colliers** und **Muffen.** Riesenhafte Auswahl in echt **Skunks** von 25 Mark an **Nerz** von 40 Mark an **Persianer** von 60 Mark an **Bisam** von 10 Mark an **Tibet** von 2.50 Mark an **Kanin** von 3.75 Mark an. Eigene Werkstatt.

J. Weile

Dresdenerstr. 119, Eckhaus Oranienpl. Auf Wunsch wird jede Stola aus dem Fenster verabfolgt. **Sonntag geöffnet!**

Billiche Bezugquelle!

Nur Spezial-Geschäft in **Bettfedern u. Dannen.** Fertige Betten, Inlett und Bezüge. **Wilh. Noack Nachf.** 148 Wilmsdorferstr. 148 Ecke Wallstraße.

Möbelfabrik

Julius Apelt 6 Adalbert-Strasse 6 Hochbahnhof Köstlicher Tor (früher: Stäcker-Strasse 6)

Gewerkschaftshaus.

Ein Märchenabend ans goldenen Kindertagen für Klein und Groß arrangiert von **Margarete Walkotte.** Mitwirkende: Fr. Margot Lassen, Herr Emil Walkotte, Marg. Walkotte, Herr Bernh. Nitzsche am Flügel, ein Kind, eine **Tanzpantomime.** Entree 30 Pf. im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15. Abendkasse 40 Pf. 281/7*

1. Weihnachts-Feiertag 1907: Gewerkschaftshaus.

Heiterer Weihnachts-Abend. Leitung: **Margarete Walkotte.** Mitwirkende: Herr Willy Hagen, Fr. Lassen, Frau Ilka Paulst, die lustige Schwiegermutter, Herr Emil Walkotte, Margarete Walkotte — eine Ueberraschung. — Am Flügel Herr Nitzsche. Entree 75 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engelauer 15. Abendkasse 1 M.

Stieppdecken

preiswert, direkt in der Fabrik, nur **72, Wallstr. 72.** wo auch alle Stieppdecken aufgegeben werden. **Bernhard Strohmader, Berlin S. 14.** Illust. Katalog gratis. Sonntage vor Weihnachten geöffnet.

Händler und Hausierer

verlangt: Preisliste ab Kurz-, Sand-, Leder- u. Stahlwaren, Seifen und alle einschlägigen Artikel von Wilhelm Sonnenberg (Geb. 5. Rosenstr. 49, Grobmarkt 24, Spezial-Engros-Geschäft nur für Händler, Hausierer und Wirttreibende. Versand überallhin gegen Nachnahme.

Knorr's Suppenwürstchen

enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Würstchen gibt 3 Teller gehaltreiche Suppe. **Koche mit „Knorr“.**

Charlottenburg.

Spezial-Reparatur-Werkstatt für Uhren, Gold- und Silberwaren. Lager von soliden Taschenuhren, moderne Ketten. Musterlager von Regulatoren, Freischwinger, Kontoruhren, Küchenuhren und Wecker. **Friedrich Stabenow, Uhrmacher, Charlottenburg, Lützowerstr. 15.** Telefon 2970.

Pelzwaren-Fabrik

Großer Räumungs-Weihnachts-Ausverkauf in **Pelzstolas** zu enorm billigen Preisen. Riesenhafte Auswahl von den einfachsten bis zu den besten. **Heinrich Bonin** Weidenburgerstr. 66, pt. Des Geschäft: Kürschnermeister Neanderstraße 28. Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker **Theodor Niemtz** am 11. d. M. an Gehirnblutung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** 191/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Möbelmacher **Paul Boschütz** am 16. Dezember im Alter von 52 Jahren an Gehirnverwundung verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Irrenanstalts, Kirchhofes zu Dahlhof aus statt. Um rege Beteiligung bitten. 76/20 Die Ortsverwaltung II.

Am Freitag, den 13. Dezember, verschied nach kurzem Krankenlager der Berufsmaler

Heinrich Schneider im Alter von 57 Jahren. Wir schähen in dem Verstorbenen einen gerechten und nachsichtigen Vorgesetzten und werden demselben ein dauerndes Andenken bewahren. 3001b **Die Arbeiter der Maschinenfabrik Karl Hauschild (G.m.b.H.) in Stralau.**

Todes-Anzeige.

Am 17. Dezember, nachmittags 11 Uhr, starb nach längerer Krankheit unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester **Alice** in ihrem 18. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt mit der Bitte um stille Teilnahme an **Fr. Huppke, Büchsenleger, nebst Frau und Kindern.** Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Freireligiösen Gemeinde in der Doppel-Allee aus statt.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung unseres guten Bruders, des Schriftsetzers **Georg Schumann,** und die schönen Kranzspenden sagen bescheiden seinen Arbeitskollegen sowie der Bibliothekskommission, den Sängern und den übrigen Kollegen und Freunden herzlichsten Dank. 2000b **Geschwister Schumann.**

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzensir. 41,** dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Möbel und Polsterwaren

ganze Wohnungs- und Kücheneinrichtungen sowie einzelne Möbel als Ergänzungsstücke. **Gas- u. Petroleum-Kronen.** Wand- u. Taschen-Uhren. Geringe Anzahl. Wochenrate 1 M. **Ohne Anzahlung!** Spiegel, Bilder, Uhren. Wochenrate 50 Pf.

S. Dorn

Waren- u. Möbel-Kredithaus **Alte Schönhauserstr. 3** am Schönhauser Tor. Telefon: Amt III. 300.

Die Ferien der Berliner Gemeindeschüler und der preussische Kultusminister.

In preussischen Kultusministerium verfaßt man neustens zuweilen auf die sonst so verhaßte „Gleichmacherei.“ Und da demokratische Prinzipien nun einmal so gut preussischen Verwaltungsgrundsätzen nicht recht passen, so gelingt die Sache in der Regel vorbei. So bestrebt man sich z. B., die Lehrergelöhner gleichmäÙiger zu gestalten, nicht etwa, indem man geringere Gehälter erhöht, sondern man hindert zahlreiche Gemeinden, höhere Gehälter zu gewähren.

Burzeit erfreuen sich die Ferien der Volksschulen — und nur die dieser — der liebevollen Aufmerksamkeit der preussischen Kultusbehörde. Man ist im Ministerium dahin übereingekommen, die Ferien für alle Volksschulen Preußens gleich zu bemessen, woran an und für sich gewiß nichts auszusetzen ist. Gegenwärtig schwankt nämlich die Anzahl der Ferientage in den verschiedenen Orten Preußens zwischen 64 und 82, letztere Ziffer trifft u. a. für Berlin zu. Die größeren Provinzialstädte sind nun wiederholt vorstellig geworden, daß man ihnen dieselben Ferien gebe, wie sie Berlin habe. Und — o, ewige Weisheit! — man hat ihre Begehren erfüllt und die Ferien der Berliner Volksschüler abgemäßelt. In einem ErlaÙ des preussischen Kultusministeriums vom 22. Juni d. J. wird die Zahl der jährlichen Ferientage für alle preussischen Volksschulen auf 70 festgesetzt. Wirklich, man ist über den Durchschnitt noch etwas hinausgegangen! Nach einem Berichte der „Pädagogischen Zeitung“ äußerte sich vor kurzem der Herr Minister gegenüber dem Vorsitzenden des Berliner Lehrervereins, der in der Sache vorstellig wurde, dahin, daß sich sämtliche Provinzialbehörden dahin ausgesprochen hätten, die Ferien nicht über 70 Tage auszudehnen, da zu lange Ferien nicht im Interesse der Volksschüler lägen. Auch die städtische Schuldeputation habe sich gegen die langen Ferien ausgesprochen, und die Eltern der Volksschüler wünschten sie auch nicht.

Der neue Herr wehrt offenbar dies Verhältniß des Herrn Stadt zu schätzen. Wirklich märchenhaft, Herr Holle! Und da sage noch einer, daß preussische Minister auf die Wünsche der Kreise, die ihre Kinder der Volksschule zuführen, nicht achteten. Man darf nur bezweifeln, daß bei dem nicht weniger als engen Konnex der in Preußen zwischen Regierung und Volk bekanntlich herrscht, der Herr Minister auch über die Stimmung der in Frage kommenden Eltern recht unterrichtet ist. Daß die Berliner Schuldeputation sich gegen die jetzt gewährte Anzahl der Ferientage ausgesprochen hat, ist eine neue Perle in dem Ruhmeskranz dieses Mutterinstituts. Um die Sproßlinge der Herren Mitglieder dieser Körperschaft dürfte es sich dabei wohl auch nicht handeln. Besonders unangenehm wird die Kürzung der Ferien sich in den Familien geltend machen, aus welchen Kinder sowohl die Volksschule als auch die höheren Schulen besuchen. Die erübrigen sind in der Regel Schüler der Unterstufe, die noch vor dem Uebertritt in die Realschule usw. stehen. Die Eltern werden sich in solchem Maße natürlich damit helfen, daß sie statt der Volksschule die Vorschule in Anspruch nehmen, die unsere Preisstandsbeiden nach einem Antrage Cossel und Genossen im preussischen Abgeordnetenhaus ja wohl beistimmen wollen. Diese Familien würden nur so erreichen, daß alle ihre Glieder gleiche und gleich viel Ferien haben.

Nun sollen zwar die fünf Wochen Sommerferien erhalten bleiben und nur die Weihnachts- und Osterferien eine Kürzung erfahren. Diese Unterbrechungen der Schulzeit folgen nun aber den längsten zusammenhängenden und arbeitsreichsten Abschnitten des Schuljahres und sind deshalb nach dem Urteil sachverständiger Schulmänner, wozu man Mitglieder des preussischen Kultusministeriums freilich nicht ohne weiteres rechnen darf, und Ärzte für unsere Großstadtjugend in mindestens der jebigen Ausdehnung nicht zu entbehren. Und für die in weisungünstigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen aufwachsenden Gemeindeschüler sind sie das sicher noch viel weniger als für die Schüler der höheren Schulen. Etwas anderes wäre es schon, wenn man sich zunächst einmal bemühte, an die Stelle des unnatürlichen und gerade deshalb so aufreizenden Schuldrills einen naturgemäÙen Arbeitsunterricht zu setzen, der sein Ziel darin sähe, dem Kinde nach Entwicklung hilfreiche Hand zu leisten. Man könnte dann wenigstens einen vernünftigen Grund für jene Maßnahme ins Feld führen. Ansehnlich ist das aber eine Aufgabe, die einem preussischen Kultusministerium nicht vorbehalten ist. Im übrigen begnügen wir uns, noch einmal hierher zu sehen, was in unserer Unterhaltungsbeilage vom 19. Oktober d. J. aus den Resultaten einer Umfrage des Bremer Elternbundes bei medizinischen Autoritäten zu dieser Frage wiedergegeben ist:

„Einmal in der Woche hat der Lehrer einen Ausflug, Spiele oder sportliche Übungen zu veranstalten, doch nicht an einem schulfreien Nachmittage. Hausaufgaben dürfen an diesem Tage nicht gegeben werden. Die Ferien sollen insgesamt 13 Wochen betragen und nicht durch Ferienaufgaben belastet sein. Außerdem ist der erste Montag jedes Monats freizugeben.“

Schade nur, daß der Bremer Elternbund mit seiner Umfrage nicht auch das preussische Kultusministerium und die Berliner Schuldeputation beehrt hat. Die Antworten würden zu den Aeußerungen der Ärzte sicher nicht übel stehen.

Die städtischen Körperschaften Charlottenburgs und Schönebergs haben beschlossen, in der Ferienfrage vorzugehen, denn auch die engeren Vororte sind in Mitleidenschaft gezogen, und auch der preussische Städtetag will sich ins Zeug legen. Was gedenkt die Reichshauptstadt für Gesundheit und Erhaltung ihrer Proletariatskinder in dieser Angelegenheit zu tun? Oder ist die Weisheit der städtischen Schuldeputation das letzte Wort??

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint Anfang Januar. Wir erlauben daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Mittwoch, den 25. Dezember cr., an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Rohstraße 12.
- Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagelbergerstraße 27.
- Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.
- Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, Straßmannstraße 20.
- Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, Auguststraße 51.
- Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Senfchel, Wollinerstraße 51.
- Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried, Rummelsburg, Kantstraße 22.
- Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rost, Nitzdorf, Eschowerstraße 22.
- Für Potsdam-Ostbaveland an den Genossen Karl Litz, Spandau, Mittelstraße 13.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem betreffenden Vorsitzenden des Kreises unverzüglich zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Landkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 25. Dezember einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzögerungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Senfchel, Berlin N. 28, Wollinerstraße 51 II.

Dritter Wahlkreis. Am Donnerstag, den 26. Dezember (2. Weihnachtstagsfeier), veranstaltet der Wahlverein im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59, eine Matinee. Dieselbe beginnt um 12 Uhr. Der Preis des Wiletts ist auf 30 Pf. festgesetzt.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 21. Dezember, abends 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Roth: „Politische Rundschau über das Jahr 1907.“ Diskussion. 2. Bericht des Genossen Sonnenburg über den preussischen Parteitag. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Der Vorstand.

Hofen. Am Sonntag, den 22. d. M., vormittags 11 Uhr, werden im Schimmlischen Lokal, Barutherstraße, die Beiträge für den Wahlverein entrichtet. Die Parteigenossen, welche noch Rückstände haben, werden aufgefordert, diese zu begleichen. Eine Versammlung findet vor Neujahr nicht mehr statt. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kassierung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Erhöhung der Hundesteuer in Sicht?

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung Änderungen der Hundesteuerordnung vorgelegt und die Versammlung hat diese einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. In diesem Ausschuß ist nunmehr auch das Projekt einer Erhöhung der Hundesteuer wieder aufgetaucht und ein diesbezüglicher Antrag hat sich sogar schon zu einem Beschluß verdichtet. Danach soll in Zukunft die Steuer für einen Hund von 20 auf 30 M. erhöht werden, vier zwei Hunde hält, soll für jeden 40 M. zahlen. Diese Nachricht wird allgemein überraschen. Die Vorlage des Magistrats sah eine Erhöhung der Hundesteuer nicht vor und bei Beratung der Magistratsvorlage im Plenum hat sich niemand für eine Erhöhung dieser Steuer ausgesprochen. Als vor einigen Jahren das Projekt der Erhöhung der Hundesteuer in Stadtverordnetensitzungen auftauchte, erfuhr es in weiten Kreisen der Bürgererschaft einen so erheblichen Protest und Widerspruch, daß man dasselbe wieder fallen ließ. Jetzt soll es so von hinten herum, ohne daß weitere Kreise viel davon merken, in die abgeänderte Steuerordnung hineingearbeitet werden. Was ist der Grund? Die einen meinen, daß die Stadt Geld gebrauche und sie sehen in dieser Steuererhöhung eine Einnahmequelle der Stadt. Diese Leute vergessen ganz, daß diese Steuererhöhung der Stadt so gut wie nichts einbringt, da eine alte Erfahrung lehrt, daß mit einer Steuererhöhung eine Abnahme der Hundehaltung Hand in Hand geht. So sind eben unsere Rathausfreisinnigen: wo nichts zu holen ist, wollen sie Steuern erheben und da, wo die Stadt erhebliche Einnahmen erzielen kann von Leuten, die zahlen können, verhalten sie sich ablehnend, wie das bei Beratung der Einführung einer Wertzuwachssteuer aufs deutlichste in Erscheinung getreten ist.

Andere kalkulieren wieder anders. Sie wissen, daß die Steuererhöhung die Abnahme der Hundehaltung im Gefolge hat. Das wollen sie aber. Der edle Hausagrarier will nicht, daß kleine Mieter sich Hunde halten und er glaubt durch eine Erhöhung der Hundesteuer den kleinen Leuten das Halten eines Hundes unmöglich zu machen. Der Hund beschmutzt Haus und Hof des Hausagrariers. Das paßt ihm nicht. Er spricht das nicht ganz offen aus, er sagt vielmehr, die StraÙe wird unreinlich, das hört sich besser an und klingt so, als sei es dem Hausbesitzer nur um die Reinhaltung der StraÙen zu tun. Dieser edle Hausbesitzer! Wie sie sich für das öffentliche Wohl ins Zeug legen! Es ist kaum zu glauben! Also fort mit den Hundebanden von der StraÙe, aber damit zugleich aus dem Hause.

Es bedarf gar keines besonderen Nachweises, daß mit der Erhöhung der Hundesteuer die Haltung eines Hundes mehr und mehr zu einem Privilegium bemittelte Leute wird. Vorläufig hat sich der Hundauschuß bis nach Neujahr vertagt und es wird sich zeigen, ob er wirklich mit seinem Antrag auf Erhöhung der Steuer an das Plenum der Stadtverordnetenversammlung kommen wird. Ob im Plenum dieser Antrag die Mehrheit findet, ist mehr als ungewiß; aber unseren freisinnigen Hausagrarierern trauen wir alles und mehr als das zu.

Gegen die Erhöhung der Hundesteuer in Berlin werden sowohl die Tierärztereine wie die kynologischen Klubs Einspruch erheben. Voraussichtlich wird, wie schon vor Jahren, bei der beabsichtigten Erhöhung der Hundesteuer, die damals abgelehnt wurde, eine gemeinsame Aktion aller an der Verhinderung der bisherigen Steuer interessierten Vereine stattfinden. Man sagt in den Kreisen der Hundefreunde, daß in der Stadt Berlin verhältnismäßig wenig Hunde zu finden sind und daß eine „Verunreinigung“ der StraÙen schon deshalb nicht stattfinden kann, weil die meisten Hundebesitzer ihre Tiere wegen des regen Wogenderlechts nur an den Abend-

stunden auf die StraÙen gelangen lassen können. Eine etwaige Verunreinigung der StraÙen und Plätze werde dann mit der allgemeinen Reinigung der StraÙenwege in der Nachtzeit beseitigt. Wenn die Hundebesitzer für den StraÙenschmutz verantwortlich gemacht werden sollten, würden logischerweise auch die Pferdebesitzer herangezogen werden müssen. Viel wichtiger erscheint es, die Aufmerksamkeit der Stadtväter auf die Verunreinigung der StraÙen, durch die Automobilomnibusse zu lenken. An den Haltestellen der Autos bilden sich wahre Schmutzlacken aus Benzin, Fett und Teer, die jedem Reinigungsversuch spotten. Die Einführung einer um 50 Proz. erhöhten Hundesteuer werde sicherlich die Stadtväter, die im Interesse der Finanzen der Stadt Berlin gesüchdet wird, fähren. Mancher Hundebesitzer werde ohne weiteres der hundfeindlichen Stadt Berlin den Rücken kehren und in einem Vorort Wohnung nehmen, wo man ihm das Halten eines Hundes gern gestatte.

Der Weihnachtspaketverkehr tritt jetzt in seine kritische Zeit. Nach einem ungewöhnlich lebhaften Vorverkehr, den die Reichspost vom 12. bis 18. Dezember rechnet, beginnt am 19. der eigentliche Hauptverkehr, der sich bis zum Weihnachtstfest selbst erstreckt. Trotz aller Mahnungen werden immer die Weihnachtspakete erst in den letzten Tagen abgeschickt. Entweder sind die Geschenke noch nicht fertig oder sollen sie die Beschenkten eben gerade zum Fest erhalten. Bei diesem plötzlichen Ansturm, der sich auf wenige Tage zusammendrängt, reichen die gewöhnlichen Einrichtungen der Post natürlich nicht aus. Was hier alles geschehen muß, zeigt z. B. der Berliner Bezirk. Der regelmäßige Fuhrpark der Post in Berlin ist jetzt auf über 1300 Wagen angewachsen. Für die Weihnachtszeit müssen außerdem noch 850 Wagen aus privatem Besitz eingestellt werden. 200 Möbelwagen dienen zur Beförderung der Pakete zwischen den Postämtern und Bahnhöfen, während 150 Kramper die Bestellung übernehmen. In entsprechender Weise muß für die Bespannung gesorgt werden. In Berlin, wo die Reichspost, wie außerdem nur noch in Köln und Düsseldorf, eine eigene Posthalterei hat, besitzt die Post regelmäßig jetzt 1500 Pferde. Dazu kommen zur Weihnachtszeit in diesem Jahr etwa 1000 Mietspferde. Bei dem Massenandrang empfiehlt es sich im eigenen Interesse der Absender, die Pakete möglichst fest zu machen und vor allem gut zu verschmieren. Dünne Sechardeln und Rissen sind nicht zu benutzen. Ebenso muß die Aufschrift der Pakete deutlich, vollständig und klar sein. Der Bestimmungsort muß besonders groß und kräftig geschrieben sein. Auf Paketen nach höheren Orten ist die Wohnung, nach Berlin auch der Postbezirk C., W. usw. anzugeben.

Aus der Fabrikation werden solche hilfbedürftige Bewohnerinnen der Stadt Berlin, welche veranrenten Familien angehören, insbesondere hilfbedürftigen gebildeter Stände christlicher und jüdischer Religion, Nähmaschinen und andere Handwerksgeräte zur unentgeltlichen Benutzung gewährt. Personen, welche sich hierum bewerben wollen, haben ihre Gesuche unter Angabe der Religion bis zum 31. Dezember d. J. an die städtische Stiftungsdeputation, Poststraße 16, einzureichen. Gesuche ohne Angabe der Religion und des vollständigen Nationalen sowie verspätete Anträge werden nicht berücksichtigt. Die Verteilung der Maschinen erfolgt im Laufe der Monate Januar bis März 1908. Etwa inzwischen eintretende Wohnungsveränderungen der Bewerberinnen sind der städtischen Stiftungsdeputation mitzuteilen.

Die Deputation für die StraÙenreinigung hielt gestern ihre letzte Sitzung in diesem Jahre ab. Ueber die im probemweisen Gebrauch befindliche StraÙen-Waschmaschine mit elektrischem Antrieb konnte endgültig noch nicht entschieden werden. Im großen und ganzen hat sie sich bewährt. Noch vorhandene Mängel werden von der liefernden Firma behoben und die Maschine weiterhin für den Preis des Pferdebetriebs der Verwaltung zur Verwendung überlassen. — Die Bespannung und Bedienung der städtischen Spülwagen wurde an den Unternehmer Kaul, die der Schruppmaschinen an den Unternehmer Denninge vergeben. — Angestellt wurden 13 Hilfsaufseher, wobei leider die Wünsche der Vorarbeiter in die Stellen der Hilfsaufseher einzurücken, unberücksichtigt gelassen werden mußten. Als Anwärter für die Stellen dürften nur Inhaber des Zivilversorgungsscheines berücksichtigt werden.

Von dem Ortsverein der StraÙenreiniger war ein Gesuch um Gewährung einer Teuerungszulage an den Magistrat gerichtet, und von diesem der Deputation zur gutachtlichen Aeußerung überwiesen. Von einer Seite wurde beantragt, dem Magistrat zu empfehlen, den Arbeitern und Aufsehern eine einmalige Teuerungszulage von 50 M. zuzuwenden. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit war der Meinung, in Anbetracht der im letzten Jahre erfolgten Lohnaufbesserung sei der Antrag aussichtslos.

Der Arbeiterausschuß wurde um ein Mitglied vermehrt, das von der Kategorie der Vorarbeiter gewählt werden soll. Damit wurde einem von den Vorarbeitern gestellten Antrag Rechnung getragen.

Für die Schneefahrt im vorigen Monat mußten 14.300 M. aufgewendet werden, während die Ersatzlohnung eingestellter Arbeiter 82.50 M. betrug.

Einberstanden erklärte man sich damit, daß die beim Umbau der Spülwagen erzielten Ersparnisse zur Anschaffung von Ersatzteilen Verwendung finden. Dadurch wird die Reparatur der Wagen in der eigenen Werkstätte wesentlich erleichtert.

Für die Bewältigung etwa eintretender Schneekalamität hat die Verwaltung einen Arbeitsplan aufgestellt. Nach demselben sollen die vorhandenen 16 Schneepflüge auf 4 Gruppen verteilt werden, die im Bedarfsfalle von vorgegebenen Ausgangspunkten die Operationen aufnehmen. Letztere werden von Arbeitern, die von der Verwaltung der StraÙenbahn gestellt werden, unterstützt, wodurch eine gemeinsame Aktion beider Verwaltungen für die Freihaltung des Verkehrs gesichert werden soll. — Die Verfolgung der Anregung aus der Stadtverordnetenversammlung, die Schneefahrt auf den Gleisen der StraÙenbahn zu bewerkstelligen, hat zu einem positiven Resultat nicht geführt.

Das neue Sparkassenstatut.

Ein neues Sparkassenstatut hat der Magistrat ausgearbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt. Das neue Statut bringt einige Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand. Bisher konnten auf ein Buch nicht mehr wie 1000 M. eingezahlt werden, in Zukunft sollen bis 3000 M. angenommen werden. In einem Monat wurden bisher auf einmal nur 300 M. angenommen, nach den neuen Bestimmungen sollen bis 500 M. auf einmal eingezahlt werden können. Während bisher in einem Monat nur 100 M. abgehoben werden konnten, soll diese Summe in Zukunft 200 M. betragen. In besonderen Fällen wurde allerdings auch bisher von einer Kündigung Abstand genommen und höhere Beträge auch sofort ausgehändigt. Eine erhebliche Verbesserung des bisherigen Zustandes aber bedeutet die Einrichtung von Zweigstellen, in denen die Sparrer ihr Geld sofort abheben können. Dadurch wird ihnen der weite Weg nach dem Mühlendamm erspart und nicht zuletzt das ewig lange Warten, bis Abfertigung erfolgt.

Verkrüppelte Kinder zur Massenarbeit.

Eine Anstalt zur Verwertung der „Arbeitskraft“ verkrüppelter Kinder und Erwachsener ist in Oranienburg bei Berlin eröffnet worden. Offiziell führt das vom katholischen Dominikanerorden ins Leben gerufene und von Schwestern desselben Ordens geleitete

Unternehmen den Namen „St. Maria-Victoria-Kröppelheim“. Der Eröffnungsbericht hebt selbstverständlich die religiöse Erziehung in echt katholischem Sinne hervor und spricht von der mit einem sicheren Heimgefühl verbundenen dauernden Versorgung der armen Kröppel, betont aber auch ausdrücklich die geforderte Gegenleistung. Die Höglinge sollen nämlich nicht bloß in der umfangreichen Land- und Gartenwirtschaft, sondern auch in der Dampfweiderei und Dampfplätterei des neuen Heims beschäftigt werden. Ob nur die aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommenen oder auch die aus demittelten Kreisen stammenden, das wird leider nicht verurteilt. „Wie manche wohlhabende Familie“, heißt es im Prospekt, „hat unter ihren Angehörigen Mitglieder, die der steten Pflege bedürfen, und empfinden so alltäglich, wie schlimm Kröppel daran sind, denen jede Pflege fehlt.“ Wir möchten doch mal wissen, wie diese dringend nötige Pflege, der nicht mal in der eigenen Familie entprochen werden kann, und der Arbeitslosigkeit zusammenreimen? Leichteste Beschäftigung in der Landwirtschaft kann unter Umständen selbst für Kröppel eine Art Vergnügen sein. Aber ist es nicht geradezu ein Verbrechen, verkrüppelte Kinder, die den Dominikaner-Schwelgern zur sorgfältigsten Pflege anvertraut sind, in Betrieben zu beschäftigen, bei denen sogar Dampfkrast verwendet wird? Solche Betriebe, die in jedem Falle mehr oder minder große Gefahren bieten, unterliegen ja sogar der reichsgerichtlichen Unfallversicherung. Und hier sollen verkrüppelte Personen, noch dazu verkrüppelte Kinder, mit ihrer schwachen, aber billigen Arbeitskraft, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, herhalten! Wenn jene unglücklichen Wesen sich ihre blühenden Glieder erst durch gefahrvolle Arbeit verdienen sollen, dann haben die edlen, gottgefälligen Gründer wieder mal keine Ursache, so prophetisch die Wohlthätigkeitschalmee zu blasen. Der einseitige, mit einem ziemlich durchsichtigen Nebenweck verbundene Charakter dieser Dominikanergründung geht schon daraus hervor, daß blödsinnige und kramplende Kröppel, die nicht arbeiten können, sowie hilflos verdorbene Kröppel, die nicht arbeiten wollen, von der Aufnahme ausgeschlossen sind. Wir haben ja eine Menge katholischer Pflegsheimanstalten, in denen den stets sehr pausbädig aussehenden, oft im Bett förmlich schwimmenden Weibern und Weibern ihre schönen heuere Lebens leichter wird durch die stark in Anspruch genommene Arbeitskraft der Insassen. Doch hier handelt es sich um Menschenkinder, die entweder gar nicht oder doch nur in ganz geringem Maße zu leichten Arbeiten herangezogen werden sollen. Man wird die neue Anstalt und das Treiben in ihr scharf im Auge behalten müssen, damit nicht die arbeitenden Kröppel in dem gefährlichen Dampfbetriebe noch mehr verkrüppelt werden.

Juwelenschwindler haben Berlin als den Schauplatz ihrer Tätigkeit erwählt. Dieser Tage erschien bei dem Hofjuwelier Berner in der Friedrichstraße eine schwarz gekleidete Dame und ließ sich verschiedene Perlenkollier vorlegen. Aber sie konnte nichts Passendes finden und entfernte sich wieder, ohne etwas gekauft zu haben. Nach ihrem Fortgange stellte es sich heraus, daß ein echtes Kollier im Werte von 24000 M. mit einem unedlen verkauft worden war. In dem Schaufenster des Juwelengeschäftes hatte ein Ständer mit mehreren wertvollen Kolliern gestanden. Die Gauner haben nun eines der Kolliere auf unechte Weise nachgemacht und zwar so täuschend ähnlich, daß es nur schwer von der echten Stelle zu unterscheiden war. Während nun einer der Schwindler in den Laden ging und einen solchen Gegenstand aus dem Schaufenster verlangte, zu dessen Herbeiführung der mit den Kolliern behangene Ständer ebenfalls aus dem Schaufenster herausgenommen werden mußte, erschien der Komplize in Gestalt der Diebin. Sie verstand es geschickt, die Aufmerksamkeit des Verkäufers, der sie bediente, abzulenken, während der Komplize seinen Verkäufer abzulenken versuchte. Die Gauner hatten eine der Hauptgeschäftsstunden für ihr Raubverbrechen erwählt, was ihnen ebenfalls zu statten kam. In einem geeigneten Augenblick löste die Diebin das echte Kollier von dem Ständer los und im Augenblick weniger Sekunden hatte sie das unechte angehängt. Abnunglos stellte der Verkäufer den Ständer wieder in das Schaufenster zurück. Es wird auch vermutet, daß außer den beiden Dieben noch weitere Komplizen „zur Deckung“ in dem Laden anwesend waren. Jedenfalls ist mit Sicherheit anzunehmen, daß hier eine ganz raffinierte internationale Juwelendiebesbande ihre Hand im Spiele hat. — Eine Juwelenschwindlerin, die in der Schwefelstraße auftritt, gehört vielleicht ebenfalls der Bande an. So erschien die abgeleitete Frauensperson in dem Juwelengeschäft von Schluttlig in der Potsdamerstraße 20. Sie ließ sich eine Reihe wertvoller Armbänder vorlegen und „kaufte“ eines derselben. Außerdem wählte sie noch eine Anzahl von Silberfingerringen aus. Das Armband nahm sie gleich mit, während sie die Silberfingerringe nachgeschickt haben wollte. Sie wollte dann alles zusammen bezahlen. Vergeblich suchte jedoch der Bote nach der angegebenen Adresse. Mit solchen und ähnlichen Tricks schädigt die gefährliche Bande die hiesigen Juweliere.

Verhungert.

Ueber die Tragödie eines Arbeitslosen wird der „Volkszeitung“ berichtet: Seit Wochen wurde in den Wäldern an der Oberspreewald und der Müggel von Ausflüglern eine Gestalt beobachtet, die jedem Zuruf und Schreden einflüßte. In der Heide bei Grünau auf einer Waldwiese wurde gestern die völlig abgezehrt Leiche des seltsamen Wanderers gefunden, die einen entsetzlichen Anblick bot. Der ärztliche Befund ergab, daß der aufgefundenen Mann im Walde verhungert war. Der Tote ist im Berliner Schaupause als der 38-jährige Konfektions Schneider Adolf Hartmann aus der Erlstraße zu Witzdorf rekonstruiert worden. Er war vor etwa drei Wochen aus seiner Wohnung verschwunden und ist seitdem gesucht worden. Hartmann, ein ordentlicher und fleißiger Mann, war vor einiger Zeit arbeitslos geworden. Er bemühte sich seitdem erfolglos um neue Beschäftigung und geriet mit seiner aus dem Ehepaar und drei Kindern bestehenden Familie in die bitterste Not. Kein Stübchen Brot war mehr im Hause, um den Hunger der Kinder zu stillen. Eines Vormittags starb Hartmann verzweifelt. „Ich kann das Elend nicht mehr ansehen!“ und ließ ohne Kopfbekleidung aus dem Hause. Drei Wochen lang ist der unglückliche dann in den Wäldern an der Oberspreewald umhergeirrt, sein Leben mühsam mit Wurzeln und dergleichen fristend, bis er schließlich dem Hungertode in der einsamen Heide erlegen ist.

Diese trodene Lokalnotiz illustriert mehr als viele Worte es vermöchten, die heutige so sehr gepriesene „göttliche“ Weltordnung. Nichtsdestoweniger wird sie in den nächsten Tagen von allen Kanzeln herab über den Grünen Alee gefeiert werden.

Weil er für seine Freunde gutgeheißt hatte, hat der 30 Jahre alte Tischlermeister Ernst Rohde aus der Weberstr. 52 Selbstmord verübt. R. hatte eine recht gut gehende Möbelwerkerei und in der letzten Zeit waren mehrere Freunde, die in Geldschwierigkeiten gerieten, an ihn heranzutreten, damit er für sie gütige. R. tat dies auch in seiner Gutmütigkeit. Er ging jedoch zu weit und brachte sich dadurch selbst in große Salamisitäten. In den letzten Wochen drängten die Lieferanten und Gläubiger und R. wußte schließlich keinen anderen Ausweg, als in den Tod zu gehen. Er erhängte sich in dem Forst bei Pirfegarten an einer Fichte.

Wegen unrechtmäßiger Titelführung sollte sich gestern der in letzter Zeit viel genannte Sänger Willy Frank, der in den bekannten Konflikt mit dem Generalintendanten v. Hülsen geraten ist, vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verantworten. Er hatte ein Strafmandat über 20 M. erhalten, weil er sich im Adreßbuch und auch bei seiner verantwortlichen gerichtlichen Vernehmung als „königl. Opernsänger a. D.“ bezeichnet hat, obwohl er eine Verurteilung zur Führung dieses Titels nicht hat. Er hatte dagegen die Entschuldigend des Gerichts angerufen. Die Verhandlung mußte vertagt werden, weil Rechtsanwalt Wahn geltend machte, daß Frank sich augenblicklich in Herzberge befindet und daher persönlich nicht erscheinen könne. Was den Aufenthalt Franks in Herzberge betrifft, so hat der Verteidiger

einen umfangreichen Antrag an den Polizeipräsidenten gewandt und um Aufhebung der Internierung gebeten, da Frank durchaus nicht gemeingefährlich erdachte, zumal er von den Anstaltsärzten seinerzeit entlassen worden, er auch bei Steidl in der Zeit zwischen seiner Entlassung und der Wiederinternierung mit Erfolg als Sänger aufgetreten sei.

Kein Verkehrshindernis. In dem Hause Velle-Mianceplay 2 feierte am Dienstag irgend ein Angehöriger der oberen Bejahntausend ein Familienfest. Damit sich die Teilnehmer des Festes die Feste nicht beschmämten, war auer über das Trottoir bis an den Fahrdamm eine Art Balustrade errichtet, unter dem ein Käufer ausgebreitet war. Während man so für die Erme der Gesellschaft weise vorgesorgt hatte, durfte der gewöhnliche Steuerzahler einen großen Vogen machen, um ja nicht den gereinigten Boden zahlungsfähiger Moral zu betreten. Auch zwei Hüter der öffentlichen Ordnung waren dort hin postiert, während schaulustiges Publikum Staffage bei diesem Vorgang bildete.

Wenn streitende Arbeiter in einer oft menschenleeren Straße in Ausübung ihres gesetzlich garantierten Koalitionsrechts Streikposten stehen, denkt die Polizei oft anders: Flugt ist sie da und konstatiert, daß der Verkehr gehindert werde. Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nicht dasselbe.

Ein Hausanfall auf eine 15-jährige Bäckermamsell wurde vorgestern früh im Hause Schwedterstr. 92 verübt. Hier befindet sich eine Filiale der Großbäckerei von Hanke. Morgens um 7 1/2 Uhr, als das Mädchen zufällig allein anwesend war, ergriffen sie ein etwa 45 Jahre alter Mann, kaufte eine Kleinigkeit, kam nach wenigen Augenblicken nochmals und versuchte sich der Badelasse zu bemächtigen. Passanten, die auf das Geräusch des Mädchens in den Laden eilten, ergriffen den Täter, der dabei stumpsinnig vor sich hinblinzelte, und übergaben ihn der Polizei. Hier wurde bald festgestellt, daß man es mit einem erst vor einigen Monaten seitens der Stadt Berlin in Pflege gegebenen Geisteskranken zu tun habe, der im Hause gegenüber wohnte und seinem ganzen Benehmen nach die Tat in unzurechnungsfähigem Zustande begangen hat. Er hatte noch fünf Mark eigenes Geld sowie drei gefüllte Schnapsflaschen bei sich und wurde der Anstalt wieder zugetätet.

Neuen gesucht. Der Dachdecker-Außearbeiter, welcher am 10. Juli dieses Jahres, während der Aussperrung im Bauverbe, in dem Hause Danzigerstr. 3/4 gearbeitet hat und morgens um 1/7 Uhr von einem Streikposten der Maurer in dem Torwege des Hauses angeprochen wurde, infolgedessen sich ein Streit mit dem Portier des Hauses entwickelte, wird ersucht, seine Adresse so schnell wie möglich an den Maurer Herrn. Gerth, Ewinmünderstr. 50, zu senden.

Einen erheblichen Verlust hat ein Werkzeugmacher erlitten, dem am Montagabend aus seiner Wohnung neben anderen Gegenständen auch eine Mikrometerschraube von Ludwig Löwe gestohlen wurde. Da er diese notwendig zur Verrichtung seiner Arbeit gebraucht, so ist ihm an der Wiedererlangung derselben begreiflicherweise viel gelegen. Sollte etwa dieser Tage eine solche irgendwo angeboten werden, so wäre der Verräter Julius Leppert, Postbuser Ufer 62, Quergebäude 4 Treppen, für Benachrichtigung sehr dankbar.

Feuerwehrenschriften. Gestern früh um 6 Uhr stand auf dem Gesundbrunnen, Freienwalderstr. 10, ein Stallgebäude in Flammen. Nach Rettung der Tiere gelang es der Feuerwehr, den Brand auf das Nachbargebäude zu beschränken. Die Entstehung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt. — Am Ritternadt mußte dort, Bornhalmerstr. 83, ein Kellerbrand gelöscht werden. Holz u. a. brannte dort.

Ueberfahren und schwer verletzt wurde in der Kurfürstenstr. 18 ein Mann von der Straßenbahn und vom Publikum noch vor Anfuhr der Feuerwehr nach der Unfallstation geschafft.

Wegen einer Gaserstickung wurde die Feuerwehr nach der Zubalidenstr. 33 gerufen. Durch Einflößen von Gauerstoff gelang es, die Personen zu retten. Ferner hatte die Feuerwehr in der Kommandantenstr. 55, Dippelstr. 1, Müllerstr. 162 und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Biesch, Brunenwaldstr. 110, und 4. Abteilung in Lichtenberg-Nummelsburg, Grünbergerstr. 10, bei Lindner: Vortrag in beiden Abteilungen über Ertrinken, Erstickten und Bewußtlosigkeit. Daran anschließend praktische Übungen. Vortragende die Herren Dr. Schwab und J. Hirschfeld.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Errichtung eines Gemeindefriedhofs für Charlottenburg scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Am 12. September 1906 ist die landespolizeiliche Genehmigung zur Errichtung eines Gemeindefriedhofs auf einem nördlich von dem Berlin-Spandauer Schiffsfahrtskanal zwischen dem Tegeler Schießplatz und dem Kanal gelegenen Gelände, dessen bestimmte Auswahl und Abgrenzung besonderer Verhandlung vorbehalten bleiben sollte, nachgesucht worden. Am 20. Februar d. J. hat der Regierungspräsident mitgeteilt, daß die Angelegenheit nach Abschluß der angestellten Erhebungen dem Oberpräsidenten zur Weiterreichung an die zuständigen Minister unterbreitet worden ist. Ein Bescheid ist bis jetzt noch nicht eingegangen, obgleich unter dem 30. September noch einmal um Befehlungung gebeten ist und obwohl die Schwierigkeiten bei der Weerdigung Andersgläubiger, soweit dieselbe der Armenverwaltung obliegt, von Tag zu Tag größer wird. Es scheint, als ob die kirchlichen Einflüsse trotz der „liberalen Aera“ noch immer die Oberhand haben. Daß eine Stadt wie Charlottenburg mit einer Viertelmillion Einwohner keinen Gemeindefriedhof besitzt, ist geradezu ein Skandal. Im übrigen ist es wieder einmal ein Beitrag für die angebliche Selbstverwaltung, werden sich die preussischen Gemeinden erfreuen, wenn man bedenkt, daß der einstimmig gefaßte Beschluß der städtischen Körperschaften auf Errichtung eines Gemeindefriedhofs noch nicht hat durchgeführt werden können, obwohl seit der Beschlußfassung mehrere Jahre verflossen sind und obwohl die Finanzverhältnisse der Stadt dies ohne weiteres gestatten.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes der hiesigen Jahreshalle nahm am Sonntag den Bericht des Vorsitzenden, Kollegen Geber, über die Anschlußfrage der Charlottenburger an die Berliner Gewerkschaftskommission entgegen. Redner teilte hierbei mit, daß der Anschluß der Charlottenburger an die Berliner Gewerkschaftskommission bereits im Jahre 1900 von den Vertretern der Organisation beantragt, aber abgelehnt worden sei. Es komme noch hinzu, daß die Organisation des Transportarbeiter-Verbandes vom 1. Januar 1906 ab sich zu einer Organisation Groß-Berlins verschmelze. Die Versammlung erklärte sich mit dem Anschluß an die Berliner Gewerkschaftsorganisation einverstanden, jedoch sollen der Charlottenburger Kommission als Unterkommision mehr Rechte eingeräumt werden. Die Normierung der Kandidaten als Bewerber zu den Gewerbe-gerichtswahlen wurde dem Vertrauenskörper überlassen. Ferner erklärten sich die Versammelten mit den Vorschlägen des Vorstandes, daß vom 1. Januar 1908 50 Pf. Beitrag erhoben werden, dafür aber die Streikfondsmarle von 30 Pf. in Wegfall kommen soll, einverstanden. Auch sollen diejenigen Kollegen, die ihre regelmäßigen Wochenbeiträge erst im Jahre 1908 entrichten, gleichfalls 50 Pf. bezahlen; der Verwaltung bleibt es indes überlassen, von Fall zu Fall zu entscheiden. Nachdem noch auf das Weihnachtsgeldvermögen verwiesen, hielt Genosse Hugo Fründ seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

Brit.

Die Rassenkrankungen an Diphtheritis in der hiesigen Gemeindefschule haben, wie berichtet wird, jetzt zur Schließung der betreffenden Klasse geführt. Der Kreisarzt des Reiches Lektow, Medizinrat Dr. Eiten hat angeordnet, daß die siebente Mädchenklasse der zweiten Gemeindefschule wegen der Rassenkrankungen an Diphtheritis vorläufig geschlossen wird. Infolge dieser Verfügung wird seit gestern morgen in dieser Klasse Unterricht nicht mehr erteilt. Die Lehrer der übrigen Klassen sind angewiesen worden, den Schülerinnen Aufstellungen über Diphtheritis und Verhaltungsmaßregeln zu geben. Neuerkrankungen sind nicht gemeldet worden.

Wilhelmstraße.

Ueber unsere politische Lage referierte Genosse Robert Fendel im Lokal von Deutschmann in einer öffentlichen gut besuchten Versammlung. Der Referent erteilte für seine Ausführungen großen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Adlershof.

In der am 28. November dieses Jahres stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung hatte der Gemeindevorsteher Lube in der Debatte über Stundungen von einmaligen Sanalisationsbeiträgen die Behauptung erhoben, daß der Gemeindevorsteher bei Stundungen von Pflasterungsarbeiten bei einigen Gemeindevorstellern weit längere Fristen gewährt habe, als bei den zur Veratung stehenden Stundungsanträgen der Grundbesitzer. Es war also direkt der Vorwurf erhoben worden, daß der Gemeindevorsteher Reich sein Amt zugunsten einiger Gemeindevorsteher mißbraucht habe. Der Gemeindevorsteher Lube hatte zugesagt, in nächster Sitzung sein Material vorzulegen. Der Besuch dieser öffentlichen Sitzung, welche am 13. Dezember stattfand, legte einen Beweis davon ab, welche großes Interesse seitens der Einwohnerschaft dieser Frage entgegengebracht wurde. Um so größer war aber die Enttäuschung über das vorgelegte Material. Nach den in voriger Sitzung gemachten Ausführungen des Herrn Lube mußte man annehmen, daß derselbe eine innerhalb der Gemeindeverwaltung bestehende Korruption aufdecken wollte. Die vier Fälle, welche er aber als vermeintlichen Beweis vorbrachte, zeigten deutlich, daß Herr Lube sein Amt nur als Vertreter der traktierten Grundbesitzerinteressen aussüßte und die allgemeinen Interessen ihm ein vollständig fremder Begriff ist. Nach kurzer, heftiger und persönlicher Debatte, in welcher sich die beteiligten Ordnungsführer mehrfach Ordnungsgerufe zuzogen, ging die Versammlung über diesen Punkt zur Tagesordnung über. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung betreffend Beschlußfassung über die Erhebung von Gebühren bei Benutzung der Regenabflüsse durch die Grundbesitzer wurde eine Kommission eingesetzt, in welche auch Genosse Püttner gewählt wurde. Außerdem wurde die Aufnahme einer Anleihe von 60000 M. zum Bau des Feuerwehrgeschäftes, welches in der Schloßstraße errichtet wird und seiner Vollendung entgegengeht, sowie die Aufstellung von neuen Laternen in der Rabide-, Kronprinz- und Hoffmannstraße beschlossen. Bei dem Antrage des Gemeindevorsteher auf Bewilligung von 300 M. zu Weihnachtsgattifikationen an junge Beamte resp. Bureauzöglinge, gelangte durch die Kritik unseres Genossen Püttner zur Sprache, daß die von den Gratifikationen Bedachten bei ihren geringen Einkünften bedeutende Überstunden leisten mußten, welche auf diese Weise mit circa 10 Pf. pro Stunde entschädigt werden sollen. Bei Aufstellung des nächstjährigen Etats sollen die Gehaltsverhältnisse dieser jungen Leute eine Aufbesserung erfahren. — Die Bismarckstraße vom Mergelstein bis zur Helbigstraße soll von 5 auf 9 Meter und die Baufluchtlinie von 15 auf 10 1/2 Meter verbreitert werden. Weiter beschäftigte sich die Sitzung mit der Herstellung von Schmutzanlagen auf dem Gemeindegelände am Adlershof-Audover-Chaussee und vor dem Gemeindeamt. — Ein früherer Beschluß der Ersetzung, den Feldweg westlich der Kaiser Wilhelmstraße zwischen der Bismarckstraße und der Auguste Viktoriastraße eingehen zu lassen, wurde aufgehoben und beschlossen, nur den Teil zwischen der Bismarckstraße und der Rabidestraße zu kassieren.

Spandau.

Die Polizei und der Seigische Saalbojott. Nachdem kein Mittel, unsere Genossen vom Bojottkampf gegen das Seigische Lokal abzubringen, gekracht hat, scheint die Polizei mit doppeltem Eifer sich der Sache des Herrn Seig anzunehmen. Der Sonntagvormittags zufällig die Schützenstraße passiert, wird nicht wenig erstaunt sein ob des großen Polizeiaufgebots, welches dort anzutreffen ist. Was tut die Polizei dort? Nun sie hält verdächtige Elemente, die etwa im Geruch stehen, mit dem Bojottkampf um den Seigischen Saal etwas zu tun zu haben, ab, die Schützenstraße zu passieren. Da es nun niemand an der Nase sieht, daß er ein „Bojottbruder“ ist, so kommt es selbstverständlich nur allzu oft vor, daß die Polizei an die verkehrte Adresse kommt und Leute, die das Seigische Lokal zu besuchen die Absicht hatten, von der Polizei auf die Wache geführt werden. Wer nicht Gefahr laufen will, orretiert zu werden, der muß schon in Damenbegleitung die Schützenstraße passieren. Auch angetrunkenen Radaubrüdern wird nicht allzu viel in den Weg gelegt. In welcher Weise man den „Postenstehern“ zu Leibe geht, darüber wird und folgendes berichtet: In der Lynarstraße, nicht weit von der Schützenstraße standen vor kurzen zwei Genossen, welche sich in diesem Zone unterhielten. Von zwei in Begleitung eines jungen Mannes vorübergehenden jungen Mädchen richtete ein Mädchen an den einen Genossen die Frage, ob das Lokal von Seig noch gesperrt sei. Der Genosse erwiderte darauf: „Ja, seit einem halben Jahr“. Kaum waren diese Worte seinem Munde entschlüpft, als auch schon ein Polizeiergeant auftauchte und den zweiten Genossen, welcher keinen Ton gesagt hatte, ansuhr: „Warten Sie, ich werde Sie lehren, Leute zu belästigen; kommen Sie mit zur Wache“. Der Genosse suchte den Beamten zu belehren, daß er kein Wort gesagt habe; das mußte aber nichts, sie mußten beide mit, während die Mädchen und der junge Mann weiter gehen konnten. Auf der Wache angelangt, wurde einem Genossen, da er mit brennender Zigarre vor den Beamten zu treten wagte, erst ein Kolleg darüber gelesen, wie er sich zu verhalten habe. Der Genosse konnte nicht einsehen, daß das, was den Beamten erlaubt ist, ihm nicht erlaubt sein sollte. Nach circa einstündigem Aufenthalt wurden sie wieder entlassen.

Ein Herr Martiens selbständiger Installateur, Meyerstraße wohnhaft, war zum Besuch bei dem königlichen Arbeiter Herrn Schulze, Schäferstraße gewesen und wollte des Abends nach Hause gehen. Kaum war er von der Schäferstraße in die Schützenstraße eingebogen, als ihn auch schon die Polizei in Empfang nahm und das Passieren der Schützenstraße untersagte. Er ging zurück zu seinem Freunde Schulze, um sich seine Angelegenheiten zu lassen. Aber auch das hatte keinen Erfolg bei der Polizei. Als er trotzdem — auf sein gutes Recht als Bürger und Steuerzahler pochend — die Schützenstraße weitergehen wollte, mußte er in Begleitung des Polizeiergeanten Baumann den Gang zur Wache antreten.

Ein junger Mann mit Namen Frey Seeland, wohnhaft Schützenstraße 7, wurde, als er Sonntagabend nach seiner Wohnung gehen wollte, von einem Polizeibeamten hinhilflich bis vor die Haustür begleitet. Dasselbe widerfuhr noch einem jungen Mann, in demselben Hause wohnhaft. Da er keinen Schlüssel in der Tasche hatte, klopfte er. Sein Freund, der ihm geöffnet hatte, überredete ihn, noch einmal mitzukommen, da es ja noch nicht spät sei. Während dieser Zeit ließ ihn die Polizei nicht aus den Augen.

Als die jungen Leute nun Niemanden zu sehen, trat ein Polizeibeamter an sie heran und forderte sie auf, nun zu Hause zu bleiben. Die jungen Leute lehnten das Anstehen, sich ins Bett begeben zu lassen, ab, weshalb sie den Weg nach der 20 Minuten entfernten Wache antreten mußten.

Soweit die Darstellungen. Die Arbeiterschaft soll mit der Tätigkeit der Polizei sehr zufrieden sein, ist sie doch überzeugt, daß durch dieselbe der jetzt schon sehr schwache Sonntagverkehr im Reichlichen Lokal mit der Zeit vollständig aufhört. Herr Seig selbst wird wohl auch bald einsehen müssen, daß ihm die Dienste der Polizei auf die Dauer keinen erhöhten Verkehr in sein Lokal bringen. Die Arbeiterschaft aber kann ausrufen: „Es leben unsere Freunde — die Feinde!“

Gerichts-Zeitung.

Wohltatposten.

Die Fälle, in denen man das „Mädchen für alles“, den Beschäftigten großen Ungehorsam, trotz der Judikatur des Reichsgerichts und Kammergerichts gegen gesetzlich erlaubtes Wohltatpostenfischen amarrschieren läßt, mehren sich neuerdings. So fand am Montag vor dem Kassener Schwöfengericht eine Verhandlung gegen den Wohltatposten-Sünder Genossen Landskron statt. Er hatte vor dem gesperrten Lokal „Zur deutschen Eiche“ (Wesiger Hansche) Wohltatposten gestanden. Das war von der Wohlthätigkeit als „grober Unfug“ angesehen und ihm ein Strafmandat von 15 M. auf den Hals geschickt worden. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung wertete der Amisanwalt Bürgermeister Dr. Wirth fürchterlich gegen die hiesige Sozialdemokratie. Unter anderem führte er aus, „die hiesige Sozialdemokratie wolle den Wirt Hansche vernichten“, ferner marschierte der „sozialdemokratische Terrorismus“ auf, überhaupt sei der ganze Fall „ein Bild des Zukunftsstaates“. Er beantragte 30 Mark Geldstrafe oder drei Tage Haft. Das Urteil lautete auf 15 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Zweifellost wird Genosse Landskron gegen dieses Urteil, welches mit dem Gesetz und den Urteilen des Reichs- und Kammergerichts unvereinbar ist, Berufung einlegen.

Briefunterschlagung.

Wegen Amisbergens stand gestern der frühere Postbote, jetzige Verkäufer Ernst Krause vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war im Postamt 24 beschäftigt. Dort verschwand wiederholt auf unerklärliche Weise Briefe mit und ohne Inhalt und der Angeklagte kam in den Verdacht, die Briefe sich widerrechtlich zuzueignen. Er wurde deshalb unauffällig beobachtet und dabei abgefaßt, als er sieben Briefe in seine Tasche gesteckt hatte. Er behauptete, daß er sie nach der Abfertigungsstelle habe tragen wollen. Diese Behauptung erwies sich aber als vollständig haltlos. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis.

Kleine Ursachen, große Wirkungen.

Durch einen geringfügigen Aenderstreit ist ein Strafverfahren entstanden, mit dem sich nunmehr auch das Reichsgericht beschäftigt hat. In dritter Instanz verhandelte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I gegen den Gelbziehermeister Hermann Altemamp, der sich wegen schwerer Körperverletzung verantworten mußte. — Im Jahre 1906 wohnte der bisher bölig unbescholtene Angeklagte, dem auch von allen Seiten das denkbar beste Zeugnis ausgestellt wird, mit seiner Familie in dem Hause Löwestr. 13, in dem der Fischer Weiskuldt die Portierdienste versah. Zwischen den Kindern des Angeklagten und denen des Portiers bestand früher ein Freundschaftsverhältnis, welches jedoch in die Wälsche ging, als eines Tages der kleine fünfjährige M. eine Puppe der kleinen Altemamp zerbrach. Diese rief ihren „großen Bruder“, den siebenjährigen A., zu Hilfe, der dann ritterlich für sein kleines Schwesterchen eintrat und den Uebelthäter in einem Zweikampf auf dem Hofe tüchtig verprügelte. Der Verprügelte lief heulend zu seinem Vater, der sich nun seinerseits den Sohn des Angeklagten auf der Treppe vornehm und ihn in einer allerdings weit über das Maß hinausgehenden Weise züchtigte. Der kleine A. mußte zu einem Arzt gebracht werden, der eine nicht unerhebliche Verletzung konstatierte, so daß der Anabe acht Tage nicht zur Schule gehen konnte. Als der Angeklagte des Abends von seiner Arbeit kam, erzählte ihm seine Ehefrau, was dem Anabe widerfahren war. Voller Mut über diese Mißhandlung führte A. aus seiner Wohnung, um den Portier zur Rede zu stellen. Zufällig traf er diesen auf der Treppe und es kam auch zwischen den beiden Vätern zu einer Prügelei. Durch einen unglückseligen Zufall stürzte der Portier hinterwärts die Treppe hinunter und blieb mit einem zerbrochenen Becken und einem komplizierten Oberarmknochenbruch auf dem Treppendeckel liegen. Gegen A. wurde Anklage wegen schwerer Körperverletzung aus § 224 des Strafgesetzbuches erhoben, nach welchem er eine Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis verwirkt hätte. Der Verletzte hatte nach einem dreimonatlichen Krankenzuge eine Verletzung des Beines davon getragen, so daß eine dauernde Entstellung bei ihm vorhanden war. Das Gericht nahm jedoch leinereit an, daß eine dauernde Entstellung hierin nicht erblickt werden könne und verurteilte den Angeklagten nur wegen gefährlicher Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe. Hiergegen legte der als Nebenkläger aufgetretene Verletzte Revision ein. Das Reichsgericht hob das erste Urteil auf, da in der Verurteilung eines Beines eine dauernde Entstellung zu erblicken sei, und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. In der gestrigen Verhandlung machte der Verteidiger geltend, daß eine dauernde Entstellung trotz der entgegengesetzten Ansicht des Reichsgerichts nicht angenommen werden könne, da eine derartige Verwundung aus medico-mechanischen Wege nach den Erfahrungssätzen der modernen Wissenschaften geheilt werden könne, wenn dies auch mehrere Jahre in Anspruch nehme. Dies wurde auch von dem von der Verteidigung geladenen Sachverständigen Spezialarzt Dr. P. a. bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte nach § 224 eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Das Gericht nahm jedoch nur gefährliche Körperverletzung nach § 223a an und erkannte gegen den Angeklagten, der aus der Schweiz zu dem Termin erschienen war, wiederum auf 100 Mark Geldstrafe.

Arbeiterrechtsverletzung?

Wegen unberechtigter Aufführung eines Theaterstücks wird seit einiger Zeit seitens der betreffenden Verlagsanstalten gegen die Theatervereine, welche ohne die Aufführungsrechte zu zahlen noch nicht „freie“ Stücke spielen, mit besonderer Schärfe vorgegangen. In Berlin existieren zurzeit annähernd 1000 Theatervereine, dramatische Vereinigungen usw., in denen mit wenigen Ausnahmen Theaterstücke aufgeführt werden, die mit einer bestimmten Aufführungsgebühr belastet sind. Diese wird zum Teil dadurch umgangen, daß zu den Vereinborstellungen nur durch Mitglieder eingeführte Gäste zugelassen werden und so eine geschlossene Gesellschaft gebildet wird, auf welche das Urheberrecht keine Anwendung findet. Die beteiligten Verlagsanstalten, denen durch diese Umgehungen ein sehr erheblicher Gewinn entgeht, führen deshalb einen scharfen Kampf gegen derartige Privattheatervereine. Vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts I war gestern der Schlosser Johann Stahn wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze des Urheberrechts an literarischen Werken angeklagt. Der Angeklagte ist Vorsitzender des Bühnenverbandes „Musk“, der drei Tage hinter einander seinen besten Gästen, Männern und Mitgliedern das Meyer-Försterische Schauspiel „Alt-Heidelberg“ vorgespielt hatte. Das veranlaßte den Verlag von Entsch einen seiner Angestellten mit Hilfe einiger ihm anonym zugekaufter Billetts an diesem Kunstgenuss teilnehmen zu lassen. Nach Angabe dieses Angestellten soll irgend eine Kontrolle an der Kasse nicht stattgefunden haben, sobald die Aufführung als eine öffentliche zu bezeichnen war. Auf die Anzeige des geschädigten Verlags wurde das Strafverfahren gegen den Angeklagten als Vorstand des Vereins anhängig gemacht. In der Verhandlung vor Gericht bestritt der Angeklagte, daß die Aufführung eine öffentliche gewesen sei. Der Billettvertrieb werde in der Weise gehandhabt, daß jedem Mitgliede eine bestimmte Anzahl Billetts ausgehändigt werde, welche er dann unter seinen Angehörigen, Bekannten und Freunden abgeben könne. Es handele sich also um ein geschlossenes Publikum. Der Vertreter der Anklage hielt jedoch in dem Vorgehen des Vereins, welcher unnummerierte Billetts in beliebiger Anzahl an beliebige Personen vertrieben habe, ein Vergehen gegen das Urhebergesetz für erwiesen und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 40 Mark. Rechtsanwalt Verbich machte als Verteidiger geltend, daß eine Aufführung keinesfalls als öffentliche angesehen werden könne, wenn das Publikum lediglich aus Bekannten der Mitglieder des Vereins bestehe. Es müßte dann jeder Kriegerverein sich strafbar machen, in welchem ein noch nicht tantienfreies Stück aufgeführt werde, da gerade in einem derartigen Verein die wichtigsten Teilnehmer an einer Veranstaltung wirkliche Mitglieder sind. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, indem es annahm, daß die fragliche Veranstaltung keine öffentliche war, da sich die Teilnehmer lediglich aus dem Bekanntenkreise der Mitglieder zusammensetzten und nicht jedermann berechtigt gewesen war, der Vorstellung beizuwohnen.

Zur Versammlungs-Florerie.

Einen Beitrag zur versammlungsrechtlichen Rißerei, mit der die Arbeiterklasse im preussischen „Rechtsstaat“ dank der polizeilichen Nachbegriffe zu kämpfen hat, liefert die Gerichtspraxis täglich. So auch ein Rechtsstreit, der jetzt zum zweiten Male das preussische Ober-Berwaltungsgericht beschäftigt hat. Im Auftrage des Bergarbeiters Kralowatz hatten der Bergmann Unversetzt und der Bergmann Morix, beide zu Horst (Emscher), je eine Versammlung in der früher sächsischen Wirtshaft zu Horst angemeldet; Unversetzt für die „Knappschafsmittglieder von Horst und Horstmarkt“ auf Sonntag, den 21. Mai 1905, vormittags 11 Uhr, Morix für die „Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Zahlstelle Horst-Emscher“, auf denselben Tag, nachmittags 4 Uhr. — Beide Versammlungen wurden verboten. Die der Knappschafsmittglieder schon mit Rücksicht auf die Oberpräsidialverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom 24. Juli 1897, welche bestimmt: „Öffentliche Versammlungen, die nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, dürfen an Sonn- und Feiertagen erst nach der Zeit des Hauptgottesdienstes, und wo Nachmittags-Gottesdienste stattfinden, erst nach Beendigung desselben, spätestens aber nach 3 1/2 Uhr nachmittags stattfinden.“ Die Versammlung der Knappschafsmittglieder wurde für eine öffentliche erklärt. — Das Verbot der von Morix angemeldeten Nachmittagsversammlung des Bergarbeiterverbandes, wofür die Sonntagsverordnung ja nicht herangezogen werden konnte, wurde auf die Regierungsverordnung vom 22. November 1880 gestützt, welche die bauliche Anlage und die innere Einrichtung von Theatern und öffentlichen Versammlungsräumen betrifft. In der Bezeichnung lag nun die Sache so, daß alle Bedingungen der Verordnung erfüllt waren, sofern die Versammlungsteilnehmer unter Verwahrung der genügend großen, nach dem Hof hinausführenden Reittüren ungehindert über den Hof und durch das Hofstor die Straße erreichen konnten. Der Herr Amtmann war nun auf den genialen Gedanken verfallen, diese Möglichkeit zu bestreiten, weil ein Fuhrunternehmer auf dem von ihm miethenübten Hofe eine Anzahl Wagen stehen hatte und er für gewöhnlich nachts und Sonntags das Hofstor verschlossen hielt.

Kralowatz, der Beamter des Bergarbeiterverbandes ist, klagte auf Aufhebung beider Verbote. Nachdem im Gegensatz zum Kreis- und Kreisverwaltungsgericht im ersten Rechtszuge sein Klagerrecht als eigentlichen „Unternehmer“ der Versammlungen anerkannt hatte, obwohl die polizeilichen Anmeldungen durch Unversetzt und Morix erfolgt waren, kam die Sache wieder vor den Bezirksauswahlschuss. Dieser wies die Klage in beiden Fällen wieder ab. Die Versammlung der Knappschafsmittglieder sei eine öffentliche und falle unter die Sonntagsverordnung. Auf beide Versammlungen treffe aber die Verordnung über die Verschaffenheit öffentlicher Versammlungsorte. Da der eine Ausgang durch das Willardzimmer unzureichend wäre, so wäre es gemäß der Verordnung notwendig gewesen, daß die Entleerung des Saals durch die Reittüren über den Hof hinweg ungehindert erfolgen konnte. Wie festgestellt ständen auf dem Hof häufig und sogar regelmäßig Wagen des Unternehmers. Dieser habe zum Schutze seines Eigentums das Hofstor des Nachts oder an Sonn- und Feiertagen gewöhnlich durch Verschließen eines Vorhängeschloßes verschlossen gehalten. Das sei auch der Polizeibehörde bekannt gewesen. Danach sei die Polizei zu der Annahme berechtigt gewesen, auch am 21. Mai würde das Hofstor verschlossen sein. Deshalb konnte sie auch die Nachmittagsversammlung verbieten.

Gegen dies eigenartige Urteil wurde Revision eingelegt. Dieselbe vertrat am Dienstag vor dem Ober-Berwaltungsgericht Rechtsanwalt Wolfgang Neig.

Das Ober-Berwaltungsgericht hob das Verbot der Nachmittagsversammlung auf und führte dazu aus: Daß der Saal den Anforderungen nicht entsprochen hätte, entnehme die Vorentscheidung mit Unrecht schon aus dem Umstande, daß das Tor des Hofes der Regel nach an Feiertagen verschlossen werde. Damit sei nicht erwiesen, daß es nicht offen gehalten werden konnte, wie der Vertreter des Klagers mit Recht ausgeführt habe. Das unbedingte Verbot der Versammlung sei daher nicht gerechtfertigt.

Das Verbot der Vormittagsversammlung wurde vom Senat dagegen mit Rücksicht auf die Sonntagsverordnung bestätigt. Eine Versammlung der Knappschafsmittglieder von Horst und Horstmarkt sei eine öffentliche, denn sie bildeten keinen innerlich verbundenen, nach außen abgeschlossenen Personenkreis. Ebensoviele, wie die ganze Knappschafsvereinigung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, von 7 bis 9 Uhr abends statt. Gewöhnlich von 7 bis 9 Uhr abends. Die Besuche am 6. Uhr. Jeder Anrufer in ein Buch und eine Zahl als Zeitschein beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. R. 100. 1. Der Tod der Ehefrau entbindet den Ehemann nicht vom Nachehevertrag. Die Witwe müßte also weiter gezahlt werden. 2. Rein, es müßte die bis zum 1. April zu zahlende Miete hinterlegt werden. 3. Rein. — Matrone 53. Eine beim Amtsgericht anzuführende Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Die Klagekosten könnten in einer Instanz sich etwa auf 40 M. für den unterliegenden Teil belaufen. — D. M. 17. Zutreffende Auskunft für alle den Eisenbahnverkehr betreffenden Fragen erhalten Sie auf den amtlichen Auswahlschüssen der Eisenbahn (Bolsdamer Platz, Anhalter Bahnhof, Schlesischer Bahnhof, Friedrichstraße, Alexanderplatz). — Cranienerger 60. Erst nach geschiedener Ehe wäre ein hiesiger Verkehr kein Eheverbot. — G. R. 1872. 1. Wenden Sie sich direkt an die Verwaltung des Doms. 2. Charles v. Herz u. Compagny, Chicago. — G. R. 15. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Rein. 5. Rein. — A. R. 5. Innerhalb eines Monats nach Zustellung ist gegen das Urteil des Amtsgerichts in Zivilsachen Berufung an das Landgericht durch einen Rechtsanwalt einzulegen. — P. 1574. Beides ist zulässig und richtet sich nach dem Inhalt des Vertrages. — R. 37. 2. G. Leider steht Ihnen Schwiegermutter ein Anspruch auf Anwartschaft zu. — Roland 100. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. — G. R. 1879. 1. u. 2. Rein. 3. Rein; die Entscheidung hängt davon ab, wer für schuldig erklärt wird. — P. R. 4. Wir raten Ihnen ab, der Allgemeinen Krankenversicherungs-kasse zu Gemüte zu bringen. — P. Kamerun 1. Rein. 2. u. 3. Ja. — Erbchaft 1907. Schlagen Sie die Erbchaft aus, sonst haften Sie für die Schulden. Die Ausschlagung muß innerhalb sechs Wochen, nachdem Sie Kenntnis von dem Erbansatz erhalten haben, dem Gericht in notariell beglaubigter Urkunde zugehen. — M. R. 100. Rein, der Hof hat den Lohn voll herauszugeben. Verlangen Sie ihn beim Gewerbeamt.

G. R. 110. 1. Der Betroffene kann auf Zahlung kagen. 2. Rein. — Kochhaus 7a. 1. Dem Ehemann, falls er nicht mit der Trennung einverstanden ist. 2. 40 M. würden als angemessen erachtet werden. 3. Zunächst ist ein Schlichtertermin beim Amtsgericht des Wohnortes des Ehemannes zu beantragen. 4. Rein, es müßte der Beweis des Gebrauches geführt werden. — P. 2. 17. 1. Ihr Mann würde dann dazu verpflichtet werden. 2. Trauung hat nicht flüssbar, Kleidungsstücke nur, soweit sie als entbehrlich erachtet werden. — Streitfrage. Ein Gastwirt ist ebensowenig wie ein Kaufmann verpflichtet, jedem seine Ware zu verkaufen. In der Art der Abrechnung könnte unter Umständen eine Verleumdung erblickt werden. — W. 2. Rein. — W. R. 10. Der Beitrag ist einzubehalten; das von Ihnen Angegebene ist kein Grund zur einseitigen Aufhebung desselben. — C. G. 375. Eine Verleumdung verjährt in 30 Jahren. — J. M. Ja, es sei denn, das Gegenstück ist ausgemacht. — Zwei Streitende. 1. und 2. Wenn auch einige Urteile entgegenstehen, lautet nach dem Gesetz ja. 3. Soweit es sich um besondere Interessen der Teilnehmer handelt. — Z. 99. Einen Antrag von der Weile können Sie nicht machen. — R. 7. 12. 1. bis 3. Den Antrag auf Bewilligung der Inanspruchnahme können Sie schon jetzt an die Vermögensverwaltung richten. Erst nach Ablauf von 13 Wochen würde sie eventuell eintreten müssen, ist aber zu früherer Hälfte berechtigt. 4. Ein Spacialausgabenverbot verfährt nicht. — 10. M. 1. In zehn Jahren, aber mit jeder von dem Richter gegen den Täter gerichteten Handlung beginnt die Verjährungsfrist wieder zu laufen. 2. und 3. Ja. 4. Solange die Verjährungsfrist möglich ist, wäre eine Rückkehr ausgeschlossen. — R. 8. 12. 1. Nur wenn Sie Erbe geworden sind, also nicht der Erbschaft entlagt haben. 2. Ja. 3. 100.01. — W. 2. Eine solche Verordnung ist und nicht delikt. Wir würden zu dem Antrag raten, gerichtliche Entscheidung anzurufen, falls nicht auf dem Strafbescheid eine bestimmte Verurteilung bezeichnet ist. — R. 3. 96. Es muß der volle Wert ersetzt werden. — Sch. 7. 1. Ja. 2. Amtsgericht Köpenick. — P. G. 6. 7. 1. Rein. 2. Ohne Einsicht in den Vertrag ist die Frage nicht zu beantworten. 3. Vermögens- oder Geldstrafe. — R. 6. 11. Inwiefern ist es, die Gebührensätze und den Taufschilling mitzubringen. — A. R. 22. 1. Die Erben haben Anspruch auf Abwehr des Testaments. 2. Ja, falls ein Erbvertragsgrund vorliegt. 3. u. 4. Mit der Nachlassenschaft hat an sich der Rechtsanwalt nichts zu tun. Welche Stellung der Anwalt in Ihrem Falle einnimmt (Testamentsvollstrecker oder Bevollmächtigter einiger Erben), ist aus Ihrer Anfrage nicht ersichtlich. — W. P. 37. In der Regel ist in jedem Fall nur eine Klage auf Herstellung des rechtlichen Lebens aussichtslos. Anders steht es, wenn der Ehemann trotz Rechtswegs und Anträgen bei der Polizei nicht auffindbar ist. — Schröder, Goldarbeiter. Da Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre möglich ist, ist zur Verhütung eines Amokls zu raten. — R. 22. Wenden Sie sich an die Deutsche Bank. — A. R. 36. Ein solches Stillsitz ist uns nicht bekannt. — H. W. 15. Die Annahme, daß trotz der Aufhebung des Tarifvertrages die gesetzliche Kündigung nicht bestünde, ist durchaus irrig. Verlangen Sie in dem Termin vor dem Gewerbeamt die Verurteilung. — G. R. 1871. Wenden Sie sich an den Gewerkschafts-Schlichter, Engel-Ufer 15. — G. C. 2. Sprechen Sie nach einmal persönlich mit dem Anwalt und erlauben Sie ihm um Herausgabe des Urteils. — W. Sch. 14. Wenn Sie in dem Belie des Reuznisses sind, dann wenden Sie sich direkt an das Ministerium. Eine vorherige Meldung wäre zwecklos. — P. 31. Ihre Klage sollte gegen die Steuerverwaltung verlaufen. — P. 8. Eine Verleumdungsklage würde wenig Aussicht auf Erfolg haben, weil dem Betroffenen die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugewandt würde. — G. M. 1000 Norden. Durch die Buchhandlung Schwärts können Sie sämtliche Bücher beziehen. — P. S. 50. Ueberhaupt nicht. — Wreter 17. 1. M. Strauß gehört zum Amtsgericht Nollendorf, das andere Strauß zum Amtsgericht Berlin-Mitte. 2. Gena 3. — M. — M. Durch die Buchhandlung Vorwärts. — J. G. 4. Um Bedenken zu werden, hat man sich zunächst an das Polizeipräsidium zu wenden. Dann wird eine ärztliche Untersuchung und ein Examen (Rechnen, Lesen, Hörschärfe usw.) beim Arzt vorgenommen. Hiermit wird man in die Liste der Kandidatinnen eingetragen. Nach einiger Zeit — wegen des Anlaufes nicht vor drei Jahren — wird man zum Kurul in der Charité zugelassen. Der Kurul dauert sechs Monate und kostet 300 M. Nach Vollendung des Kuruls und nach bestandenen Examen erfolgt die Ernennung zur Hebamme. Da in Preußen Mädchen oder Frauen, die über 30 Jahre alt sind, als Hebammen nicht zugelassen werden dürfen, so wäre eine Meldung überflüssig zwecklos, wenn Sie bereits 27 Jahre sein sollten.

Brunnenstrasse 17-18
Veteranenstrasse 1-2

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18
Veteranenstrasse 1-2

Unter Beibehaltung unserer anerkannt billigen Preise verabfolgen wir als Weihnachts-Vergünstigung Donnerstag, Freitag, Sonnabend bei Einkäufen

Doppelte Rabattmarken^o

wodurch wir volle 10% gewähren.

^o Mit Ausnahme einiger Artikel.

Für das Weihnachtstfest

Weihnachts-Prämie

in diesem Jahre:

Friedrich Gerstäckers Werke 2 Bände, nur 3,50 M.

Von den vorjährigen Weihnachts-Prämien sind noch in beschränkter Anzahl vorhanden:

Ferdinand Freiligraths Werke

in drei elegant gebundenen Bänden nur 3,- M.

Fritz Reuters sämtliche Werke

zwei Bände, illustriert, mit hochdeutschem Wörterbuch, Preis 3,- M.

Franz Grillparzers sämtliche Werke

illustriert, in zwei Bänden gebunden, Preis 3,- M.

Ferner empfehlen wir:

Die Französische Revolution von 1789.

Vollständige Darstellung der Ereignisse in Frankreich von 1789-1804.

Von Wilhelm Bloß.

Reich illustriert. Geb. Preis 4 M.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.

Von Louis Héritier.

Mit einem Nachtrag:

Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik.

Von Ed. Bernstein. Geb. Preis 4 M.

Die Deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848/49.

Von Wilhelm Bloß.

Illustriert von O. E. Lau. Geb. Preis 4 M.

Dr. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg.

Herausgegeben von Wilhelm Bloß.

Billige Volksausgabe, illustriert. Preis brosch. 3 M., geb. 4 M.

Kriegsbriefe aus den Jahren 1870/71.

Von Hans v. Kretschmann.

Herausgegeben von Lily Braun, geb. v. Kretschmann.

Mit einem Bildnis in Photographie und einem Brief-Faksimile. Sechste Auflage. 346 Seiten stark. Elegant gebunden. Statt früher 6,- M. jetzt nur 2,50 M.

Die Welträtself.

Mit einem Nachwort:

Das Glaubensbekenntnis der reinen Vernunft.

Von Ernst Häckel. Preis 1 M.

Die Lebenswunder.

Von Ernst Häckel. Preis 1 M.

Die Entstehung der Arten.

Von Charles Darwin. Preis 1 M.

Die Mutter.

Roman von Maxim Gorki. Broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Von unseren Verlagswerken empfehlen wir, zu Geschenkzwecken geeignet:

Unser Wald.

Ein Volksbuch von Curt Grottelwitz.

Herausgegeben von Wilhelm Bölsche.

Reich illustriert. Preis geb. 3 M.

Lichtglaube und Zukunftsonnen.

Gedichte von Robert Seidel.

Elegant ausgestattet. Preis geb. 2,50 M.

Ulenbrook.

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.

Von Jürgen Brand.

Mit Buchschmuck versehen. Preis geb. 1,50 M.

Wider die Pfaffenherrschaft.

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. u. 17. Jahrhunderts.

Reich illustriert. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Die Hohenzollern-Legende.

Von Max Maurerbrecher.

Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert. Reich illustriert. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Blut und Eisen.

Krieg und Kriegerthum aus alter und neuer Zeit. Von Hugo Schula.

Zahlreiche Illustrationen. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlass des Sozialistengesetzes.

Zweiter Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin.

2 Bände in Leinen geb. 13,- M.

Halbfrz. 15,-

Das Ende des Reichs.

Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von Kurt Eisner.

Preis geb. 5,- M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von Kurt Grottelwitz. Mit Vorwort von Wilhelm Bölsche.

Von der Presse sehr günstig besprochen. Preis geb. 1,- M.

Ferdinand Lassalles Reden und Schriften.

Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein. Vollständig in 3 Bänden. In Leinen geb. 11,50 M.

Halbfrz. 14,50

Wir verweisen ferner auf die „Internationale Bibliothek“:

Band 1: Aréling, Die Darwinische Theorie. Geb. 2,- M.	Band 22: Josef Dietzgen, Das Akquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Broschiert 1,50 M.; geb. 2,- M.	Band 33: Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien. Broschiert 3,- M.; geb. 3,50 M.
2: K. Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren. 2,50	23: C. Hugo, Die englische Gewerkebewegung. Geb. 2,- M.	34: A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. II. Serie. Broschiert 3,50 M.; geb. 4,- M.
6: A. Bebel, Charles Fourier. 2,50	24: Karl Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland. Broschiert 1,50 M.; geb. 3,- M.	35: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Broschiert 5,50 M.; geb. 6,- M.
9: A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Broschiert. Geb. 2,50 M.	26: A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. I. Serie. 3 Teile. Geb. 5,50 M.	36/37: Karl Marx, David Ricardo. Brosch. 10,50; geb. 11,50.
11: Fr. Engels, Ursprung der Familie. 1,50	27: C. Hugo, Städteverwaltung und Municipalsozialismus in England. Geb. 2,50 M.	38: Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Broschiert 1,- M.; geb. 1,50 M.
12: Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Broschiert. Geb. 2,- M.	28: G. Moch, Die Armee der Demokratie. Brosch. 1,- M.; geb. 1,50 M.	39: M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.
15: K. Kautsky, Das Erfurter Programm. Geb. 2,- M.	30: Karl Marx, Die Kritik der politischen Oekonomie. Geb. 4,- M.	40: Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. Geb. 3,- M.
14: Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.	31: Josef Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Broschiert 1,50; geb. 2,- M.	41: Leo Deutsch, Biermal entflohen. Broschiert 1,50 M.; geb. 2,- M.
16: F. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes. Broschiert 2,- M.; geb. 2,50 M.	32: Josef Dietzgen, Kleine philosophische Schriften. Broschiert 2,- M.; geb. 2,50 M.	42: Peter MaBlow, Die Agrarfrage in Rußland. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.
18: H. Lux, Etienne Cabet und der Mariische Kommunismus. Broschiert 1,50; geb. 2,- M.		
20: G. Plechanow, N. G. Tschernischewsky. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,- M.		
21: Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.		

Zu Geschenkzwecken besonders geeignet sind:

Klassiker-Ausgaben, gebunden:

Hörne 3 Bände 6,- M.	Hoffmann 4 Bände 8,- M.	Stifter, Studien 2 Bände 3,- M.
Brindmann 1 Band 2,-	H. v. Kleist 1 Band 1,75	Steine und Erzählungen 1 Band 1,50
Bürger 1 1,75	Körner 1 1,00	Tied 1 2,-
Byron 3 Bände 6,-	Kurz, Decm., 3 Bände 6,-	Uhlant, Werke 1 1,75
Chamisso 1 Band 1,75	Lenau 1 Band 1,75	Gedichte und Dramen 1 1,-
Göthe 2 Bände 3,50	Lessing in 2 Bänden 4,50 M.; in 3 Bänden 5,-	Wieland 1 1,75
Gaudy 1 Band 1,50	Ludwig 2 4,-	
Goethe in 6 Bänden 10,-; Auswahl in 4 Bänden 6,-	Novati 1 Band 2,-	
Grillparzer 1 Band 1,75	Reuter 4 Bände 6,-	
Hausf 2 Bände 3,50	Rüdert 3 Bände 6,-	
Heddel 4 6,-	Schiller 4 6,-	
Heine 4 6,-	Shakespeare 4 6,-	
	Stifter, Werke 2 4,-	

Die selben Klassiker-Ausgaben in besserer Ausstattung und Halbfranz ca. 50 Prozent teurer.
 Hauff, Heines, Lessings, Schillers, Shakespeares, Grillparzers Werke. Je 1 Band Gebunden a 3 Mark.
 Goethes, Uhlants Werke in Auswahl Je 1 Band 4,- M.
 Fr. Hebbels Werke. 1 Band Gebunden 4,-
 Goethes Leben und Werke (von Leibes). 4,-

Im übrigen verweisen wir auf die vom Bildungs-Ausschuß der Partei empfohlenen

Jugendschriften.

Das Verzeichnis derselben ist im „Vorwärts“ vom 8. Dezember abgedruckt und liegt in unserem Geschäftslokale aus.

Märchen- und Bilderbücher

sind in reicher Auswahl und in jeder Preislage vorhanden.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Soziales.

Arbeiterinnenschule.

Wegen Uebertretung der Gewerbeordnung war dem Geschäftsführer Vertinger in der Firma Wertheim, Berlin, eine Strafe von 10 M. auferlegt worden, wogegen er Revision eingeleitet hatte. Es war festgestellt, daß verschiedene Arbeiterinnen Sonntags bis 7,7 Uhr gearbeitet hatten. Wertheim beschäftigt in seinem Atelier 107 bis 120 Arbeiterinnen, während noch gegen 300 Heimarbeit leisten. Das Atelier ist so eingeteilt, daß durchschnittlich 3-4 Personen unter einer Direktrice arbeiten, besonders auch in der hier in Betracht kommenden Bekleidungsabteilung. Näharbeiten werden nur von den Heimarbeiterinnen ausgeführt, im Atelier dagegen nur vorbereitende Arbeiten gemacht. Das Landgericht sah in dieser Organisation einen Fabrikbetrieb, da man nicht die einzelnen Arbeiterinnen als Einheit ansehen dürfte, wie die Revision wieder geltend machte. Das Reichsgericht verwarf die Revision, da auch dann Fabrikbetrieb vorliegt, wenn neben dem Handel die Herstellung von Waren, sei es auch nur durch Teilarbeiten, vorherrschend sei.

Furcht der östlichen Unternehmer vor der westlichen Kultur.

Durch Schlessien ziehen seit dem Beginn der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskrise täglich an tausend Rückwanderer, die auf dem Wege in ihre galizische, russische oder ungarische Heimat sind. Das hat einen Mitarbeiter der „Schles. Ztg.“, dem Degan der Schlot- und Krautjunker in Breslau, veranlaßt, sich diese Opfer des Kapitalismus einmal näher anzusehen. Dabei ist er denn zu ganz vortrefflichen Ergebnissen gekommen. Nur seine Schlussfolgerung ist es, worauf es ankommt und die ist überaus bezeichnend für die Kulturfeindlichkeit unserer Industriepatrioten.

Zunächst stellt dieser Beobachter fest, daß die Vergleiche zwischen Auswanderern und Rückwanderern zugunsten der letzteren ausfallen. Amerika kultiviert die Leute. Ja, nicht „Amerika“ schlechthin, sondern die amerikanische Freiheit und Gleichheit wirkt erzieherisch auf die, die aus rückständigen Ländern dorthin kommen. Doch hören wir selbst, was der Beobachter in der „Schles. Ztg.“ zum Besten gibt:

„Von dem Schmutz und dem Stumpfsein, der den meisten Auswanderern anhaftet, ist bei den Rückwanderern wenig mehr zu spüren. Sie bewegen sich selbstbewusster, freier und scheinen sich auch mit sozial höher stehenden mehr auf gleicher Stufe zu fühlen als vor ihrer Auswanderung. Auffassend wenig Frauen und Kinder sind unter ihnen; es scheint, als ob den Familienvätern der Entschluß, die neue Heimat nun wieder zu verlassen und in die alte zurückzukehren, doch meist zu schwer geworden ist. So sind es fast nur im Vollbesitz der Arbeitskraft befindliche Männer, die zurückkehren, bewußt ihrer Arbeitsfähigkeit und ihres Arbeitswertes und von dem amerikanischen Freiheits- und Gleichheitsgefühl noch erfüllt. So willige und geduldige Staatsangehörige wie zur Zeit, da sie ausgewandert sind, können sie nicht geblieben zu sein, und die ungarische Regierung mag nicht ohne Sorgen in die Zukunft sehen, wie sie allen diesen Arbeitjuden auch Arbeit schaffen und wie sie sie erst ohne Arbeit zufrieden erhalten soll.“

Daran ist nun auch nicht weiter neu, als daß es ein ausgesprochenes Scharfmacherblatt ist, das hier einmal freigeistlichen Zuständen bedeutenden Kulturwert zuerkent. Damit gesteht es indirekt ein, daß das Bestreben, Preußen dem Absolutismus und der Autokratie auszuliefern, kulturfeindlich und schädlich ist.

Der Beobachter der „Schles. Ztg.“ spricht ferner die Furcht aus, Ungarn könne bei allem Arbeitermangel diese kolossalen Massen von Rückwanderern nicht fassen und die dortige Industrie könne bei aller Mühe so viele Tausende nicht beschäftigen. Davor aber graut den

Schlessen, vor allen aber den ober-schlessischen Gruben- und Hüttenmagnaten. Denn die nächste Folge wäre natürlich ein Zurückfluten der Arbeitermassen nach den schlessischen Grenzgebieten, nach Oberschlesien. Das aber würde, wie es in dem Artikel heißt, „nicht jenseitreich“ sein. Natürlich! Arbeiter nimmt man sehr gerne, aber — nur fromme, geduldige, oder, um mit dem Mitarbeiter der „Schles. Ztg.“ zu reden, „schmutzige und stumpfsinnige“. Aber heileise keine, die den jenseit amerikanischen Kultur noch auf dem Leibe tragen; keine, die „noch von dem amerikanischen Freiheits- und Gleichheitsgefühl erfüllt“ sind!! „Der Staat (und Ausbeuter) braucht nicht ihre Köpfe, sondern ihre Hände!“

Zur Ortskrankenkassenwahl in Chemnitz.

Der Rat der Stadt Chemnitz hat als Aufsichtsbehörde die am 28. und 27. November in Chemnitz stattgehabten Wahlen durch Entschluß vom 18. d. M. aufgehoben. Bekanntlich wendeten die Hilfstuppen der Unternehmer alle möglichen Mittel an, um die Arbeiterbestreuerwahl zu ihren Gunsten zu gestalten. Cruppsweise wurden insbesondere Mädchen, von Buchhaltern und anderen Vorgesetzten beauftragt, ins Wahllokal geführt und kontrolliert, ob sie den ihnen gegebenen Zettel abgaben. War das Veranlassung zur Aufhebung der Wahl. Keineswegs. Denn trotz aller dieser Machinationen hatten ja die freien Gewerkschaftler einen glänzenden Sieg errufen. Aufgehoben wurde die Wahl auf Protest des Ausschusses für nationale Vertreterwahlen zur gemeinsamen Ortskrankenkasse. Dieser hatte, der alten Taktik des Diebes entsprechend, der rief: „Haltet den Dieb!“, behauptet, die Geheimhaltung und Freiheit der Wahl sei beeinträchtigt. So sei ein nationales Ausschußmitglied beleidigt. Gewerkschaftler hätten mit nationalenzetteln präparierte weibliche Wahlberechtigten bestimmt, einer Frau sei verweigert, den nationalen Zettel zu entziehen, ein nationales Wahlvorsitzungsmitglied sei mißhandelt worden, nationale Wähler sei der Eingang zum Wahllokal „solange versperrt, bis sie den Kartellzettel genommen hätten“, ein Wahlvorsitzungsmitglied habe eine Frau beeinträchtigt, nationale Wähler hätten den Kartellzettel offen tragen müssen, eine Frau sei im Zweifel, ob ihr Zettel in die Urne gesteckt sei. Stimmzettel seien ohne Legitimation in die Urne gesteckt, bei Anwesenheit von 12 266 Wählern seien 12 813 Stimmzettel (also 47 zu viel) abgegeben. Viele seien, um sich Notigkeiten nicht ansehen zu müssen, zu Hause geblieben. Die Unsiemlichkeit dieses letzten Protestgrundes ergibt sich schon aus der Tatsache, daß bei der vorletzten Wahl 1400, bei der letzten über 12 000 ihr Wahlrecht ausübten. Trotzdem laßte der Rat der Stadt Chemnitz, nachdem er lediglich von Protestherbern angegebene Zeugen vernommen hatte, ohne auch nur einen Vertreter der Kasse zu hören, die Wahl Selbstverständlich ist gegen den ungeheuerlichen Beschluß des Rates der Stadt Chemnitz Berufung eingelegt.

Ein „Schulfall“.

Einen „Schulfall“ wollte der Inhaber der Fichthandlung von Kowalk u. Co. haben, als er eine von seinem einflussreichen Hausdiener und Radfahrer geltend gemachte Forderung wegen Einbehaltung von Lohn für ein angebliches Konto in der Kasse ablehnte und es auf eine Klage vor dem Gewerbegericht ankommen ließ. Der Hausdiener hatte zehn Quittungen für das Geschäft zu lassen gehabt; bei der Abrechnung fehlten 10 M., und dieser Betrag wurde ihm vom Lohn abgezogen. Kläger machte geltend, im Laufe seines Arbeitsverhältnisses sei es auch vorgekommen, daß er mal zu viel in der Kasse gehabt habe und diese Mehrbeträge habe die Firma anstandslos einlöslich; in vorliegenden Falle habe er, Kläger, sich eben wahrscheinlich umgekehrt einmal zu seinen Ungunsten geirrt. Dem Beklagten wurde vom Vorliegenden, Magistratrat Schulz, klar gemacht, daß Lohninbehaltungen bei einer Lohnhöhe bis 1500 M. jährlich nicht zulässig sind, wie überhaupt Aufrechnungen gegen unpfändbare Forderungen unzulässig sind. Will die Firma also zu ihrem Gelde kommen, so muß sie

selbständig Klage oder auch Widerklage gegen ihren Hausdiener erheben; sie kann sich dabei auch noch dadurch sichern, daß sie sich einen Revers ausstellen läßt, wonach der Hausdiener für etwaige Rankos auskommt. — Nach dieser Rechtsbelehrung erklärte sich der Beklagte bereit, den einbehaltenen Lohn zu zahlen, behielt sich aber alle weiteren Ansprüche vor. Mit diesen kann er nur durchdringen, wenn er ein Verschulden des Hausdieners nachweist.

Die Opfer der amerikanischen Krise.

die gegenwärtig durch Deutschland fluten, kommen nicht alle aus eigener Entschließung. Wie einer unserer Gewährsmänner, der mit organisierten Rückwanderern gesprochen hat, uns mitteilt, sind es zu einem großen Teile die amerikanischen Gewerkschaften, die mit Hilfe ihrer Kassen Tausenden behilflich sind, Europa wieder aufzusuchen. Sind doch gerade die amerikanischen Arbeiter in erster Linie an dem Abfluge dringender Arbeitskräfte interessiert! Aus diesem Grunde haben in den letzten Wochen die amerikanischen Gewerkschaften viel Geld dazu verwendet, den Arbeitslosen die Rückreise in ihre Heimat zu ermöglichen. Ein trotz allem egoistisches Beispiel! Nebenbei hat es das Gute, daß die „Abgehenden“ den Gedanken der Organisation bis in die fernsten Winkel der Sowjetei und Hinter-Indien tragen. So hat hier wie überall der Kapitalismus zur Folge, daß er neben allen Uebeln, die er erzeugt, auch zugleich die Waffen hervorbringt, die das Proletariat zu seiner Befreiung nötig hat.

Vermischtes.

Seine Frau erschlagen. Einer Meldung aus Frankfurt a. M. zufolge hat der Hofwirt Gumpert aus der nahe gelegenen Oberförsterei Wittebild, der schon wiederholt wegen Mißhandlung seiner Frau gerichtlich bestraft worden war, diese in der vorletzten Nacht erschlagen. Gumpert ist sofort verhaftet worden.

30 Grad unter Null! Aus ganz Galizien wird überaus starker Frost gemeldet. Verschiedentlich sind Temperaturen von 28 bis 30 Grad unter Null zu verzeichnen. Nach einer Meldung aus Semberg sind bereits mehrere Personen erfroren. Viele Leute müßten sich wegen erfrorener Hände, Ohren oder Nase in ärztliche Behandlung begeben.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Wie aus Budapest gemeldet wird, stießen in Rahos zwei Eisenbahnzüge zusammen; mehrere Wagen wurden zertrümmert und einige Beamte verlegt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	17.12.	16.12.	cm	cm ³		17.12.	16.12.	cm	cm ³
Nemel, Lutz	328 ⁷	—24			Seale, Großh.	122	—2		
Regel, Zisterburg	27 ⁹	—37			Gabel, Spandau	99	+1		
Beisel, Thorn	102 ⁷	—			Rathenow ³	118	—1		
Ober, Rathor	138	—9			Spree, Spremberg	102	—2		
• Krossen	163	+15			Seecken	134	+1		
• Frankfurt	142	+19			Weser, Ründen	27	—29		
Barthe, Särzimm	150	+4			Rhein, Rindeln	108	+8		
• Sandberg	84	+9			Rhein, Marienhaus	438	+8		
Rehe, Sorbom	50	0			• Staub	236	0		
Eibe, Veltmeritz	10	—7			• Rön	372	—1		
• Dresden	—107	—11			Redar, Heilbronn	95	—25		
• Barbo	158	+16			Rain, Wertheim	165	—4		
• Ragdeburg	138	+20			Regel, Lütz	—	—		

¹ + bedeutet Hoch, — Fall, — ² Unterregel, — ³ Eißstand. ⁴ Eißstreifen. — Die Ober-Regel bei Krappitz Grundes. — Der höchste Wasserstand des Rheins bei Rön trat mit 378 cm am 15. um 6 Uhr nachmittags ein.

Vorzugs-Preise.

Felle u. Fellteppiche

Nur so lange Vorrat reicht.

echt chinesische **Ziegenfelle**
in grau, weiß, woll- und braunbärlarbig
n 10, 8,50, 6,75 und **3⁷⁵** n.

Angora-Lammfelle
schaceweiss, besonders lockig und langhaarig,
80x175 gross, 10,50 n. **9** n.

Echt sibirische **Wölfe** **12⁵⁰** n.
mit Kopf u. Gebiss
n 30, 25, 20, 18 und

Dingeltteppiche
mit Futter, wattiert,
n 15, 12, 10 und **6⁷⁵** n.

Echt englische **Angorafelle**
beson. langhaarig,
mit Seidenglanz, in allen existierenden Farben,
n 15, 12,50, 10, 8 und **6⁷⁵** n.

erner große Auswahl in echten Fellen n. Kopf u. Gebiss, wie Braunbär, Tiger, Panther, Stöber und Puma-Löwe, sowie alle Arten echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittenbedeckn., Pelz-Hühnfelle, Pelzschuhe, Jagd-Muffen, Pelz-Diwanbedeckn und Pelz-Verlagen mit Fuhrtasche

Teppich-Haus

B. Hurwitz

Rotes Schloss
vis-à-vis dem National-Denkmal.
Parierre und I. Etage.

Mampe Halb und Halb

mit dem **Schimmelgespinn**

Das Original aller Halb und Halb Liköre
Bereits **5 Millionen** Flaschen verkauft. **Flasche M. 1,25**
Glanzwertige Nachahmungen ohne das Wort-
Schimmelgespinn weise man zurück

Carl Mampe · Berlin.
Königlich preussische Staatsmedaille
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904



Berliner Bock-Brauerei

Aktien-Gesellschaft
Tempelhoferberg und Chausseestraße 64.

Der Verkauf unseres weltberühmten
Original-Bockbieres
in Gebinden und Flaschen beginnt am **Freitag, den 20. Dezember 1907.**

Der Ausschank am Tempelhoferberg wird für die diesjährige
70. Bockbier = Saison
mit großem Bock-Jubel am „1. Januar 1908“ eröffnet.

Alleinverkauf für Kannen und Syphons:
Kannenbier-Versand-Gesellschaft m. b. H., Berlin NW., Lüneburgerstr. 17/18.
Telephon Amt II, 2018, 3835, 5018.

Damen-Konfektion

direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf

enorm
billig

Paletots
Capes
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots
Pelz-Stolas



Robert Baumgarten
Hausvogel-Platz 11, I. Etage
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzahlung dieses Inserates an der Kasse werden **5 Proz. Rabatt** vergütet.

Sonntag bis abds. 8 U. geöffnet.

Gesundheits-Pfeifen,

Jagd-, Klub-, Shag-,
lange und halblange
Weichspitzen, Meer-,
schaum-, Weichspitzen-,
Zigarren- u. Zigaretten-
spitzen, Prim- und
Schnupftabakdosen, und
Pfeifenteile,
Tabaksbeutel und
Spazierstöcke.

Karl Schubert, Klüstriner-Platz 6.

Aufforderung!
Alle Raucher, Rimmerleute und
Arbeiter, welche im Jahre 1896 auf
dem Reubau von **Dudeck, Ger-**
mannstr. 21, Rixdorf, gearbeitet
haben, wollen ihre Urtheile unter
N. 5 in der Expedition des „Vor-
wärts“ abgeben. 1907
Anfragen und Verfassnisse werden
vergütet.

Englischer Garten, Alexanderstr. 27 c.
Tel.: Amt VII, Nr. 10628.
Säle zu Weihnachten zu vergeben, ebenfalls im Januar, Februar,
März zum Rosenball, Sonnabends: Saal mit Einrichtung für Lichtbilder-
vertrag unter kolonialen Bedingungen. Sälte (300-500) täglich zu Ver-
sammlungen zu vergeben. 2532
Karl Hoffmann.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfangs für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, 19. Dezbr., abends 8¹/₂ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung

für die in der
Kücheneinzelbranche beschäft. Tischler und Maler Berlin u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen H. Ritter über: Die wirtschaftliche Krise und die Unternehmerverbände. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verbandsangelegenheiten.

99/17

Die Branchenkommission.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Am Freitag, den 20. Dezember 1907, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 1):

Bauvertrauensmänner - Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Arbeitsekretär G. Link über: „Unfallverhütungsvorschriften und Bauarbeiterschutz“. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. 201/16

In Anbetracht des äußerst wichtigen Vortrages ist es notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.
Der Vorstand.

Fernsprecher 731.

Ferdinand Jacob

Charlottenburg, Spreestrasse 9, Ecke Schulstraße.

Zucker 20 Pf.
Mehl

Feinstes Knochenmehl ¹/₂ Ztr. von 1.10 M. an.
Große Rosinen Pfd. 50 Pf. Sultanischen Pfd. 60 Pf.
Korinthen Pfd. 40 Pf. Zitronat Pfd. 75 Pf.

Süße Mandeln Pfund 1.00 M.
Täglich frische Bäume . . . Pfund 60 Pf.
Roh- u. Bratenschmalz . . . Pfund 55 Pf.

Dr. Crato's Backpulver

ist im Gebrauch das Billigste.

Gen.-Vertz.: Alfred Hirsch, Augsburgstraße 1.

Tel.-Amt VI, 5737.

974L

Passende Weihnachts-Geschenke!

in Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaren



empfiehlt
Emil Quade,

Schöneberg, Hauptstr. 136
Größtes u. billigstes Spezialgeschäft Schönebergs.
Leiste für jede bei mir gekaufte Uhr
3jährige schriftliche Garantie.

D. Lechner.

Auf Kredit. 1 M. pro Woche.

Anzahlung von M. 5 an.

Garderoben f. Herren u. Damen.

Wlster große Auswahl!

Sprechmaschinen, Kronen, Betten, Kleidungsstoffe, Pelzstolas, Teppiche usw.

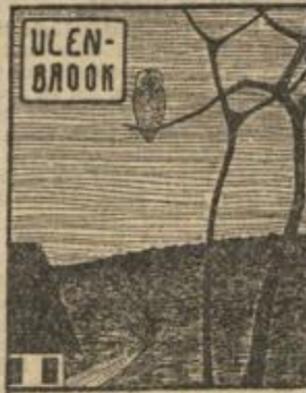
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!

Brunnenstraße 192!

6tes Haus vom Rosenthaler Tor.

Hente bis 10 Uhr geöffnet. [1248L]

Sobest ist erschienen:



Ulenbrook

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde von
Jürgen Brand.

Mit Buchschmuck vom Verfasser.

Preis geb. M. 1,50. Porto 20 Pf.

Der Bildungsausschuß schreibt über das Buch:

„Freund Brand“ bietet in diesem vortrefflich ausgestatteten Büchlein zwölf Briefe, die er den Kindern in den zwölf Monaten des Jahres aus seinem Ulenbrook schreibt. In jedem dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Aber die Art, in der dies geschieht, ist nicht eine ermüdende, langweilig-belehrende, sondern das Buch ist mit dem Herzen geschrieben und geht zu Herzen. Ernst und innig spricht hier der ältere Freund zu der Jugend aus von dem Fortleben und Geheimnissen der Natur, auch vom Geheimnis der Menschwerdung. Das Buch ist eine der besten Jugendliteraturen und sollte in keinem Arbeiterheim fehlen.“
Auch jeder Erwachsene wird an dem Buch Vergnügen finden.

Unser Wald.

Ein Volksbuch von
Curt Grottewitz.

Herausgegeben von
Wilhelm Bölsche.

Mit 20 Abbildungen auf Kunstdruckpapier.

Preis broschiert M. 2,50. Porto 20 Pf. Preis gebunden M. 3,—.

Wilhelm Bölsche schreibt in seinem Vorwort:

„Das Wort will ein Volksbuch sein. Es erzählt von einem unterirdischen Reich des Volkes; dem Walde.“

Wägte es beitragen zum Genuß dieses Reiches, der uns bewahrt, für ein gleichgültiges Gut zu halten. Stärker als je hat es heute not, daß das Wort „Heimatschutz“ bis in alle Tiefen des Volksbewußtseins dringt als ein Ruf zur wertvollsten Tätigkeit. Laßt uns den Wald vor sinnloser Zerstörung für irgendein vergänglicheres Augenblicksinteresse schützen und wir bewahren einen besseren Patriotismus als der ist, der nur in wertlosem Wahnwitz sich auszuleben weiß. — Wir bewahren einen Patriotismus für unsere Kinder und Enkel, die hoffentlich noch mehr Zeit und Ruhe haben werden als wir, um das zu genießen, was wir hier ihnen gerettet haben.“

Lichtglaube und Zukunftsionen.

Gedichte von Robert Seidel.

Preis elegant gebunden M. 2,50. — Porto 20 Pf.

Robert Seidel ist dem arbeitenden Volke kein Fremdling.

Robert Seidel ist dem arbeitenden Volke ein alter Bekannter und lieber Freund. Sein erstes Bändchen Gedichte „Aus Kammergenuß und Einsamkeit“ ist in vielen Tausenden verbreitet und seine Gedichte in der „Neuen Welt“, im „Bahren Jakob“, im „Süddeutschen Postillon“ und anderen Zeitschriften haben viele erfreut und erhaben. Eine große Anzahl seiner Nieder sind in Musik gesetzt und werden gern gesungen.

Auch in seinem neuen Band „Lichtglaube und Zukunftsionen“ glüht und sprüht das poetische Feuer, und dichterische Kraft erhebt den Leser zu höchsten Höhen. Der Licht und Wärme für sein Gemüt braucht, wer des Trostes und der Ermutigung für den Kampf bedarf, wer sich mit Glauben und Zuversicht für die Ideale der Zukunft erfüllen will, wird in diesen Gedichten Befriedigung finden.

In zweiter Auflage ist erschienen:

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Mit Buchschmuck und einem Porträt des Verfassers.

Von Curt Grottewitz. Herausgegeben von Wilhelm Bölsche.

Preis broschiert 60 Pf., gebunden M. 1,—, Porto 10 Pf.

Wilhelm Bölsche sagt in seinem Vorwort:

„Ich glaube, daß es in der ganzen Literatur nicht leicht wieder so schöne Naturbildungen gibt, mit so scheinbar allereinstimmtem Rhythmus, wie in diesem Büchlein.“

Aus den Preßstimmen erwähnen wir:

„Leipziger Volkszeitung“ vom 16. Dezember 1905:

Der Verstorbenen wollte nicht nur Wissensstoff verbreiten, er wollte auch vor allem sehen und beobachten lehren, und um das zu leisten, hat er die Natur in den Wäldern, die hier gesammelt vorliegen, in seiner stillen Art ein, mit ihm Spaziergänge zu machen, aus der Großstadt hinaus, in die freie Natur hinein. In jedem Monat erfolgt eine solche Einladung, und auf jedem Spaziergang läßt er den Herrn Langmann, den er ausführt, für die Jahreszeit charakteristische Erscheinungen des Naturlebens zu beobachten, daraus Betrachtungen aufzufassen und Klärung geben. Das alles in seiner stillen, schlichten Art, an ein Publikum denkend, das fernabgelehrt erheben, geraden Ausdruck der Gedanken sucht und blendende Kunstfertigkeiten im Hintergrunde abweist, erfüllt von der Freude zu lehren und darzustellen, auch Spätschen einziehend und sonnige Lichte auflegend. Das beigegebene Porträt des Verstorbenen wird den Lesern des Buches noch besonders willkommen sein.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Findenstr. 69.

Haben Sie schon

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Auf Teilzahl, wöchentl. nur 1 M.

Grammophone, Phonographen, echte Menzinger- Zithern, Konzert- Zithern, Geigen, Mandolinen, Handharmonikas usw.
Gr. Lager in Zonenphon-Platt, Edison-Walz usw.
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Jahre's Musik-Spezial-Geschäfte

Berlin N., Temminckstr. 2, am Tempelhofer Park.
50, Weststr. 10, am Reichshof Tor.
NW, Kottbuserstr. 22, am Reichshof Tempelhofer.



Kracht's Handelschulen

Berlin, Rosenthalerstr. 41. — Charlottenburg, Wilmersplatz 2.
Gründliche Ausbildung in Schönheits-, Nähtisch-, Buchführ-, Selbst-
schreib-, Vertikal-, Populäre Buchführungskurse für Hand-
werker u. Gewerbetreibende. Vorlesung gratis durch Dir. Kracht.



Sollten günstige Kaufgelegenheit
für Weihnachten
Eine Partie
imit. Smyrna-
Teppiche

Teppiche

ein farbenprächtiges Gewebe
in echt orientalischen Mustern.

Ungelähre Größe	Preis
90x165 cm M.	5,25 (Wert 6,50)
120x195 "	8,75 " 11,50
160x230 "	13,50 " 19,50
200x300 "	18,75 " 24,00
250x350 "	30,00 " 36,00
300x400 "	40,00 " 48,00

Nach anwärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882:

nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!!

Pracht-Katalog mit ca. 600
sowie Abbildungen
Extralliste
für besondere Gelegenheits-
Angebote gratis u. franko

Extra billig!

div. Teppiche
mit kleinen Webfehlern!

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog
u. Empfehlung vieler Ärzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsstr. 11/12.

Gegründet 1864.

Pelzwaren- Fabrik



S. Schlesinger
Neue Königstr. 21.
(Ordnungshaus.)
Kein Laden

II. Etage
Einzelverkauf

wie alljährlich
nach besonderer
Engros-Saison.
Pelz-Stolas,
Muffen etc.

zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst.
Sonntags geöffnet.